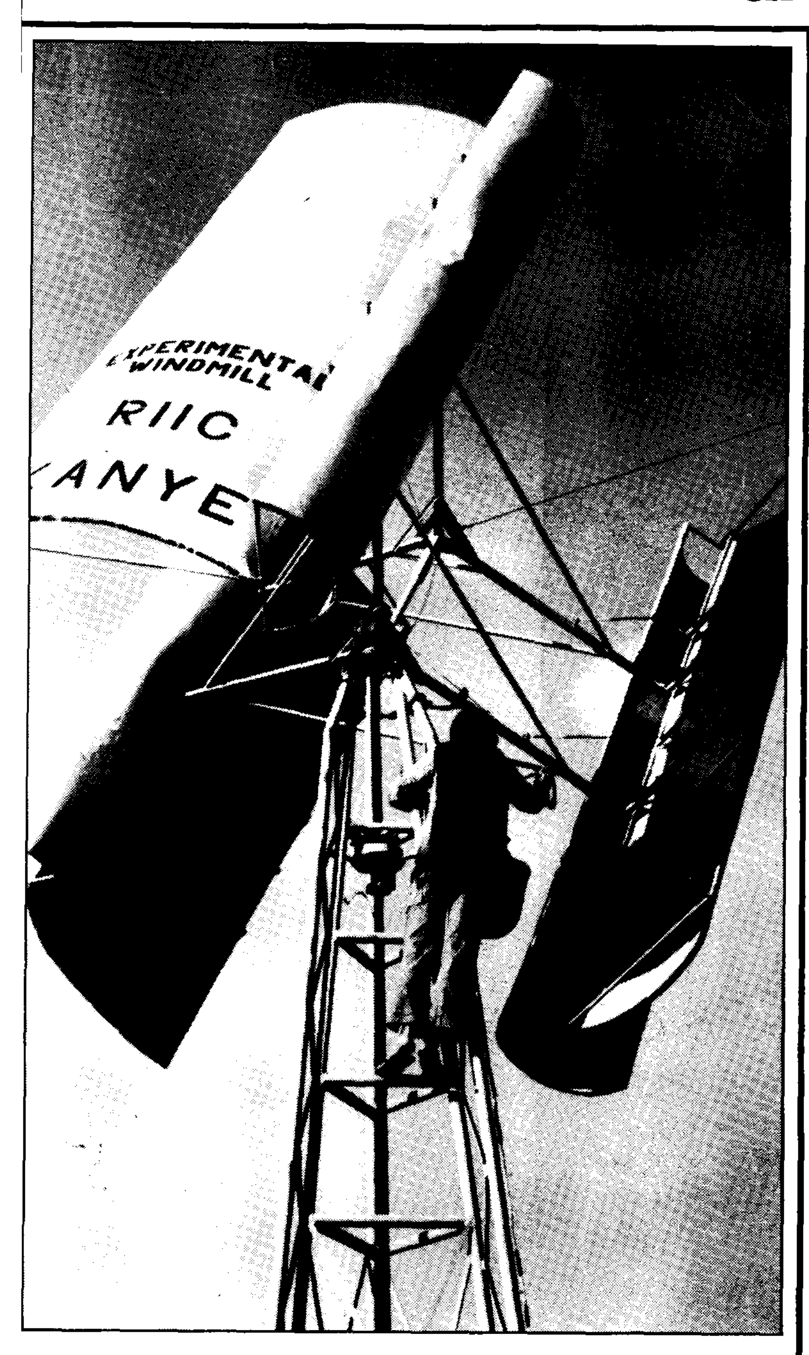
M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Angepaßte Technologie – ein Instrument zur Überwindung der Unterentwicklung?

NACHRICHTEN UND BERICHTE ZU:

Nr. 88 September 1980 DM 4,00

impressum
blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328 Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau Telefon: 0761 / 74003, Bürozeiten: Mo-Fr 10 – 12 und 15 – 18 Uhr.

Zusammengestellt von Julia Ballot, Roland Beckert, Birgitt Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Florence Buchmann, Georg Cremer, Dagmar Engels, Gero Erdmann, Benedikt Fehr, André Guerrini, Walter Hättig, Susanne Habicht, Stefan Helming, Hartmut Jung, Klaus Höweling, Uli Kieser, Bettina Kocher, Eugen Kohm, Volker Krempin, Elisabeth Lauck, Helga Lorenz, Thomas Marx, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Götz Nagel, Christian Neven-du Mont, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Raili Salmela, Eva Schneider, Peter Schmid, Bertina Schulze-Mittendorf, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Georg Wacker, Hildegard Wenzler, Walter Witzel.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.) Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148239-755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Dem als Streifbandzeitung versandten Teil der Auflage liegt ein Bestellzettel bei.

Satz:
Composer-Satz-Service, Bonn, Tel. 282619
Druck:
Soak-Druck, Hannover, Tel. 176 18

Redaktionsschluß der nächsten Nummer:
14. 10. 1980

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25,– DM).

Schweiz: SFR 35,– (bzw. 25,–)
Österreich: ÖS 260,– (bzw. 190,–)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw. 34,60)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 59,– DM (bzw. 49,–)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bzw. 55,40)
Einzelpreis: DM / SFR 4,– //ÖS 30,–

NACHRICHTEN UND BERICHTE



Argentinien

Drei Frauen von „Mütter vom Plaza de Mayo" ermordet

Seit dem Staatsstreich im März 1976 sind in Argentinien schätzungsweise 15000 Menschen verschwunden. Unter diesen Verschwundenen sind nicht nur erwachsene Männer und Frauen, sondern auch Kinder und Säuglinge. Ebenfalls sind schwangere Frauen verschleppt worden, die dann ihr Kind im Gefängnis zur Welt gebracht haben. Später hat man sie in Anstalten oder bei fremden Familien gefunden. Andere Kinder waren Zeugen des gewaltsamen Todes oder der Verhaftung der Eltern.

Dieselbe Militärregierung, die die Bedeutung der Familie in ihrer Propaganda besonders hervorhebt, geht gleichzeitig mit äußerster Brutalität gegen die Familien vor. Durch Verhaftung, Verschleppung und Erschießung wurden viele tausend Familien auseinandergerissen. Der Höhepunkt dieser Brutalität ist das Gesetz, wonach Verschwundene, die sich nach 90 Tagen nch der Vermißtenanzeige nicht melden, für tot erklärt werden!

Trotz der Gefahr von Repressalien haben sich die Angehörigen der Verschwundenen organisiert und versuchen, durch Appelle an die Militärjunta und an die Öffentlichkeit im Ausland Information über Verschwundene zu bekommen. Dabei laufen sie selbst Gefahr, verhaftet zu werden, wie es den Frauen von der Gruppe „Mütter vom Plaza de Mayo" ergangen ist. Drei von diesen Müttern, die in Buenos Aires für ihre verschwundenen Männer, Söhne und Töchter demonstriert haben, sind im Juli ermordet worden.

Nach Angaben der Amnesty International sind die drei Frauen von dem argentinischen Geheimdienst in Peru verschleppt und zu Tode gefoltert worden. Einzelheiten über die Ermordung sind bis jetzt nicht bekannt.

In Betroffenheit und Trauer über den Tod von

ESTHER GIANOTTI DE MOLFINO
54 Jahre
einer der Mütter vom Plaza de Mayo
Argentinien

Sie wurde am 14. 6. mit vier Argentiniern in Lima (Peru) entführt. Am 21. 7. 80 wurde sie in Madrid (Spanien) ermordet aufgefunden.

Sie starb, weil sie als eine der „Mütter vom Plaza de Mayo" ständig die Regierung nach dem Schicksal der Verschwundenen fragte.

Wir sind besonders betroffen, weil die „Mütter vom Plaza de Mayo am 10. 3. 80 in Bonn mit dem Friedenspreis der ev. und kath. Gemeinden und anderer kirchlicher Organisationen und Gruppen der Bundesrepublik ausgezeichnet wurden.

Frau Esther Gianotti de Molfino und den anderen Müttern vom Plaza de Mayo, die umgebracht wurden, gilt unsere Trauer.

Chile-Gruppe Dortmund
amnesty international, Wuppertal, Heidelberg, Leverkusen
Ev. Studentengemeinden: Essen, Siegen, Gießen, Bonn, Dortmund, Bochum, Mainz
Kinderhilfe Lateinamerika e.V. Köln
Argentinien Koordination BRD
Lateinamerika-Kreis Essen
Dritte-Welt-Laden Essen
Koordination der ehemaligen argentinischen politischen Gefangenen
Die Bundesgeschäftsstelle der Ev. Studentengemeinden, Stuttgart

Wir um Erklärungen der Trauer bei der argentinischen Botschaft in Bonn oder um finanzielle Unterstützung der Arbeit der „Mütter vom Plaza de Mayo".

Spenden bitte auf das Konto Nr. 8354797 der ESG Essen, Stadtsparkasse Essen (BLZ 360 501 05), Stichwort: Friedenspreis

Die ESG hat eine Dokumentation über die „Mütter der Plaza de Mayo" zusammengestellt. Sie kann bestellt werden bei:
ESG Essen
Universitätsstr. 2
4300 Essen
Preis 5,– DM, Konto wie oben.

Vorankündigung

Kritisches Seminar WS 80/81

Im kommenden Wintersemester sind bisher folgende Themen geplant:

- Afghanistan
- Indios
- Gesundheitswesen
- Internationalismus

Die Veranstaltungen finden in der Alten Universität Freiburg statt. Die genauen Termine lagen bei Redaktionsschluß jedoch noch nicht vor.

Aktion Dritte Welt

Bolivien

Solidarität und Widerstand in den Minen

Die Militärjunta und Garcia Meza, die mit einem Putsch am 17. 7. 1980 die Macht in Bolivien an sich riß und den Widerstand der Bevölkerung auf brutalste Weise unterdrückt, diktiert noch immer. Meldungen über begangene Grausamkeiten der Militärs halten an, Verschleppungen und Erschießungen sind an der Tagesordnung und steigern sich mit der Vernichtung eines ganzen Minenarbeiterdorfes samt Einwohner zu genozitartigem Terror.
Doch der Mut großer Teile der bolivianischen Bevölkerung ist unvorstellbar. Der Widerstand der Arbeiter und Bauern ist nicht gebrochen und organisiert sich zur Zeit neu.
Das folgende Dokument zeigt, daß es nicht stimmt, wenn Garcia Meza im Namen der Militärs sagt, daß die bolivianische Bevölkerung hinter der Junta stehe, wie er es z.B. in seinen ersten Fernseh- und Radioansprachen kurz nach dem Putsch betonte. Gerade aus diesen Tagen, der Zeit vom 17. bis 20. Juli, sind die folgenden Aufzeichnungen von Radiosendungen der Minenarbeiter, die das Gegenteil bezeugen.
In der letzten Ausgabe der „blätter ...“ haben wir eine Analyse der Putsch-Hintergründe abgedruckt. In dieser Ausgabe nun kommen die Arbeiter, Bauern und Hausfrauen aus den Minengebieten selbst zu Wort. Wir drucken Ausschnitte von Radiosendungen aus den Minengebieten, die wir gerade erhalten und - soweit möglich – wörtlich übersetzt haben. Sie stammen von Arbeiter-Radiosendern, die nicht nur in den Tagen des Putsches und landesweiten Widerstandes gesendet haben, sondern auch schon vorher. Die Ausschnitte vermitteln einen kleinen Eindruck von der Situation in den Minengebieten Boliviens während der ersten Tage unter der Militärdiktatur Garcia Mezas. Es sind ein kurzes Resumee zur Situation im Minengebiet direkt nach dem Putsch, Aufrufe an Bauern, Studenten und Lehrer, ein Aufruf der Hausfrauen usw. Die Sendeausschnitte sind Aufrufe zur Solidarität und bezeugen das Ausmaß derselben.

Chronologisches Resumee nach dem 17. Juli

... am 17. Juli, als noch einige Bewohner von La Paz den Geburtstag ihres Bezirks feierten, erkannte man in unserem Distrikt, wie sehr die militärische Stärke verkannt wurde ... Die Nachricht, die zu Beginn recht gleichgültig von allen aufgenommen wurde, gewann Nachdruck, als später die Radiosender von La Paz und Santa Cruz von den paramilitärischen Gruppen vereinnahmt wurden. An diesem Donnerstag um ungefähr 13 Uhr riefen die Gewerkschaftsführer unseres Minendistrikts zu sofortigen Notsitzungen auf, um sich über die Form des Widerstandes gegen den Putsch, der sich ausbreitete, zu verständigen. Danach, gegen 15 Uhr, hatten die Minenarbeiter schon den Entschluß gefaßt, den zuvor das Comite Nacional de Defensa de la Democracia bekanntgegeben hatte: Ab jetzt standen alle Werkstätten und Maschinen des Werkes still ...

Danach, gegen 16 Uhr, nachdem man über die Sender des Zentralrates der Minenarbeiter, übertragen durch Radio Illimani, zu anderen Minen Kontakt aufgenommen hatte, stimmten die Gewerkschaften ihr Vorgehen untereinander ab. Um 17 Uhr übernahmen die „Komitees zur Verteidigung der Demokratie“ jeweils die abgesprochenen Aufgaben. Von dem Moment an wurde alles von den „Komitees zur Verteidigung der Demokratie“ kontrolliert, was in unserem Minendistrikt, Siglo XX, hinein- und hinausging. In der Nacht vom Donnerstag, dem 17. Juli, fürchtete man einen möglichen Angriff der Militärs in dem Distrikt. Bei größter Wachsamkeit der Minenarbeiter konnte keinerlei Versuch von Seiten der Militärs registriert werden ... In der gleichen Nacht, ca. um 23.30 Uhr, wurden auf das Sekretariat des Senders Pio XII und Siglo XX von den Söhnen bekannter militanter Nationalisten Sprengstoffanschläge verübt ...



Am frühen Morgen des 18. Juli wurden die Informationen sehr konfus. Während das Netz der nationalen – besser gesagt nationalistischen – Sender immer wieder betonten, daß das ganze Volk nunmehr sich auf die Seite des Militärtriumvirats gestellt habe, erklärten die Sender der Minenarbeiter, daß der Widerstand im ganzen Land anhalte. Gegen Mittag überflog ein Flugzeug der bolivianischen Luftwaffe das Minengebiet von Siglo XX und entfernte sich dann westwärts. Und – etwas später wurde aus Colquiri bekannt, daß Radio Vanguardia zerstört sei, eben durch ein Flugzeug der Luftwaffe. Wegen technischer Schwierigkeiten stockten die Sendungen von Radio Pio XII und Siglo XX. Doch die Radioleute arbeiteten weiter, indem sie die übrigen Radiostationen hier unterstützten. Mittags wurde der Mord an dem Companero Gualberto Vega Yapura bestätigt, was tiefe Empörung im ganzen Distrikt hervorrief. Ebenfalls löste die Nachricht vom Tode des Companero Marcelo Quiroga Santa Cruz große Bestürzung aus. Doch einige Stunden später hörte man, daß er nur verletzt sei.

Nach einer weiteren, intensiv durchwachten Nacht in den Minenzentren, nahm heute früh der Sender von Pio XII seine Arbeit wieder auf, im Dienste unseres Volkes.

Die Nachrichten heute morgen waren sehr hoffnungsvoll: Länder Lateinamerikas und der ganzen Welt betonten ihre Abscheu gegenüber dem neuen Putschversuch. Auch erfuhren wir, daß besonders Puerto Rico, Ecuador, Peru, Kolumbien, USA, BRD, Dänemark und andere Länder der Welt betont haben, daß sie General Garcia Meza, der sich am Vorabend zum Präsidenten von Bolivien ernannt hatte, nicht anerkennen werden. Abschließend ist zu sagen, daß alle gewerkschaftlichen Organisationen hier dabei sind, alle Vorbereitungen zu treffen, um bei den Vereinten Nationen die Ereignisse in Bolivien anzuprangern.

Wir bringen weitere Nachrichten: Die Arbeiter der gewerkschaftlichen Organisationen schützen weiterhin unsere Zone. Alle Arbeiter der Sektionen von Catavi sind wie gewöhnlich zu den festgesetzten Zeiten anwesend. Sie stehen dem regionalen „Komitee zur Verteidigung der Demokratie“ und dem „Übergewerkschaftlichen Komitee“ zur Verfügung.

Außerdem haben die letzten drei Tage des Widerstandes hier in den Minengebieten gezeigt, daß Solidarität und Einheit in außerordentlichem Maße praktiziert wurden. Die Gewerkschaftsführer loben die selbstlose Haltung der Hausfrauen bei der Unterstützung der Arbeitergruppen, die sich zur Verteidigung unserer Minengebiete zur Verfügung gestellt haben.

Auf der anderen Seite bewähren sich die Programme und Pläne, durch die alle Arbeiter in unserem Distrikt – sowohl von Catavi als auch von Siglo XX – die Möglichkeit haben, sich zur Unterstützung bei den verschiedenen Einsatzgruppen und Wachgruppen zu melden.

Sowohl in Catavi als auch in Siglo XX sieht man in der Nähe der Gewerkschaftshäuser Gruppen von Arbeitern, Hausfrauen, Studenten, die alle auf die neusten Nachrichten aus den übrigen Minen-

gebieten warten, in denen gegen den Militärputsch ... ebenfalls Widerstand geleistet wird.

Weitere Nachrichten: Die Bauern von Potosi werden die Lebensmittelversorgung aufrecht erhalten. Einige Bauern kamen heute morgen und sagten, daß sie bereit seien, mit den Arbeitern und dem ganzen Volk gemeinsam den Widerstand zu stützen; sie sagten, daß sie in den nächsten Tagen anfangen würden, ihre landwirtschaftlichen Produkte einzulagern, um sie den Hausfrauen von Catavi, Siglo XX, Llallagua und anderen Gebieten zur Verfügung zu stellen, ohne die Preise zu steigern.

Weitere Nachrichten: Doppelter Sprengstoffanschlag auf die Einrichtungen von Radio Pio XII. Die Sender Pio XII und Siglo XX wurden am 17. Juli morgens früh mit Sprengstoff attakiert ... Es gab zwei Verletzte und Sachschaden ...

Erklärungen und Botschaften der Hausfrauen

Erst vor wenigen Augenblicken haben wir von der Intervention der Militärs in den Zentralrat gehört. Aber Companeros: Dies ist nicht der Moment, in dem wir uns erschrecken, nicht der Moment, uns in unseren Häusern in eine Ecke zu verkriechen — an unsere Kinder geklammert.

Dies ist der Moment, in dem wir hinaus auf die Straße gehen müssen — neben unsere Companeros, wenn es möglich ist. Gehen wir mit unseren Kindern, Companeras! Denn die Militärs, Companeras, werden diese Kraft nicht haben, ihre Kraft, die die von Feiglingen ist, weil sie die Waffen haben.

Wir, Companeras, haben diesen großen Mut, der die Frauen der Minenarbeiter auszeichnet. Deshalb, Companeras, appelliere ich an Euch und auch an Eure Männer: Auch Ihr seid von diesem politischen Augenblick, den das Land erlebt, betroffen. Man darf sich jetzt nicht ans Haus klammern, nicht sagen, man solle sich in die Ecke verkriechen, weil sonst etwas passiere.

Companeras! In diesem Moment müssen wir alle zusammengehen, Männer und Frauen vereint, festgeklammert an die Hand der Genossinnen und Genossen, wir müssen uns gemeinsam dem Feind entgegenstellen. In diesen Momenten, Companeras, ist es besser, Witwe eines Märtyrers zu sein als die Witwe eines Feiglings. Companeras! Aus diesem Grunde, Companeras, sage ich Euch allen ... es gibt Subkommitees in jeder Siedlung; deshalb bitte ich Euch, Euch in Gruppen zu organisieren. Organisiert Euch, wo immer der Aufruf ergeht!

Gemeinsam mit unseren Männern laßt uns die Demokratie verteidigen! — Die Demokratie verteidigen, Companeras, die uns so viel gekostet hat. Wir können den Faschismus nicht mehr dulden, Companeras!

Deshalb spreche ich zu Euch, zum ganzen Volk, zu allen, die jetzt diesen Sender hören, der jetzt der der Proletarier ist, diesen Sender, der uns hier hilft, unsere Stimme zu erheben, damit alle die Worte einer Frau aus den Minen hören, und damit wir vereint sein können, Companeros, gegen den Faschismus ...

Companeros, Bauern, Studenten und Lehrer:

Die Gewerkschaft der Minenarbeiter von Siglo XX de Octubre, die aktiv im Kampf steht und von allen Companeros der anderen Gewerkschaften in diesem unbeugbaren Minendistrikt unterstützt wird, — wir wenden uns an das bolivianische Volk und seine mutige Arbeiterklasse, um mitzuteilen, daß wir entschlossen sind, weiterzukämpfen, bis diese faschistische Bestie zerschlagen ist, die skrupellos angefangen hat, die Führer der Central Obrera Boliviana und der Minenarbeitervereinigung zu ermorden. Dies ist Beweis genug dafür, was die faschistischen Mörder noch alles anrichten werden.

Die Putsch-Regierung ist nicht die der Arbeiter und des Volkes! Sie haben Besitz ergriffen, Drohungen gegen die Arbeiter- und Bauernbewegung geschleudert, gegen unsere gewerkschaftliche Organisation und gegen das ausgebeutete Volk.

Jetzt, wo wir unsere Feinde kennen, müssen wir unseren Kampf vorantreiben; der Generalstreik und die Mobilisierung aller Ausgebeuteten muß kämpferisch und einheitlich sein. Neben den Straßenblockaden, den Blockaden in den Minenbezirken, Stadtteilen und Städten müssen wir Barrikaden errichten, wir müssen Kampftrupps organisieren ...

An die Soldaten,

die unsere Brüder sind, müssen wir appellieren, daß sie nicht auf ihre Väter schießen. Das bolivianische Volk und seine mutige Arbeiterklasse stehen im Kampf. Wir zählen auf die Solidarität aller unserer ausgebeuteten Brüder und Schwestern des ganzen Kontinents. Der Sieg gehört unserem Volke, die Faschisten werden ihre Niederlage erleiden. Sie haben Flugzeuge, Panzer und Gewehre — wir haben unsere feste Überzeugung und den Mut zu kämpfen! Das ist es, was gegen noch so viele Gewehre zählt! Companeros, es gibt keine Flugzeuge und Panzer, die gegen ein Volk ankommen könnten, das im Kampf steht!

Die Mörder-Gorillas haben ganz Bolivien zur militärischen Zone erklärt, damit steht ihnen Tür und Tor offen zum Töten und Überfallen. Mit anderen Worten: die Faschisten haben dem ganzen bolivianischen Volk den Krieg erklärt.

Companeros in den Fabriken und Universitäten! die Minenarbeiter der Gewerkschaft Siglo XX de Octubre rufen Euch auf: Mobilisiert Euch mit Festigkeit und ohne Zaudern! Die Schwäche unseres Feindes ist offensichtlich: noch nicht einmal untereinander können sie sich einig werden ... Mehr noch: es ist ganz sicher, daß es einen großen militärischen Sektor gibt, der auf der Seite des Volkes steht. An sie appellieren wir, daß sie sich in die Reihen ihres Volkes begeben! Man sagt, es gäbe eine Trennung zwischen Militär und Volk; aber es sind genau diese bezahlten Mörder, die diese Trennung provozieren. Es ist jetzt Sache der fortschrittlichen Militärs, das Prestige der Armee zu retten, die erneut dabei ist, ein neues Massaker gegen das Volk zu entfesseln.

Auszüge aus einer Rede des Putschpräsidenten Garcia Meza

(Zu Beginn hebt der Herr Präsident die positive Rolle der Militärregierungen in der Geschichte Boliviens hervor)

„...Diese Berufung der Armee zum Dienst an der Nation und am Volk, die die Armee dazu gebracht hat, sich bis zur Selbstaufopferung zur Verteidigung der Rechte und der Errungenschaften der arbeitenden Klassen einzusetzen, wird nun in unverfälschter Reinheit durch das Programm unserer Militärregierung zum Ausdruck gebracht und bildet die Grundlage für den Prozeß des nationalen Wiederaufbaus ..., den wir am 17. Juli begonnen haben ... in diesem Zusammenhang will ich besonders hervorheben, daß wir einen politischen Prozeß einleiten werden, der die soziale, wirtschaftliche und politische Realität unseres Landes verändert, und das bedeutet Schluß zu machen mit der Unterentwicklung unserer Gesellschaft, mit der Abhängigkeit und der Unterordnung unter den Imperialismus. Entschieden weisen wir den internationalen Extremismus und den ausbeuterischen Imperialismus zurück, denn wir sind inspiriert aus den reichen Quellen des Humanismus und des revolutionären Nationalismus ... Hinter uns steht die solidarische Kraft der militärischen Institutionen, die nicht umhin können, ihre Verantwortung für die Nation wahrzunehmen, hinter uns stehen alle sozialen Schichten, die Arbeiter, Bauern, Mittelschichten, Unternehmer ...

... Die Lehrer, die sich von politischen Leidenschaften haben mitreisen lassen, werden von der Regierung des nationalen Wiederaufbaus kontrolliert werden, damit ihr Verhalten und Betragen ein Modell für Tugend, Schlichtheit und Effizienz wird ... Die Militärregierung hat sich zur Respektierung aller Bürgerrechte bekannt und garantiert die freie Ausübung dieser Rechte und Freiheiten ... Wir werden die Menschenrechte respektieren, aber als Gegengewicht werden wir auch dafür sorgen, daß die Gesetze unseres Landes respektiert werden. Wir werden keine Zügellosigkeit dulden und werden nicht erlauben, daß Toleranz mit Schwäche verwechselt wird ...“

Companeros, dies ist die Stunde, wo wir uns gemeinsam erheben und mutig kämpfen müssen, es ist der Moment, wo wir als Klasse unsere Initiative entfalten müssen, um unsere Feinde zu besiegen ...

Vorwärts, Companeros, der letzte Sieg wird immer dem Volk gehören! Es lebe die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes, mögen die Faschisten-Mörder sterben! Es lebe der unbefristete Generalstreik! Es lebe die kämpferische Aktion des Volkes!

Auf diese Weise, Companeros, im ganzen Land, wird der Widerstand umfassender: die Arbeiter, die Hausfrauen, die Studenten, sie alle stellen sich in den Dienst zur Verteidigung ihrer Rechte und der Häuser der Minenarbeiter!

Massaker der Militärs:

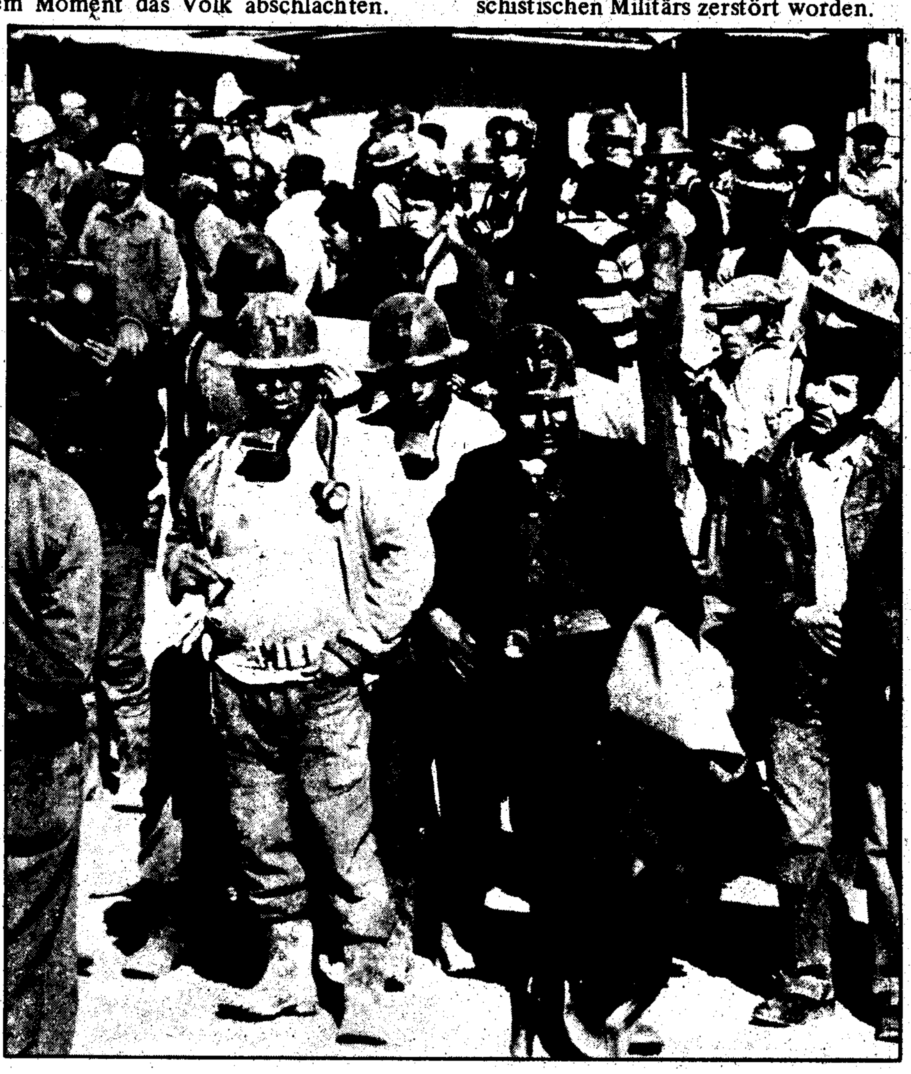
... Companeros von Radio Pio XII: wir wollen die Information wiederholen, die wir gerade aus dem Minengebiet von Huanuni erhalten haben:

20. Juli 1980: Die Companeros aus dem Minendistrikt von Huanuni sind in den Händen der faschistischen Militärs.

Hiermit teilen wir der ganzen Welt mit, daß diese Feinde des Volkes, die häufig als Beschützer gefeiert werden, in diesem Moment das Volk abschlachten.

Feige und niederträchtig fahren sie fort, unsere Companeros, die Arbeiter zu ermorden. Im Minendistrikt von Huanuni sieht man hunderte von Verletzten und eine Unzahl Tote.

Das Massaker begann heute morgen um 4 Uhr, als sich Militäreinheiten näherten. Gegen 7.30 Uhr begann man, die Arbeiter zu ermorden, bis der Minendistrikt eingenommen war. Das Radio Nacional von Huanuni ist ebenfalls von den faschistischen Militärs zerstört worden.





DOKUMENTATION ZUM PUTSCH IN BOLIVIEN am 17. Juli 1980

Themen:
CHRONOLOGIE DES PUTSCHES
AUFRUFE ZUM WIDERSTAND
von Hernán Siles Zuazo aus dem Untergrund
Dokumentation der **militärischen Besetzung des COB-Gebäudes**
und andere

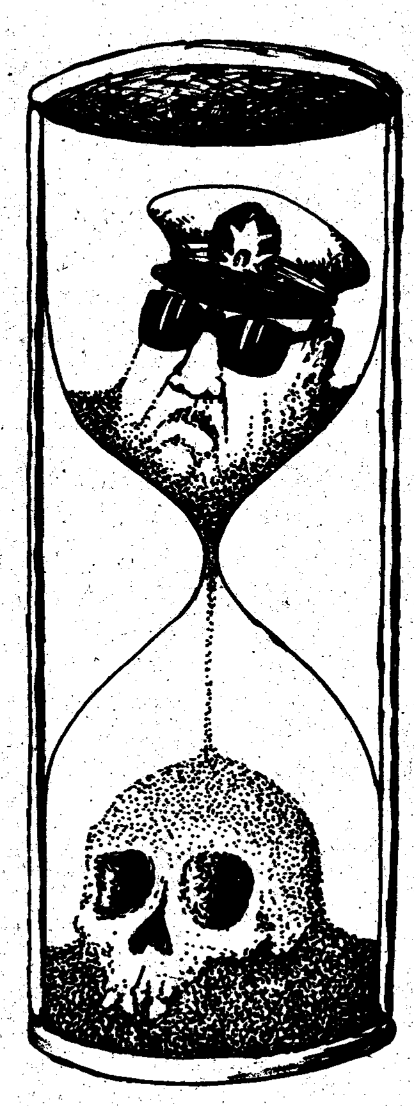
Komitee zur Verteidigung der Demokratie in Bolivien
Die Dokumentation kostet 3,50 DM inkl. Porto und ist zu bestellen bei: CONADE München c/o LAK im ZEF Pariser Straße 7, 8000 München 80
Postscheckkonto: R. Mackowiak München Nr. 208 589/805

Mit Pinochet ins 21. Jahrhundert ?

Chiles Zeitungen werden in letzter Zeit wieder interessanter: Der Chef der Geheimdienstschule wird erschossen, die Regierung macht in einer groß angelegten Propagandakampagne den MIR (Bewegung der revolutionären Linken) dafür verantwortlich, während General Mena, der Chef des Geheimdienstes, selbst erklärt, er sehe keine Anzeichen für eine Beteiligung des MIR an dem Attentat, und der Polizeichef sagt, „der Terrorismus kann aus allen Richtungen kommen," und damit die Urheberschaft von Geheimdienst und Militär selbst andeutet.

Kurz darauf verhaftet der Geheimdienst seine eigenen Leute, weil sie auf eigene Faust eine Terrorbande gegründet haben, unbescholtene Bürger, wie den Pressesprecher des Erzbischofs entführt, andere auch gefoltert und umgebracht haben (also ihre übliche Arbeit tun, nur diesmal ohne offiziellen Segen). Die Bande nennt sich „Kommando Rächer der Märtyrer", was sich wohl auf den erschossenen Geheimdienstler bezieht. Die verhafteten Geheimdienstleute und Polizisten sind inzwischen größtenteils wieder auf freiem Fuß, da es sich offensichtlich um die falschen handelt, die Schuldigen sitzen wohl weiter oben im Apparat..

Der ehemalige Chef des Geheimdienstes (damals DINA, jetzt CNI), General Contreras, der schon wegen seiner Beteiligung an der Ermordung des Außenministers der UP-Regierung, Orlando Letelier, Schlagzeilen machte, kommt jetzt als Wirtschaftsverbrecher ins Gerede; außerdem wird ihm vorgeworfen, auf einem deutschen Frachter kistenweise Akten des Geheimdienstes ins Ausland geschafft und dadurch die Arbeit des CNI schwer geschädigt zu haben. Sein Nachfolger, der oben erwähnte General Mena, trat Ende Juli ebenfalls zurück, jedoch nicht ohne eine Presseerklärung herauszugeben: er habe „Differenzen über die Einschätzung des CNI" mit dem Staatschef Pinochet. Er, Mena, sehe im CNI einen „wissenschaftlich-technischen Dienst und kein repressives Instrument und habe sich immer darum bemüht, daß sich der Sicherheitsdienst strikt an Gesetze und Vorschriften halte".[1]



Im Einzelnen: Die Union Trading Company, eine Handelsgesellschaft mit diskreter Fassade, hatte letztes Jahr Exporte im Wert von 25 Millionen Dollar deklariert und dafür einen Steuerrabatt von 6 Millionen eingesackt. Heute weiß man, daß diese Ausfuhren in Wirklichkeit keine 200 000 Dollar wert waren. Aktionäre der Union Trading Company waren neben Contreras der ehemalige KZ-Kommandant von Cuatro Alamos und andere hohe Geheimdienstoffiziere. Das Delikt wurde mit Hilfe der Ausweise verschwundener und ermordeter politischer Gefangener durchgeführt, die so eine eigenartige Auferstehung als Käufer und Verkäufer von Rohstoffen, Inhaber von Bankkonten usw. erlebten.

Wirtschaftspolitik

Hinter dem Betrug steckt jedoch mehr, als der Zynismus korrupter Offiziere. Das Verbrechen muß vor dem Hintergrund der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre gesehen werden, dem sattsam bekannten Neo-Liberalismus a la Milton Friedman, die zum Ausverkauf der Industrie an in- und ausländische Großkonzerne und zum Ruin des Mittelstandes geführt hat. Der Massenarbeitslosigkeit von 20%, den Hungerlöhnen der Arbeiter und dem Bankrott kleiner Unternehmen steht auf der anderen Seite eine ungeheure Konzentration des Reichtums in immer weniger Händen gegenüber. In seinem Buch „Landkarte des extremen Reichtums" wies letztes Jahr der Ökonom Fernando Dahse nach, daß die drei größten Kapitalgruppen (Cruzat-Larrain, Vial und Matte) zusammen fast 50% der 250 größten Aktiengesellschaften des Landes kontrollieren. Die beiden ersten, die sogenannten „Piranhas", sind erst 1968 unter der christdemokratischen Herrschaft entstanden. *„Im Unterschied zu den alten Wirtschaftsklüngeln (Matte, Edwards, Yarur), die ihre Macht auf der Basis produktiver Tätigkeit, vor allem Industrie- und Landwirtschaftsfirmen, aufgebaut hatten, konzentrierten sich die Piranhas von 1973 an zuerst auf den Finanzapparat. Auf den Einwand der Opposition, daß die wirtschaftlichen Konglomerate im gegenwärtigen Regime, das die bürgerlichen Freiheiten stark einschränkt, kein Parlament und keine Parteien duldet, ohne Gegengewicht schalten und walten können, pflegen die Anhänger der Junta zu erwidern, ‚die Zeit der romantischen Hirtengesellschaft' sei eben vorbei (Zentralbankpräsident Alvaro Bardon), die Gruppen machten sich untereinander schon genug Konkurrenz und die Alternative zu diesem Modell sei schließlich ‚die Konzentration der wirtschaftlichen Macht in staatlichen Händen, also Kommunismus' (Exminister Fernando Leniz)."*[2]

Die „Harten" und die „Weichen"

Für die großen Kapitalgruppen im Finanz- und Import-Export-Sektor ist Chiles außenpolitische Isolierung ein Hemmschuh. Sie streben daher eine „Normalisierung" der chilenischen Situation an, natürlich nur, soweit sie ihre Interessen nicht bedroht. Daß sie diesen Zustand durch eine „Verfassung" absegnen und autoritäre oder „beschützte" Demokratie nennen wollen, ist reine Augenwischerei. Auf Regierungsebene sind diese Kreise, die sogenannten „Weichen", durch die Ministerien Wirtschaft, Finanzen, Arbeit und Außenpolitik vertreten. In diese Linie gehört auch die Arbeitsgesetzgebung (Plan Laboral), die das Regime vor einem Jahr unter internationalem Druck erließ, und die die Zugeständnisse an die Arbeiter so dosierte, daß das Wirtschaftsmodell nicht in Gefahr geriet [3]. Der kosmetische Charakter dieser Gesetzgebung zeigt sich unter anderem daran, daß zwar das Streikrecht gewährt wird, eine Bestimmung, die in der internationalen Presse viel beachtet wurde, faktisch wird dieses Recht durch eine andere Bestimmung wieder aufgehoben (so dürfen die Unternehmer die streikenden Arbeiter entlassen und durch andere ersetzen).

Die „Harten" sind echte Nationalisten, die eine derartige Erneuerung der chilenischen Gesellschaft wünschen, daß der „Marxismus" in alle Ewigkeit in Chile undenkbar bleibt. Schon die Vorstellung, daß es im Land jemals wieder zugelassene politische Parteien geben könnte, ist ihnen ein Greuel. Kritik übt diese Grup-

pe an der ultraliberalen Wirtschaftspolitik, weil sie mit der Öffnung des chilenischen Marktes gegenüber der kapitalistischen Konkurrenz die nationale mittelständische Wirtschaft ruiniert. Mit ihren protektionistischen Forderungen entzieht diese Gruppe zwar der offiziellen Wirtschaftspolitik des Ausverkaufs die ideologische Legitimation, findet aber Anhänger auf höchster Ebene, so daß es nicht erstaunlich wäre, wenn es in naher Zukunft tatsächlich zu protektionistischen Maßnahmen käme. Bislang standen diese rechten Ideologen allerdings allein, ohne erkennbaren Rückhalt durch die mittelständischen Interessenvertretungen.

Politisch sind die „Harten" für eine unbegrenzte Fortdauer des Militärregimes: eine verfassungsmäßige Fortschreibung des gegenwärtigen Zustands könne nicht auf eine nationale Basis zählen (eben wegen der Wirtschaftspolitik, die nur einigen wenigen zu Gute komme), deshalb drängen sie auf eine Änderung dieser Politik zur Verteidigung der mittleren und kleinen Unternehmer – bis zu dem Tag, an dem sich eine neue chilenische Gesellschaft herausgebildet habe, die dann auch unter breitem Konsens ihre verfassungsmäßige Absegnung erhalten könne.

Selbstverständlich gibt jede Fraktion der in sich „zerstrittenen" Regierungsclique vor, für die überwältigende Mehrheit des Volkes zu sprechen und beide Fraktionen betonen dabei noch ihre uneingeschränkte Loyalität gegenüber Pinochet. Der wiederum legt sich nicht öffentlich fest – obwohl er zu den „Harten" tendiert, braucht er die Unterstützung des dominierenden wirtschaftlichen Sektors und beide Fraktionen brauchen ihn, denn ohne den Rückhalt von Armee, Polizei und Geheimdienst ist keines dieser Konzepte praktikabel. Daß es dieser Rückhalt allein auch nicht tut, hat sich aber im Iran und in Nicaragua gezeigt, und es ist daher verständlich, daß das chilenische Großkapital nach einer Verfassung drängt.[4]

Mit dem Verfassungsentwurf, dem das Volk am 11. September zustimmen soll, will Pinochet zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Die politischen Positionen der „Harten" und seine persönliche Herrschaft werden für eine Übergangszeit bis zum Ende des Jahrhunderts festgeschrieben. Das Verfassungsprojekt ist die „Institutionalisierung der Diktatur", wie es der geschasste Junta-General Leigh formuliert [5] (er gehört zu den zahlreichen Honoratioren, die öffentlich erklärt haben, daß sie mit „nein" stimmen werden).

Man mag sich wundern, daß diese Querelen innerhalb der Herrschenden, die sicher zu einem weiteren Autoritätsverlust des Militärregimes führen werden, so offen in der Presse diskutiert werden, gehörte es doch jahrelang zum „autoritären" Selbstverständnis des Regimes, nach außen monolithisch zu erscheinen. Ein Grund dafür liegt sicherlich darin, daß die „weichen" großen Kapitalgruppen einen Teil der Medien kontrollieren und versuchen, mit diesem Hebel einige besonders belastete „Harte" wie den Pinochet-Freund Contreras aus dem Sattel zu heben, zum anderen sieht sich die Christdemokratie gezwungen, auf verschärften Oppositionskurs zum Regime zu gehen.

Die Opposition

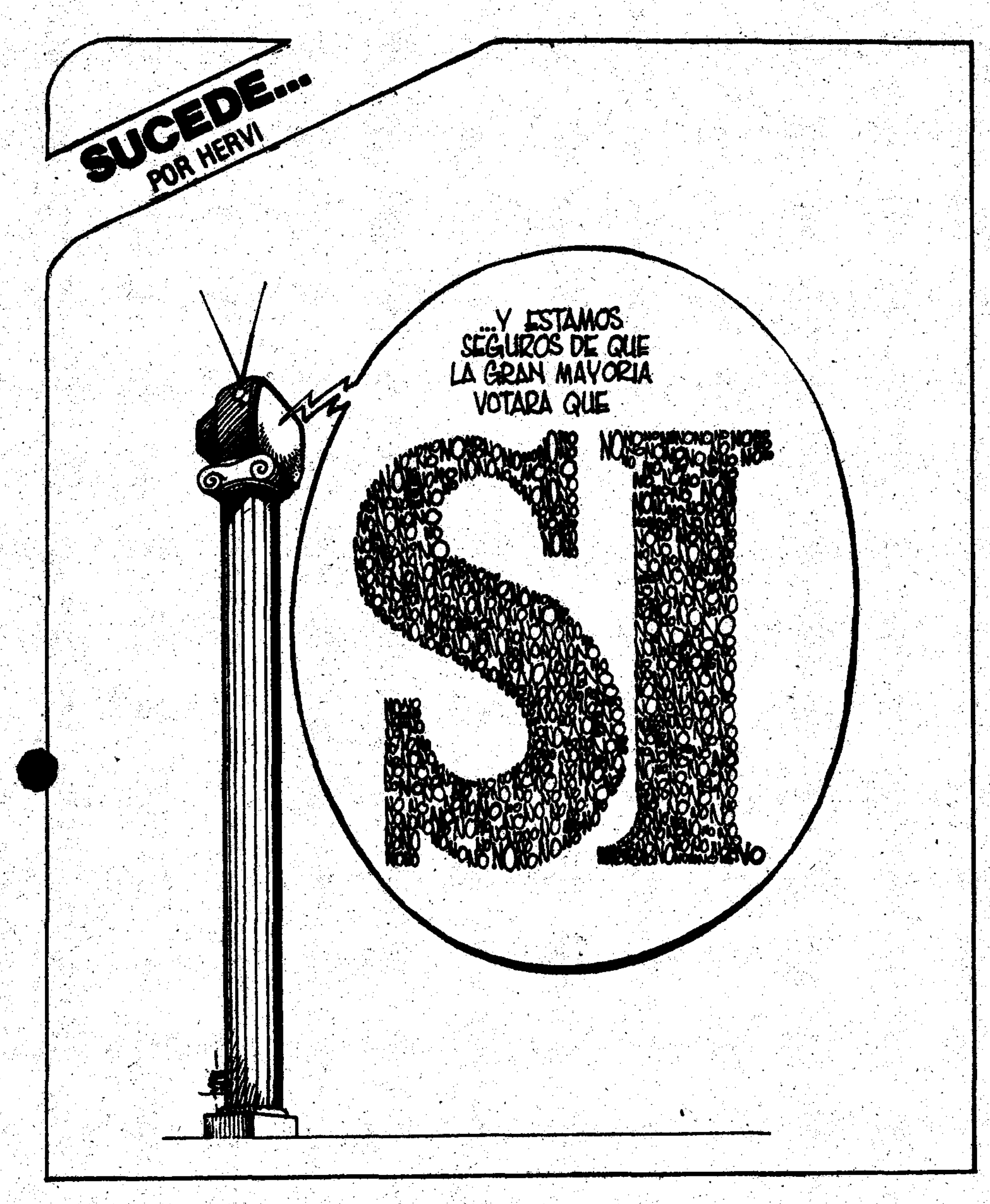
Die äußere Stabilität der Junta in den letzten sieben Jahren beruhte nicht darauf, daß es ihr in dieser Zeit gelungen wäre, ihre politische Basis in der Bevölkerung zu verbreitern, sondern auf der Schwere der Niederlage der Linken und auf der Unfähigkeit der Junta-Gegner, von der Arbeiterbewegung bis zu den Christdemokraten, eine glaubwürdige Alternative anzubieten. Die Christdemokratie versucht in letzter Zeit verstärkt eine solche „demokratische Alternative" aufzubauen; dabei steht sie allerdings unter Zeitdruck: einerseits muß und will sie der Bourgeoisie die gebührende Garantien einräumen und den Eindruck erwecken, daß für die Bourgeoisie der Übergang zu einer leichter legitimierbaren Herrschaftsform gefahrlos möglich sei, andererseits ist sie eine Massenpartei, und als solche hängt ihr politisches Gewicht von ihrem Einfluß bei den Massen ab; sie hat nur Chancen, wenn sie in der Lage ist, relevante Teile des Kleinbürgertums und des Proletariats ideologisch an das Kapitalinteresse zu binden. Um diesen Masseneinfluß zu bewahren, muß sie volkstümliche Forderungen aufgreifen und sich ständig öffentlich in Opposition zur Junta begeben, muß allerdings darauf achten, daß sich ihre Anhänger in den mittleren und unteren Bevölkerungsschichten nicht zu sehr radikalisieren und schließlich auch darauf achten, daß sich ihre Rolle als geduldete Opposition auch nach mehreren erfolglosen Jahren nicht verschleißt und der Eindruck bloßen Nörgelns entsteht. Im Zusammenhang mit diesem Dilemma stand seinerzeit auch der Konflikt zwischen Chile-Besucher Franz Josef Strauß und dem christdemokratischen Expräsidenten Eduardo Frei. Strauß (und damit repräsentiert er wohl immer noch die vorherrschende Meinung des Kapitals[6]) erklärt diese Strategie der chilenischen Christdemokraten für eine Marotte von „greinenden, verschlissenen Typen" [7], die sich nicht mit ihrer Niederlage abfinden wollen. Er setzt ganz offen und längerfristig auf Pinochet und übt nicht einmal pro forma Solidarität mit der chilenischen Schwesterpartei. Frei muß natürlich verhindern, daß solche Einschätzungen sich in- und außerhalb Chiles verbreiten und ist daher auf verstärkten Konfrontationskurs mit der Junta gegangen. Die Christdemokratie versucht natürlich, die angestrebte „demokratische Öffnung" von den Militärs auf dem Verhandlungsweg zu erreichen und geht nach wie vor von der Einschätzung aus, daß der Sturz der Junta die Grundlage des kapitalistischen Systems in Chile gefährden würde.

Während die Christdemokratie immerhin zu einem klaren „Nein" bei der Volksabstimmung aufgerufen hat, konnte sich die Kirche lediglich dazu durchringen, einen Katalog von Bedingungen für die Durchführung der Abstimmung aufzustellen, damit es nicht zu einem so offenkundigen Betrug kommt wie bei der „Volksbefragung" 1978.

Verstärkte Demokratisierungsforderungen der Christdemokraten sind aber nicht die einzige Sorge der Junta. Sie muß mit ansehen, wie nicht nur bei oppositionellen Teilen der Bourgeoisie, sondern auch bei den Teilen des Volkes, die nicht schon von jeher Gegner der Militärdiktatur waren, ihre ideologische Legitimation ins Wanken gerät. Paradoxerweise trägt gerade der Erfolg der Wirtschaftspolitik der Junta zu dieser destabilisie-



„Schnelle Propagandaaktion in der Metro, mit handgeschriebenen Plakaten und unter dem Risiko, verhaftet zu werden" (aus „hoy" No. 164)
Text des Plakats: Wir haben kein Geld, solche Propaganda zu machen, aber wir werden trotzdem mit „nein" stimmen.



Wir sind sicher, daß die große Mehrheit so abstimmen wird: (aus „hoy" No. 163)

rung ihrer ideologischen Basis bei. Konnte früher die neo-liberale Wirtschaftspolitik, die hohe Arbeitslosigkeit und die Ruinierung zahlloser kleiner Gewerbetreibender ideologisch noch als „Durststrecke" verkauft werden, durch die man hindurch müsse, damit Chiles Wirtschaft gesunde, so ist nun Chiles Wirtschaft nach den Kriterien der Junta gesundet: ausgeglichene Zahlungsbilanz, jährliches Wirtschaftswachstum von bis zu 8%, ausgeglichener Staatshaushalt und Steigerung der Exporte; aber die Merkmale der Durststrecke sind geblieben und erweisen sich langsam als konstitutiv für das System: 20% Arbeitslose, Hungerlöhne, eine Inflation, die den Hungerlöhnen nach wie vor täglich davonläuft, der Bankrott kleiner Betriebe und die schamlose Bereicherung großer Finanzgruppen. Die nächste Rezession kündigt sich bereits an.

Darüberhinaus erweisen sich die so gelobten „nichttraditionellen Exporte" vorwiegend als Naturalien: Holz, Obst, Konserven, Fischereiprodukte. Die kleinbürgerlichen Anhänger der Junta, sogar die echten Faschisten unter ihren Führern, werden durch die Bedrohung ihrer ökonomischen Basis mehr und mehr in die Opposition gedrängt, und dieser Konflikt mittelständischer Interessenverbände mit der herrschenden Wirtschaftspolitik wird möglicherweise der Auseinandersetzung innerhalb der Herrschenden höhere Brisanz verleihen:

Der Funke entzündete sich an einer administrativen Maßnahme gegenüber den Taxifahrern Santiagos, die deren Vorsitzendem eine Anklage wegen Beleidigung der Autoritäten und damit wegen Verstoßes gegen das Staatssicherheitsgesetz einbrachte. Deshalb verdient die absurde Anekdote ein Resumee, denn der jetzt angeklagte Juan Jara war einer der aktivsten mittelständischen Putschvorbereiter.

1973 waren Taxifahrten in Chile so billig, daß man nur vor international renomierten Hotels (auf Dollarbasis statt Landeswährung) mit einigem Erfolg darauf rechnen konnte, ein Taxi zu fischen, wenn man es gerade dringend brauchte. Taxifahrer zu sein war ein sichers Geschäft. Im Gefolge absoluter wirtschaftlicher Freiheit wurde die Zulassungsbeschränkung für Taxis aufgehoben: in der 3-Millionen-Stadt Santiago suchen heutzutage 20000 Taxis (so viele gab es 1973 im ganzen Land!) ihre Kunden, wissen nicht, ob sie – teures Benzin verfahrend – ihre Kunden auf entlegenen Straßen fischen oder sich an die lange Schlange eines Taxistandes anreihen sollen. Das Verbot für Kollektivtaxis, in das kundenbringende Zentrum Santiagos einzufahren, zerschnitt dem Chef des Taxiverbandes den Geduldsfaden. Er erklärte:

„Es gibt Sektoren, die das Image der Regierung beim Volk verbessern wollen. Andere bestehen irrigerweise darauf, einen wahren Zaun um den Präsidenten (Pinochet, d. Red.) zu errichten, und sie lassen ihn nicht die wirklichen Probleme der Arbeiterklasse und des Mittelstandes sehen. Ich glaube, daß die gesamten Streitkräfte und der Präsident selbst zum Mittelstand gehören. Wir als Angehörige des Transportgewerbes verlangen eine Änderung, denn der Kochtopf verstärkt seinen Druck, und als Patriot – als jemand, der vor dem 11. (September 1973 – dem Putsch, d. Red.) seine Haut riskierte – hat man die Verpflichtung, mehr mitzuarbeiten."

Der das sagt, war einer der engagiertesten Gegner der UP-Regierung; mit dem Chef der LKW-Unternehmer organisierte er den ersten Streik des Transportgewerbes gegen die UP-Regierung im Oktober '72, war führend an der Organisation des



Anzeige im „Mercurio":
11. 9. 73: Wir Chilenen haben uns von Unterdrückung und Chaos befreit.
11. 9. 80: Wir Chilenen sichern die eroberte Freiheit Ja! zur freiheitlichen Grundordnung

umfassenden Streiks der mittelständischen Interessenverbände in den Wochen vor dem Putsch beteiligt. Als er jetzt – wie unzählige Gewerkschaftsführer, aber kein Gremienvertreter vor ihm – in einer Gefängniszelle Santiagos saß – die er miserabel fand – empfing er Besuch von den anderen Vertretern des Mittelstandes, die ihm ihre Solidarität bekundeten. Unter ihnen war Leon Vilarin, Chef der LKW-Unternehmer, sein einstiger Kampfgefährte. Alle waren sich einig in ihrer Kritik an der Wirtschaftspolitik und gleichzeitig – zumindest verbal – in ihrer absoluten Loyalität gegenüber Pinochet.

Aber Vilarin erklärte drohend: „Mit dieser Haltung drängt uns die Regierung zu einem neuen ‚pliego de Chile'" – jenem Forderungskatalog der mittelständischen Interessenverbände, mit dem sie seinerzeit der Regierung Allendes sozusagen den Krieg erklärt haben.(LAN 82, S.39 f.)

Der nun zur Abstimmung stehende Verfassungsentwurf wurde von einer von Pinochet eingesetzten Kommission aus einer Handvoll konservativer Politiker, dem sog. Staatsrat, entworfen und anschließend von der Junta redigiert.

Die Verfassung soll ab 11. März 1981 „beschränkt wirksam" werden. Damit wird eine Periode der „graduellen Entwicklung" von acht Jahren mit General Pinochet an der Spitze eingeleitet. Am 11. 3. 1989 soll die Verfassung voll in Kraft treten, aber die Junta behält sich vor, für eine weitere Amtsperiode von acht Jahren den Präsidenten zu bestimmen. So würde Pinochet bis 1997 regieren. Die nachfolgende Kritik des Verfassungstextes aus der TAZ vom 31. 7. 80 bezieht sich auf den sogenannten Vorentwurf Ortúzar, demgegenüber der von der Junta redigierte Text noch verschärft wurde:

Die Linke wird ausgeschlossen

Um es von Anfang an klar zu sagen: man kann den Ortúzar-Entwurf nur kennzeichnen als schamlosen Versuch, die gegenwärtige Diktatur praktisch vorbehaltlos zu verewigen. Nach seinen Normen wird die Linke in ihrer Gesamtheit aus dem politischen System ausgeschlossen. Eine Linke, die 1970 die Präsidentschaftswahlen gewonnen hat, 1971 die absolute Mehrheit in den Gemeinderatswahlen und in der letzten Parlamentswahl mitten in der Zuspitzung der Wirtschaftskrise und nur sechs Monate vor dem Militärputsch mit 43% der Stimmen stärkste politische Kraft des Landes geworden war.
Um diesen Ausschluß der Linken zu erreichen, wird festgeschrieben, daß Chile jede Konzeption ablehnt, die „inspiriert ist von der Belebung sozialer Antagonismen". Für illegal erklärt wird „jede Handlung mit der Absicht, Doktrinen zu verteidigen, die auf dem Klassenkampf beruhen".

Berufsverbot a la Chile

Weiterhin wird für alle, die sich der oben erwähnten Verbrechen schuldig machen oder jemals schuldig gemacht haben, der Ausschluß von jeglicher aktiver Beteiligung am politischen und sozialen Leben des Landes verfügt:
- Entzug des aktiven und des passiven Wahlrechts;
- Entzug des Rechts auf beschäftigung im öffentlichen Dienst;
- Verbot, Aufgaben wahrzunehmen in Berufsorganisationen: Gewerkschaften, Unternehmer-, Studentenverbände, desgleichen in Nachbarschaftsorganisationen;
- Verbot jeglicher Betätigung im gesamten Erziehungsbereich, ebenso wie in den Massenmedien.

Die Angst vor der Demokratie

Aber der Ausschluß der Arbeiterbewegung und der Linken schien den Juristen Pinochets noch keine genügende Sicherheit. Sie fürchten sich vor dem, was sich in Zukunft selbst aus einer so eingeschränkten 'Demokratie' entwickeln könnte, wie sie der Entwurf plant. Deshalb beschliessen sie, die staatliche Herrschaft nicht einmal mehr auf die bürgerlichen Schichten und ihre Ideologie zu gründen, sondern auf die Oberbefehlshaber der Streitkräfte.
In dem Verfassungsentwurf wird ausdrücklich festgelegt, daß die Streitkräfte aufgerufen sind, die Verfassungsordnung zu garantieren – ohne daß letztendlich konkret die Mechanismen angegeben werden, mit denen ein solcher Auftrag erfüllt werden soll.
Eine Verfassungsklausel dieser Art schafft nach lateinamerikanischen Erfahrungen eine Lücke, die der Truppe die Machtergreifung erlaubt, wann immer es ihrem Oberkommando opportun erscheint.
Aber das ist nicht alles, Es wird ein sogenannter Nationaler Sicherheitsrat geschaffen und ihn macht der Verfassungsentwurf zum eigentlichen Träger der staatlichen Souveränität. Dieser Rat hat die Aufgabe, regelmäßig das sogenannte "Nationale Interesse" zu definieren - eine unveränderte Fortführung der Praxis der Pinochet-Diktatur.
In diesem Sinne muß man festhalten, daß diese sogenannten "Nationalen Interessen" weit davon entfernt sind, etwas darzustellen, was man traditionell als Entwicklungsplan kennt. Am 23.Dezembr 1975 verabschiedete die Diktatur erstmals die "Nationalen Interessen". Wichtigster Punkt: "die Grundsatzerklärungen der chilenischen Regierung in all ihren Teilen und von mal zu mal in höherem Masse in die Realität umzusetzen."

Das "Nationale Interesse"

Diese Erklärung der Prinzipien beschränkte sich nicht auf ein abstraktes Bekenntnis zu einer christlichen Auffassung des Menschen und der Gesellschaft, sondern sie erklärte in aller Form, daß sich Chile im Kriegszustand mit dem Internationalen Kommunismus und der marxistischen Ideologie befindet, daß die Chilenen sich einer Regierung der Autorität und des Nationalismus zu unterwerfen haben, die das Recht auf Privateigentum verteidigt, welches die unersetzbare Grundlage der Freiheit ist; einer Regierung, die es gleichzeitig für dringend notwendig hält die Mentalität der Chilenen zu verändern. Folglich sind die sogenannten "Nationalen Interessen" einzig und allein eine politische und ideologische Konzeption.
Stellt man in Rechnung, daß die Gesetze, in denen die jetzt geltenden "Nationalen Interessen" verabschiedet wurden, ausdrücklich deren obligatorischen Charakter festlegen, so folgt daraus, daß die Kompetenzen des sogenannten Nationalen Sicherheitsrates bei weitem das überschreiten, was je in der Geschichte Chiles ein Parlament oder eine Regierung an Macht hatte.
Der Nationale Sicherheitsrat wird ermächtigt, "jeder Autorität des Staates seine Auffassung nahezulegen, zu jeder Tatsache, jeder Handlung oder Sache, die nach seinem Urteil die nationale Sicherheit beeinträchtigen könnte". Er kann dies öffentlich oder geheim tun.

Der "Nationale Sicherheitsrat"

Dieses Gremium setzt sich zusammen aus den vier Oberbefehlshabern der Armee und der Polizei, dem Generalsstabschef der Nationalen Verteidigung (also insgesamt 5 Uniformierten) und den Präsidenten des Senats, des Obersten Gerichtshofes und der Zentralbank.
Letztendlich verwandeln sich die Streitkräfte also in die Träger der Staatsgewalt - in Person ihrer Oberbefehlshaber.
Die Mentalität, die diese juristische Mißgeburt hervorbrachte, gibt sich mit diesen Maßnahmen noch nicht zufrieden. Es könnte ja sein, daß in irgendeiner Zukunft ein Präsident versuchen will, durch Abberufung der militärischen Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates einen Wandel herbeizuführen. Auch für diesen Fall ist gesorgt: die Oberbefehlshaber von Armee und Polizei können nicht abgeetzt werden.
Das sind die grundlegenden Elemente der Institutionalisierung der Diktatur im Ortuzar-Entwurf:
Ausschluß der Arbeiter und ihrer Parteien aus dem politischen und sozialen System und Gründung der Staatsmacht auf die höchsten Ränge der Streitkräfte - entzogen jeder Kontrolle durch die politischen Instanzen des Landes.

(TAZ 1. 8. 80)

Im Volk hat diese Zumutung heftigen Widerstand hervorgerufen: obwohl es bereits seit Anfang des Jahres eine heftige Repressionswelle gibt, demonstrierten am 27. 8. in Santiago 50 000 Menschen gegen das Verfassungsprojekt.

Fußnoten:

1 FR, 29. 7. 80
2 FR, 16. 7. 80
3 LAN 82, S. 39 f.
4 a.a.O.
5 „hoy" Nr. 162, S. 23
6 Dafür sprechen auch die außenpolitischen Erfolge der Junta im letzten Jahr: Europareise des Außenministers, Einrichtung einer Handelsmission der DDR, Wiederaufnahme der Beziehungen durch Großbritannien und der Verkauf der österreichischen Panzer, den die Solidaritätsbewegung erst in letzter Minute verhindern konnte.
7 SZ, 25. 11. 77

El Salvador

Offener Brief

Mit Bestürzung haben wir aus einem Artikel des Nachrichtenmagazins „DER SPIEGEL" Nr. 34 vom 18. August 1980 entnehmen müssen, daß das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland auf offensichtliches Betreiben des Außenministers, Hans Dietrich Genscher, gewillt ist, die völkermordende Diktatur der Militärs und Christdemokraten in El Salvador politisch und finanziell zu unterstützen.

Alle Mitarbeiter des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) in Nicaragua protestieren schärfstens gegen diese beabsichtigte Maßnahme.

Wir werden hier täglich über das Gemetzel der Regierungstruppen und von ihnen unterhaltenen paramilitärischen Mörderbanden an Bauern und Arbeitern, Kindern und Frauen, engagierten Christen, Gewerkschaftern usw. durch Augenzeugenberichte und authentisches Material im Fernsehen, Radio und Presse unterrichtet und haben oft Gelegenheit, mit Flüchtlingen über die Lage in El Salvador zu reden. Selbst vor dem Erzbischof Monsenor Romero machten die staatlichen Terrorbanden nicht halt und brachten ihn kaltblütig während einer Messe um.

Über 3000 Menschen wurden bereits in diesem Jahr von den Regierungsorganen ermordet. Neuerdings werden Napalmbomben und biologisch-chemische Kampfstoffe in den Gebieten eingesetzt, in denen sich die oppositionellen Kräfte konzentriert haben. Dies alles ist nur möglich, weil das Regime in El Salvador von außen künstlich an der Macht gehalten wird. Besonders die USA und Venezuela unterstützen massiv die herrschende Junta und versuchen offensichtlich befreundete Regierungen zu bewegen, die Junta ebenfalls zu unterstützen oder zumindest die demokratischen Massenorganisationen in El Salvador weder anzuerkennen noch zu unterstützen.

In El Salvador soll erneut versucht werden, was in Nicaragua gescheitert ist: eine den nordamerikanischen geo-strategischen und ökonomischen Interessen ergebene Regierung in Mittelamerika *um jeden Preis* zu erhalten. Es gibt eindeutige Stellungnahmen von US-amerikanischer Seite, daß man notfalls intervenieren würde, um „die Machtergreifung der Marxisten-Leninisten" in El Salvador zu verhindern. Wir sind fest davon überzeugt, daß die USA tatsächlich in El Salvador intervenieren werden, falls das herrschende Regime zu stürzen droht. Diese Intervention würde aus dem bereits tobenden Bürgerkrieg ein Völkermorden verursachen, das die bekannten Putsche in Chile oder Bolivien in den Schatten stellen würde. Auch die Gefahr eines zentral-amerikanischen Krieges würde heraufbeschworen.

Es gibt nur eine Möglichkeit, eine Intervention der Amerikaner zu verhindern: die Anerkennung der Frente Democratico Revolucionario (FDR) und die internationale Ächtung der herrschenden Junta.

Sollte jedoch die Bundesregierung und nach ihr eventuell noch andere westeuropäische Länder das kriminelle Regime der Militärs und Christdemokraten in El Salvador weiterhin unterstützen, dann bereiten sie den Boden für das bevorstehende Gemetzel am salvadorianischen Volk mit vor.

Sollte das Spiegelzitat von Außenminister Genscher stimmen, es gäbe in El Salvador derzeit „keine glaubwürdige demokratische Alternative" zur Regierung, dann spricht er dem Volk von El Salvador die Berechtigung und Fähigkeit ab, selbst Alternative zur Diktatur der Generale und Antichristen zu sein.

Es dürfte dem Außenminister der Bundesrepublik Deutschland nicht unbekannt geblieben sein, daß die *Demokraten* (wie Sozialdemokraten und tatsächliche *Christ*demokraten) sich längst aus der Junta zurückgezogen und dem Frente Democratico Revolucionario angeschlossen haben. Dies ist die „glaubwürdige demokratische Alternative" zur derzeitigen Regierung, die der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland angeblich nicht sehen kann.

Wir begrüßen die eindeutigen Erklärungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschland, besonders ihres Vorsitzenden Willy Brandt sowie des Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Uwe Holtz, zur Unterstützung der FDR. Ihre Initiative weist die Richtung für die einzige Möglichkeit zur Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in Zentralamerika und zur langfristigen Sicherung des Friedens auf dem Kontinent.

Wir fordern die Bundesregierung mit Nachdruck auf, eine klare Stellungnahme zur Unterstützung der FDR abzugeben, jegliche politische wie finanzielle Hilfe für die herrschende Regierung in El Salvador zu streichen und aktiv eine Invasion der USA in Zentralamerika zu verhindern.

Ruth Hartschuh (Verwaltungsassistentin des DED in Nicaragua)
Bernd Schleich (Beauftragter des DED in Nicaragua) u. a.

Algerien

Wirtschaft am Ende ?

Aus Algerien werden tiefgehende wirtschaftliche Schwierigkeiten gemeldet. Anläßlich der Aufstellung des neuen Fünfjahresplanes befaßt sich die bürgerliche Presse mit der Frage, ob der algerische Entwicklungsweg gescheitert ist. Nicht zuletzt auch die algerische Führung übt Selbstkritik und gibt ‚Fehlleistungen' und Schwierigkeiten zu. Das tut sie bestimmt nicht nur unter dem Druck der Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten, sondern aufgrund echter Schwierigkeiten. Man erinnert sich an die Auseinandersetzung mit den Berbern im Frühjahr, an die fortgesetzten Streiks an den Universitäten.

Um nicht in den alten Fehler der Internationalisten zu verfallen und aus Enttäuschung das ‚Modell' als gescheitert zu erklären, ohne die Gegebenheiten im Einzelnen zu untersuchen, wollen wir zu einem späteren Zeitpunkt eine gründliche Analyse der Situation in Algerien liefern. Schließlich ist Algerien als abhängiges Land in vielen Bedingungen befangen, die eine Fehlentwicklung unter bestimmten Umständen verstärken und eine Fehlentscheidung fatal machen können. Hier sollen die Ereignisse der letzten Monate aufgerollt und ihre Hintergründe erörtert werden, eine letzte Beurteilung des Entwicklungsmodels ist in diesem Rahmen nicht möglich.

Algerien hatte die Chance, die Unterentwicklung möglichst schnell zu überwinden, denn mit den Rohstoffen Erdöl und Erdgas läßt sich ein industrieller Take-off finanzieren. Der Erfolg wurde bescheinigt: „Algerien ist aus den Startlöchern herausgekommen und unter den arabischen Staaten das Land mit den solidesten Grundlagen und der größten Zukunft." (SZ 5. 8. 72)

Mit der wirtschaftlichen Macht konnte Algerien seine politische Stellung ausbauen. Im Arabischen Lager und in ganz Afrika wurde es zum Vorreiter für eine soziale Entwicklung.

Grundlage des *Industrialisierungskonzepts*, das Ende der 60er Jahre entwickelt wurde, ist die Annahme, daß durch den Aufbau von Schwerindustrie und Petrochemie das Land schnell wirtschaftlich unabhängig werden könnte. Der Produktionsapparat sollte sich mit der Zeit diversifizieren und stufenweise eine Leicht- und Konsumgüterindustrie aufbauen, die Basisindustrien sollten also Schleppfunktion für die übrigen Zweige ausüben. Eine Veränderung in den sozialen Beziehungen, v.a. die Agrarrevolution, sollte gleichzeitig die breite Masse in das Wirtschaftssystem einbeziehen, das Erziehungssystem sollte neue Arbeitskräfte für die Industrie heranbilden. Um dies zu ermöglichen, sollte die Industrie ziemlich schnell der Landwirtschaft ‚zuarbeiten'.

Damit die ‚industrialisierenden' Industrien den Prozeß möglichst schnell in

Gang bringen konnten, sollten für diesen Zweig Großprojekte und Spitzentechnologie bevorzugt werden.

Dieser Plan verlangt sehr hohe Anfangsinvestitionen. Dank der Mehreinnahmen durch die Ölpreiserhöhungen konnten die Investitionen im Industriesektor 1974-77 sprunghaft ansteigen. Da aber die Preise für Güter, die aus den Industrieländern importiert werden, wie Ausrüstung, Halbfertigwaren und technische Dienste, auch steigen, konnte dennoch die Kaufkraft gegenüber dem Ausland nicht aufrecht erhalten, geschweige denn vermehrt werden.

Deshalb mußte die *Gasproduktion* in Angriff genommen werden. Es bestehen Lieferverträge mit den USA und anderen westlichen Ländern, die allerdings krisenanfällig sind.

Für die Inwertsetzung der Gasreserven hinwiederum sind große Investitionen erforderlich. Die Auslandsverschuldung Algeriens wird in den nächsten Jahren sehr steigen, die Zinsen werden von 18% des Exportvolumens auf 25% bis 1985 steigen. Das Gasgeschäft hat gute Aussichten, da aber Algerien aus verschiedenen Gründen stark darauf angewiesen ist, wird es alle Kräfte mobilisieren müssen, um das Inwertsetzungsprogramm durchzuführen.

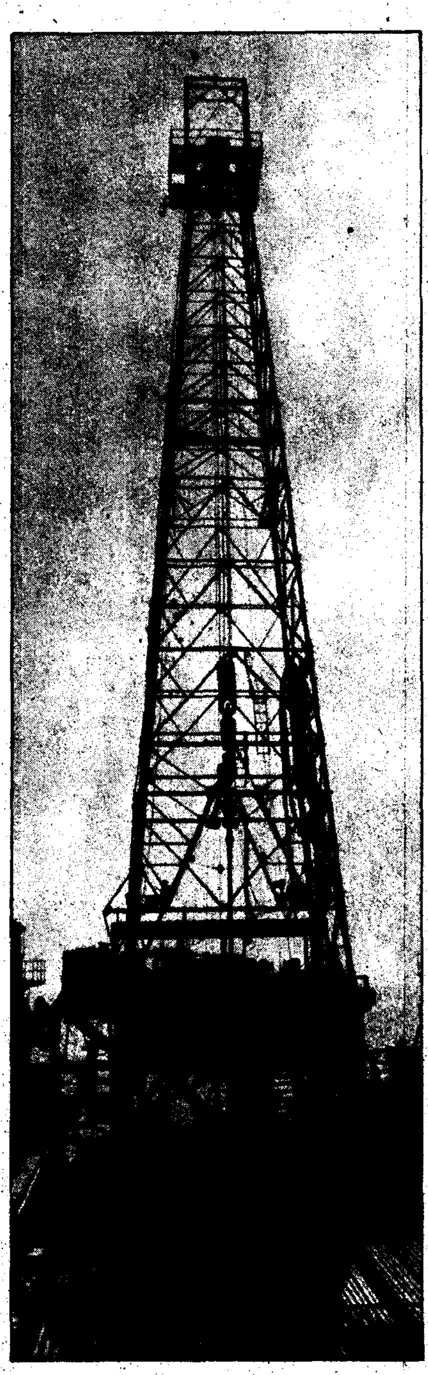
Das Hauptrisiko dabei ist, daß die exportorientierten Tendenzen der Wirtschaft verstärkt werden und einen strukturellen Charakter annehmen, auf Kosten der anderen Sektoren.

Theoretisch hat der Erdölsektor die Funktion, einen Mehrwert zu produzieren, der zum größten Teil zur Finanzierung von Investitionen zugunsten der Binnenwirtschaft dienen soll. Er muß also dem globalen Entwicklungsplan unterstellt sein, dessen Ziel es ist, den Lebensstandard der Massen zu heben. Wenn dieser Sektor nicht gebändigt wird, gehorcht er einer eigenen Logik und unterläuft die ursprüngliche Planung, und zwar mit zwei Mechanismen:

- der vorherrschende Sektor übt einen Sog aus; die Höhe der getätigten Investitionen im Erdölbereich ist in allen Plänen größer als vorgesehen, sowohl absolut wie relativ. Das konstatiert mit den Schwierigkeiten in anderen Sektoren wie Landwirtschaft und Infrastruktur, die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel überhaupt aufzubrauchen.
- andere Wirtschaftsbereiche, die ursprünglich auf die algerische Nachfrage ausgerichtet waren, stellten ihre Produktion um und koppelten sich an den vorherrschenden Exportsektor. Durch die ungleiche Entwicklung werden also der Wirtschaft weitere Kräfte entzogen. (Le Monde diplomatique, Juni 1978)

Dieser Entwicklungsplan wurde nicht gesteuert. Inzwischen ist in der gesamten Wirtschaft eine Polarisierung eingetreten: Der ‚moderne' Sektor erhält den Löwenanteil der Investitionen, hier werden die besten Löhne gezahlt, die Gewinne gemacht. Allerdings schafft er nur wenig Arbeitsplätze.

Die Polarisierung der Wirtschaft konnte die weiteren Zielsetzungen der Entwicklung nicht in Gang bringen. Die Konsumgüterindustrie wurde nicht geschaffen, die Zulieferung für die Landwirtschaft konnte nicht geleistet werden, da der Apparat zu unflexibel für die Bedürfnisse der einzelnen landwirtschaftlichen Produktionseinheiten ist. Grundlegenden Schwierigkeiten für die Entwicklung in Algerien konnte nicht beigekommen werden: der mangelnden Produktivität der Landwirtschaft und damit der Landflucht und der Arbeitslosigkeit.



Erdöl – Algeriens wichtigste Devisenquelle

Die Lebensmittelversorgung ist ungenügend, die einheimische Landwirtschaft kann den Bedarf nur zu 30% decken, der Rest muß eingeführt werden.

Die Infrastruktur und der Wohnungsbau in den Städten wurde vernachlässigt. Die Verwendung von hochgezüchteter Technologie machte die Heranbildung von Arbeitskräften noch schwieriger und führte zu vermehrter Auslandsabhängigkeit. Die einseitige Wirtschaftspolitik hat schlimme Auswirkungen auf das Leben der Masse der Bevölkerung.

Probleme der Landwirtschaft

Die koloniale Landwirtschaft hatte vorwiegend für den Export produziert. Die Betriebe waren in der Hand von Franzosen, die nach der Unabhängigkeit 1962 abzogen. Die Umstellung von der Monokultur (v.a. Wein) auf andere Produkte ergab die bekannten Verzögerungen in der Produktivität der Landwirtschaft.

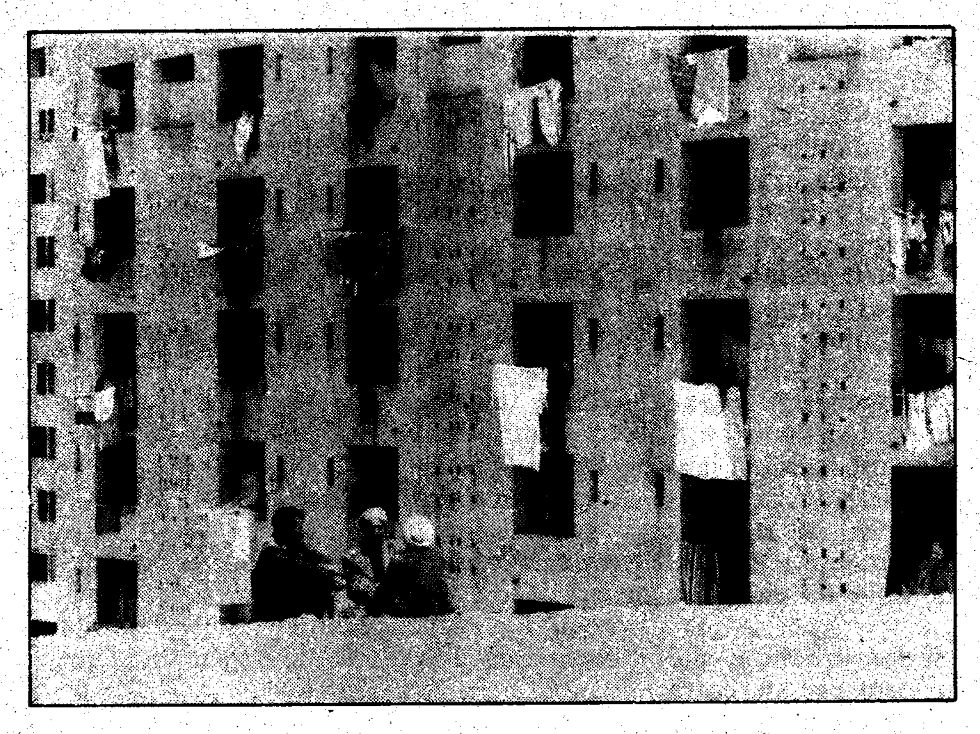
Viel schwerwiegender waren aber die strukturellen und wirtschafts-politischen Probleme. Auf den ehemals französischen Ländereien wurden seit 1963 2000 ‚selbstverwaltete' Betriebe eingerichtet. Sie unterlagen von Anfang an einer strengen staatlichen Kontrolle.

Seit 1971 schuf die Agrarrevolution daneben einen ‚sozialistischen Sektor': auf 1,5 Mio ha 6000 Produktionsgenossenschaften mit etwa 100000 Mitgliedern. Da die Agrarrevolution in ihrer 2. Phase steckenblieb, ist heute noch ein relativ großer privater Sektor vorhanden, der etwa die Hälfte des bebaubaren Landes umfaßt. Der meist geringwertige Boden wird zu 80% von Kleinbauern bewirtschaftet. Alle Betriebsformen der Landwirtschaft hatten unter dem Mangel an Kapital und Produktionsmitteln zu leiden, der sich durch die Industrialisierungspolitik ergab. Bei den staatlich kontrollierten Betrieben kommen durch die rigide Bürokratie immense Verteilungsprobleme hinzu. „Das Saatgut kommt zu spät an, die Traktoren sind kaputt, da Ersatzteile fehlen, die Ernte wird nicht abgeholt usw. (LM 5. 5. 80)

Mangelnde Investitionen für die Landwirtschaft führten bis heute zu einem katastrophalen Zustand. 40% der Genossenschaften sind defizitär, die Produktivität ist immer noch sehr gering, die Böden werden schlechter, die Weinberge und Obstpflanzungen müßten dringend neu angelegt werden. Zum Beispiel haben sich in der Ebene von Masara 100000 ha des besten Bodens in Sümpfe verwandelt, da das Entwässerungssystem vernachlässigt worden war. Die Landflucht konnte nicht aufgehalten werden, sie wurde durch die wesentlich höheren Löhne in der Industrie noch verstärkt. Die ländliche Bevölkerung ist überaltert, die Hälfte des bebaubaren Landes liegt brach. (Liberation 6. 5. 80)

Auswirkungen der Wirtschaftspolitik auf das tägliche Leben der Algerier

Die Masse der algerischen Bevölkerung lebt in völlig überquellenden Städten, die auch noch täglich durch die Landflucht und den hohen natürlichen Zuwachs zunehmen. Algerien steht mit seiner Wachstumsrate von 3,2% an der Weltspitze; zwischen 1960 und '78 verdoppelte sich die Bevölkerung von 9 auf 18 Millionen.



Wohnungsnot – das große Problem der Städte

Eine Familie hat im Durchschnitt 6 Kinder. Die Wohnungsnot läßt sich in Zahlen ausdrücken: in Algier sind 12 Personen in einer 2-3-Zimmer-Wohnung der Normalfall – aber die Enge ist unvorstellbar. Durch die geringe Kapazität im algerischen Wohnungsbau wird sich auch in den nächsten Jahren dieser Zustand kaum ändern, auch die geplanten Bauvorhaben können keine Linderung bringen. (FR 19. 2. 79)

Es fehlen viele Arbeitsplätze; rund 37% der aktiven Bevölkerung sind arbeitslos. Immer noch sind 600 000 bis 800 000 Algerier darauf angewiesen, ihren Lebensunterhalt im Ausland – überwiegend in Frankreich – zu verdienen (NZZ 1. 8. 80)

Der Durchschnittsverdienst in der Industrie ist zwar angestiegen, aber die wenigen, die davon profitieren, können nicht einmal für Geld ausreichend Lebensmittel bekommen. Normalerweise ernährt man sich von Weißbrot und Tee, da andere Grundnahrungsmittel fehlen. Eier werden zu 80% importiert. Die Versorgung ist so schlecht, daß jährlich nur 50 Eier pro Kopf der Bevölkerung konsumiert werden können, während in anderen Ländern der Dritten Welt 300-400 pro Jahr und Einwohner verbraucht werden.

Die schlechte Ernährung, gekoppelt mit Mißständen im Gesundheitswesen, führen dazu, daß 25% der Kinder und 50% der Schwangeren Rachitis haben, die Kindersterblichkeit stark angestiegen ist (1 von 5 Kindern stirbt vor Vollendung des 1. Lebensjahres). (Liberation 2. 5. 80)

Alle diese Zustände stehen im krassen Gegensatz zur wirtschaftlichen Macht Algeriens; sie zeigen daß die Bevölkerung kaum einen Anteil an der industriellen Entwicklung hat.

Anscheinend hat die algerische Führung die Gesamtstrategie der Entwicklung, die stark auf die soziale Rentabilität der Wirtschaft ausgerichtet war, aus den Augen verloren. Ihre Basisferne ist zu kritisieren. Die Frage ist, wie die algerische Bevölkerung zu ihrem System steht. Meiner Meinung nach gibt der Sprachenstreit Anhaltspunkte dafür.

Der Sprachenstreit

Die ‚Arabisierung' der Gesellschaft ist ein grundlegender Bestandteil der algerischen Revolution. Sie soll durch die Einführung der arabischen Sprache in allen Bereichen die kulturelle Ablösung von der Kolonialmacht deutlich machen. Die algerischen Theoretiker warem dem panarabischen Denken verpflichtet, ebenso wie der islamischen Religion. „Um das Volk zu einen", wurde eine Form des Arabischen aus dem Mittleren Osten eingeführt, die in Algerien garnicht gesprochen wurde. Zum Aufbau des Schulwesens wurden Lehrer aus Syrien und Ägypten herangezogen. Jedes Kind, das in Algerien eingeschult wird, muß also erst einmal zwei Sprachen lernen – Hocharabisch und Französisch – und seine Muttersprache ablegen. Man kennt aus anderen Ländern die Identitätsproblematik, die damit verbunden ist. Nach 18 Jahren beherrscht die Mehrheit der Bevölkerung die ‚nationale Sprache' immer noch ungenügend. (Liberation 30. 4. 80)

Zwar wurden Straßen auf arabisch umbenannt, neben dem Französischen würde in der Verwaltung auch Arabisch gesprochen. Bezeichnend ist aber, daß bis in letzter Zeit die mangelnde Verwurzelung des Arabischen, z.B. im Justizministerium, beklagt wurde (LM 17. 7. 80) Die Schlüsselpositionen im modernen Sektor sind nach wie vor Algeriern vorbehalten, die Französisch als Muttersprache haben. Die Privilegierung dieser Kader läßt befürchten, daß sich eine neue Klasse herausbildet.

Der Sprachenstreit, der seit Ende letzten Jahres in Algerien Wogen schlug, zeigt also, daß die Polarität der Wirtschaft sich in der Chancenungleichheit zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen auswirkt.

Ende letzten Jahres forderten die arabisch-sprechenden Studenten mit Streiks die konsequente Durchführung der Arabisierung. Sie sind meist in den Vororten der Großstädte aufgewachsen und von den drängenden wirtschaftlichen Problemen des Landes betroffen. Trotz ihrer Hochschulausbildung stehen den meisten von ihnen keine besseren Lebensbedingungen offen. Ihre Forderungen haben wohl auch einen Zusammenhang mit der Entwicklung im Iran und der islamischen Bewußtwerdung. Da es sich um Forderungen handelte, die auch im algerischen System verankert sind, konnten sie mit dem Wohlwollen der Führung rechnen.

Die Versprechungen der Führung an die Arabophonen riefen eine andere Bevölkerungsgruppe auf den Plan. Die Berber befürchteten eine Verstärkung des nahöstlichen, islamischen Einflusses nach iranischem Vorbild, der eine weitere Bedrohung für ihre Kultur darstellte, die nicht damit verwandt ist. (Liberation 2. 5. 80)

Wie in den anderen Staaten des Maghreb leben in Algerien eine große Zahl von Berbern. Historisch bildeten sie die Urbevölkerung des Gebiets. Als die Araber es unterwarfen, zogen sie sich in die abgelegenen und gebirgigen Regionen zurück. In Algerien umfaßt der Anteil der Berber an der Bevölkerungszahl etwa ¼ bis ⅓, allein 2 Millionen Berber wohnen in der Provinz der Großen Kabylei.

Aus historischen Gründen war die Kulturpolitik der Regierungspartei FLN seit der Revolution den Berbern gegenüber repressiv. Die französische Kolonialmacht hatte nämlich die hochentwickelte Berberkultur den Arabern gegenüber bevorzugt, auch um die Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen. Die Berber wurden verstärkt christianisiert. Sie standen deshalb im neuen Algerien im Ruch, Kollaborateure zu sein; ihre Sprache, ihre Dichtung und ihr Alphabet wurden verboten. Trotzdem gelang es sehr vielen Berbern nach der Revolution, in Schlüsselpositionen des Staates aufzusteigen. Ohne Land, investierten sie in graue Zellen, lernten Französisch und verleugneten ihre Kultur (FT 6. 5. 80). Ein sehr hoher Teil der algerischen Gastarbeiter in Frankreich sind berberischer Abstammung. Diese Migration ist einerseits in der Strukturschwäche der Großen Kabylei, aber auch in der Geschichte begründet.

Jetzt forderten die berberischen Studenten die Anerkennung ihrer kulturellen Rechte. Es begann im März dieses Jahres, als die Vorlesung eines bekannten Dichters über die Berberkultur in der Kaby-

lei-Kapitale Tizi-Cuzou verboten wurde. Die Studenten riefen zum Streik auf, er weitete sich zu einem Generalstreik in Tizi-Cuzou aus. Vier Tage lang währten die Auseinandersetzungen, die Provinz wurde von Truppen besetzt und vom Rest des Landes abgeriegelt. (Liberation 4. 5. 80)

Für die algerische Führung weitete sich der Sprachenstreit zur politischen Krise aus, da sich außer den Studenten auch andere Bevölkerungsgruppen beteiligten. Die arabophonen Studenten solidarisierten sich verstärkt mit dem Kampf der Berber, auch in Algier wurde gestreikt. Es ging nicht mehr nur um die Anerkennung der kulturellen Idendität einzelner Bevölkerungsgruppen, sondern um einen Protest derer, die sich vom System ausgeschlossen fühlen.

Technokratische Maßnahmen Chadlis

Der Initiator der Industrialisierungspolitik, Boumedienne, war im Dezember '78 gestorben. Da die Nachfolge sehr strittig war, mußte der heutige Staatspräsident Veränderungen sehr vorsichtig angehen. Erst durch die Maßnahmen, die in den letzten Monaten getroffen wurden, stellte sich seine Linie klarer heraus. In der Zwischenzeit war das Leben in Algerien von schläfriger Unentschiedenheit gekennzeichnet.

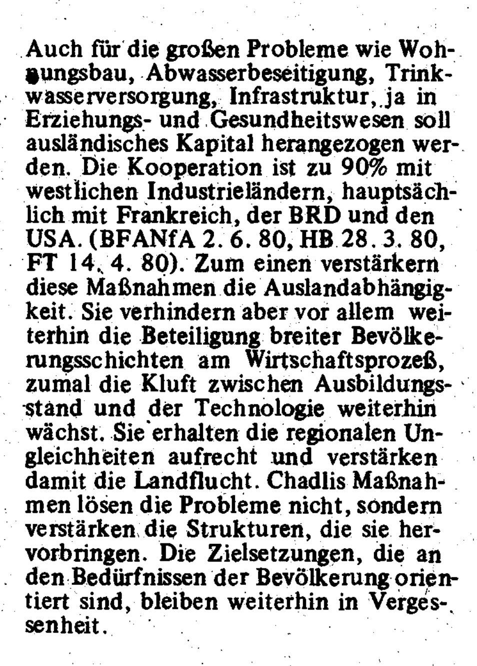


Staatspräsident Chadli Bendjedid, Nachfolger des 1978 verstorbenen Führers Boumedienne

Wie Boumedienne versucht Chadli, mit den Rohstoffeinkünften zu klotzen, um die Industrialisierung finanzieren zu können. Er reduzierte die Erdölproduktion, um die Reserven zu schonen, und er legte jedem Abnehmer eine Erschliessungsabgabe von 3 Dollar pro Barrel auf, sodaß das algerische Öl zum teuersten der OPEC wurde (FR 1. 4. 80, FR 2. 7. 80).

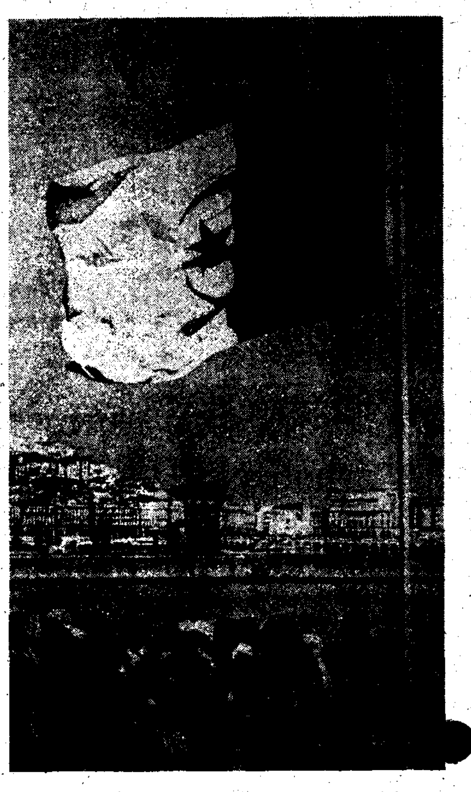
Im April dieses Jahres machte Chadli von sich reden, als er Frankreich mit einem Lieferboykott von Erdgas belegte, um den Preis in die Höhe zu treiben (NZZ 16. 4. 80). Algerien fordert die Angleichung des Preises für Erdgas an den Ölpreis (FR 6. 5. 80). Diese Maßnahmen sichern Algerien die Weiterführung seiner Industrialisierungspolitik. Das Land wird zu „einem der bedeutendsten Partner der westlichen Industrieländer in den 80er Jahren werden." (FT 22. 3. 79)

War Boumediennes Regime von einer rigiden Industrialisierungspolitik und strengem Konsumverzicht gekennzeichnet, so sieht sich Chadli den Problemen gegenübergestellt, die diese Politik hervorgebracht haben. Er versucht, sie mit Hilfe von außen zu lösen. Zum Aufbau einer Konsumgüterindustrie führt er schlüsselfertige Betriebe ein, die groß angelegt sind und sich um die bestehenden Wirtschaftszentren gruppieren. Es wird weiterhin hochentwickelte Technologie eingeführt, die technologische Abhängigkeit noch vergrößert. Dabei könnten gerade solche Branchen wie z.B. die Textilindustrie dezentral angelegt werden und viele Arbeitsplätze schaffen.



Auch für die großen Probleme wie Wohnungsbau, Abwasserbeseitigung, Trinkwasserversorgung, Infrastruktur, ja in Erziehungs- und Gesundheitswesen soll ausländisches Kapital herangezogen werden. Die Kooperation ist zu 90% mit westlichen Industrieländern, hauptsächlich mit Frankreich, der BRD und den USA. (BFANfA 2. 6. 80, HB 28. 3. 80, FT 14. 4. 80). Zum einen verstärkern diese Maßnahmen die Auslandabhängigkeit. Sie verhindern aber vor allem weiterhin die Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten am Wirtschaftsprozeß, zumal die Kluft zwischen Ausbildungsstand und der Technologie weiterhin wächst. Sie erhalten die regionalen Ungleichheiten aufrecht und verstärken damit die Landflucht. Chadlis Maßnahmen lösen die Probleme nicht, sondern verstärken die Strukturen, die sie hervorbringen. Die Zielsetzungen, die an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert sind, bleiben weiterhin in Vergessenheit.

Auch im Fünfjahresplan, der Ende Juli verabschiedet wurde, kommt dies zum Ausdruck. Für die Landwirtschaft, das Sorgenkind, wurden im Vorfeld einige Modelle diskutiert, die auf einer Förderung des privaten Sektors hinausliefen, also im Gegensatz zum Gedanken der Agrarrevolution standen (Afrique-asie Mai 80, Neue 10. 6. 80). Zur Linderung der Versorgungsprobleme sollen noch mehr Lebensmittel eingeführt werden. Der Anteil der Landwirtschaft am Investitionsprogramm des neuen Fünfjahresplanes ist weiterhin um 3% auf 6% gesunken! (FR 21. 6. 80)

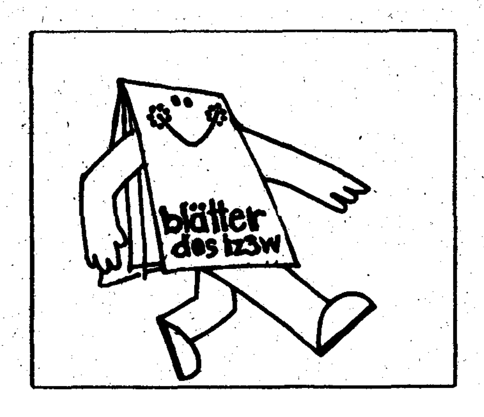


Algerien – Ende eines sozialistischen Modells?

Auf der politischen Ebene ist Chadli dabei, seine Hausmacht der Technokraten weiter auszubauen. Es gilt, den Einfluß der strenger sozialistisch denkenden Parteikader einzudämmen. Chadli selbst ist „ideologisch nicht sehr befangen." (NZZ 29./30. 6. 80). Er hatte sich auf einem außerordentlichen Parteikongreß der FLN alle Vollmachten geben lassen, um die Partei neu zu ordnen. Dieser Vorgang kam einem ‚Staatsstreich' gleich, denn er gab ihm Luft, das Politbüro zu entmachten, unliebsame Mitglieder auszubooten. (Liberation 19. 5. 80, LM 1. 7. 80). Er entledigte sich des politischen Korrektivs für sein weiters Vorgehen. Die Regierung hat in Algerien jetzt Übergewicht gegenüber der Partei.

Mag auch der Handlungsspielraum für strukturelle Veränderungen in der gegenwärtigen Situation nicht sehr groß sein, Chadli wirft allzuviel Ansprüche der algerischen Revolution über Bord. Es ist nicht mehr möglich, die tiefgehenden strukturellen Probleme als vorübergehende Übel zu begreifen, wie es die algerische Führung tut.

bt

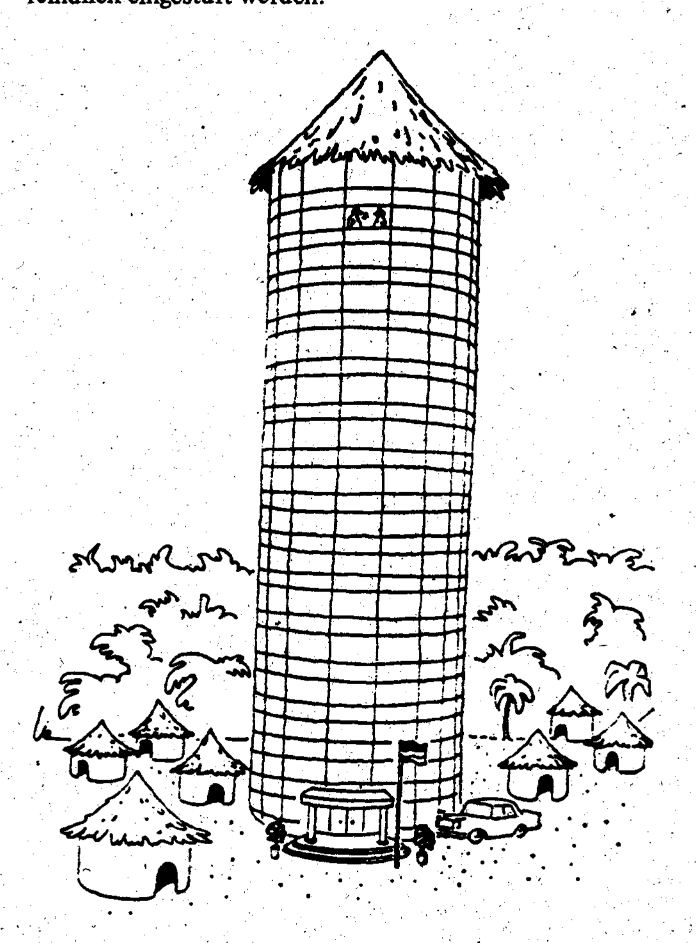


Angepaßte Technologie – ein Instrument zur Überwindung der Unterentwicklung?

Gliederung

1. Wie kam es zu diesem Bericht?
Lockende Exotik, politisches Bewußtsein, Flucht vor den Problemen hier, wissenschaftliches Interesse, Freude an konkreter Teamarbeit oder Erfüllung eines Jugendtraumes unbekannter Herkunft? Ich kann dieses Motivationschaos auch im Nachhinein nicht entwirren und sagen: „Ich bin in das südliche Afrika gefahren, weil ..."
Weshalb ich jedoch gerade in einem „Angepaßte Technologie-Projekt" mitarbeiten wollte, läßt sich daraus erklären, daß ich mit den Auswirkungen ausländischer Privatinvestitionen in Entwicklungsländern einigermaßen vertraut bin und von daher das Konzept Angepaßte Technologie als eine realisierbare Alternative kenne und befürworte.
So kam ich Anfang Juli 1979 mit einem guten Stück Hoffnung und einem Schuß Skepsis – schließlich handelte es sich um ein Probjekt der Friedrich-Ebert-Stiftung und über die botswanischen Verhältnisse hatte ich auch einiges gelesen – im kühlen Kanye an.
Meine Mitarbeit in dem Projekt beschränkte sich auf 8 Wochen. Diese Zeit mag manchem Leser für eine fundierte Beurteilung zu kurz erscheinen. Diese Zeitspanne war für mich jedoch einerseits lange genug um eine Reihe wichtiger persönlicher Erfahrungen zu machen und eine Einsicht in die Zusammenhänge zu gewinnen, andererseits nicht so lange – als daß ich mich mit dem Projekt hätte identifizieren müssen. Als „Gastarbeiter" ist es mir immer wieder möglich gewesen, das Projekt und die eigene Arbeit zu hinterfragen. Hat man erst einmal einen Zwei- oder Dreijahresvertrag unterschrieben, so ist eine Identifikation mit dem Projekt unumgänglich, will man sich nicht in auswegslose psychische Konflikte stürzen.

2. Angepaßte Technologie – was heißt das?
Eine neue Zauberformel hat sich in der entwicklungspolitischen Diskussion und in dem Vokabular des BMZ breit gemacht: „Angepaßte Technologie". Doch für was steht dieser „anpassungsfähige", beliebig interpretierbare Begriff? Oft wird der Begriff so verwendet, als ob er mit „arbeitsintensiver" oder „kapitalsparender" Technologie austauschbar wäre. Diese beiden Bezeichnungen betonen jedoch lediglich das Verhältnis von Kapital und Arbeitskraft, das für die Produktion eines bestimmten Gutes oder einer Dienstleistung eingesetzt werden kann. „Einfach" und „Kleintechnologien" mögen zwar den ökonomischen und technischen Bedingungen mancher Dritte-Welt-Länder angemessener sein als computergesteuerte Transferstraßen, doch ist damit noch nicht gesagt, daß sie auch den sonstigen Produktionsbedingungen eines Landes entsprechen.
Der Begriff AT hingegen hebt darauf ab, daß die in einer Gesellschaft angewandte Technik nicht nur in positiver Beziehung zu den jeweiligen kulturellen, natürlichen, sozialen, technischen und gesamtwirtschaftlichen Bedingungen einer Region oder eines Bandes stehen sollte, sondern darüber hinaus auch noch zum Erreichen definierter, entwicklungspolitischer Zielsetzungen beiträgt. Das heißt aber auch, was es in einem Lande als „angepaßte Technik" gilt, kann im Nachbarland als völlig unangemessen oder entwicklungsfeindlich eingestuft werden.

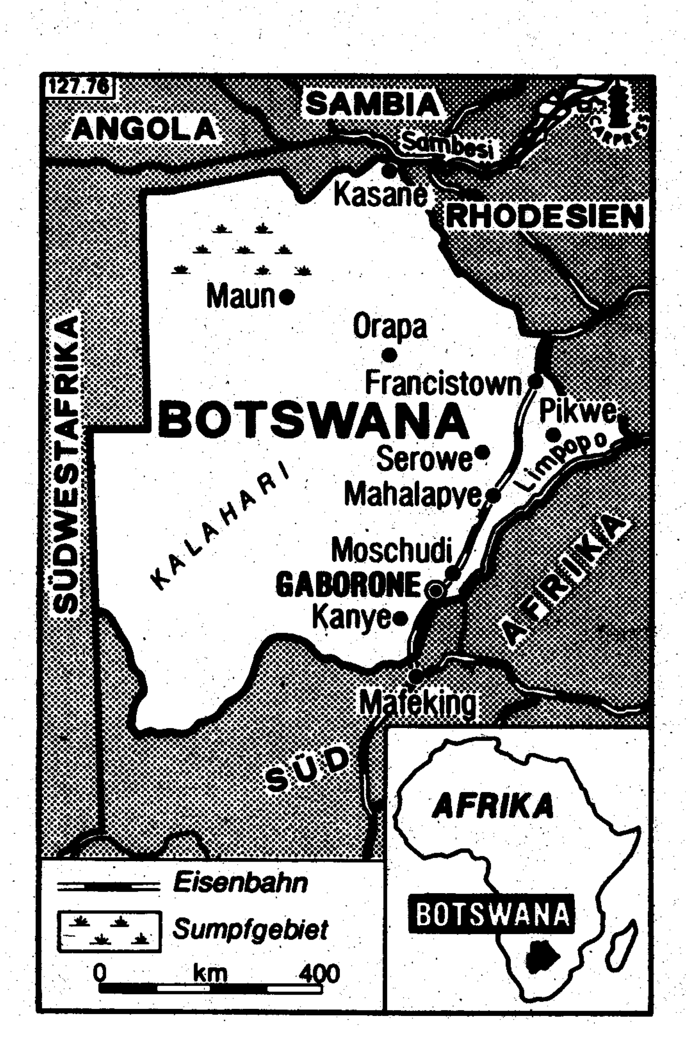


Wissen Sie Herr Braun, das Allerwichtigste bei der Entwicklungshilfe ist das Einfühlungsvermögen!

Demnach verdient nicht eine bestimmte Technik, wie z.B. eine handgetriebene Dreschmaschine oder eine Biogasanlage, das Attribut „angepaßt". Vielmehr kann sich „angepaßt" nur auf ein bestimmtes Land, auf eine Volksgruppe oder auf ein bestimmtes Projekt beziehen.
Dieser Bericht will zeigen, auf welche Schwierigkeiten die Anwendung „angepaßter" Technologien in einem liberal-kapitalistischen Land stößt, welche Widersprüche zwischen Projektarbeit und der botswanischen Wirtschaftspolitik auftreten, wie unangepaßt „angepaßte" Technik sein kann.
Er will aber auch aufzeigen, wie die Strategie der AT zur Überwindung der Kernprobleme Botswanas beitragen könnte, würden einige wirtschaftspolitische Faktoren grundlegend geändert.

3. Botswana? – Nie gehört!

Den meisten Lesern wird es wohl ähnlich ergehen wie mir: Ich mußte zuerst Landkarte und Nachschlagewerke zur Hilfe nehmen, um einige Informationen über Land und Leute zu bekommen. Deshalb hier einige Informationen zum Projektumfeld. Kanye, der Projektort, ist die Bezirkshauptstadt des südlichen Distrikts, der die Südoststrecke Botswanas bildet und an die Republik Südafrika angrenzt. Die etwa 100.000 Einwohner des Distrikts, der mit 27.000 km^2 etwas kleiner ist als das Land Baden-Württemberg, leben zum überwiegenden Teil in kleinen Dörfern, die sich im Osten des Landes konzentrieren. Kanye ist mit über 10 000 ständig anwesenden Einwohnern das größte Dorf des Bezirks. Neben Kanye gibt es etwa 10 weitere Dörfer mit Einwohnerzahlen von über 1.000. Doch die Mehrheit der Bevölkerung lebt in Dörfern mit weniger als 500 Einwohnern.



Viele Bewohner der größeren Dörfer betreiben eine semi-nomadische Landwirtschaft: Nach den ersten Regenfällen ziehen die Bauern mit ihren Familien auf die Felder, um sie zu bestellen. Danach wandern die Familien zu den Viehherden, die in der kargen Landschaft von Wasserstelle zu Wasserstelle ziehen. Die Felder liegen bis zu 50 km von den Dörfern entfernt; die Viehherden suchen noch in weiterer Entfernung nach dem spärlich wachsenden Grün.
Während im östlichen Bezirk der Ackerbau überwiegt, wird das in Richtung der Kalahari liegende Land fast ausschließlich als Weideland genutzt. Etwa 13.000 Bauern bauen hauptsächlich Mais und Sorghum (Hirse) für den Eigenbedarf an. Daneben existieren auch einige Großfarmer, die für den Markt produzieren.
Der Besitz an Rindern ist extrem ungleich verteilt; 3,6 % der ländlichen Haushaltungen besitzen 45 % der rund 3 Millionen Rinder, während 45 % der Haushaltungen überhaupt kein Großvieh besitzen. (2)
Dieser Umstand ist umso schwerwiegender, da das Groß-Vieh nicht nur einen der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren Botswanas darstellt, sondern auch als Statussymbol, als Brautpreis, als Arbeitstier und als Lebens- oder Rentenversicherung eine wichtige Rolle in der traditionellen Gesellschaft Botswanas spielt.

Das Leben im Dorf wird sehr stark durch spielende und arbeitende Kinder bestimmt: Knapp die Hälfte aller Bewohner Botswanas sind noch keine 15 Jahre alt. Die zahlenmäßig schwache ältere Generation in dem erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren wird noch zusätzlich durch die Folgen der Wanderarbeit geschwächt. Rund 30.000 bis 40.000 junge Männer schließen jährlich einen Vertrag mit einer Mine in Südafrika oder Zimbabwe ab. (3) Der südliche Distrikt ist davon besonders stark betroffen: ungefähr 40 % der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung hält sich fast ständig zur Arbeit in Südafrika auf. Bei unseren vorbereitenden Arbeiten für das „sales-van-Projekt" (vgl. Abschnitt 4.3) erklärten uns Mütter und Väter immer wieder: „... helft uns, damit unsere Söhne nicht mehr in die Minen nach Südafrika müssen."

Gegenwärtig gibt es auf den Dörfern rund um Kanye kaum gewerbliche Arbeitsplätze, mit denen sich ein zum Überleben ausreichendes Einkommen erzielen ließe. Zwar gab es in fast jedem der von mir besuchten Dörfer eine Reihe von kleinen Produzenten (zumeist Maurer, Näherinnen, Strickerinnen, Schuhmacher, Fahrradmechaniker, Schreiner), die jedoch bei genauerem Befragen durch eine einheimische Dolmetscherin erklärten, daß sie zwar gelegentlich ihrem Beruf (den sie sich selbst angeeignet hatten) nachgingen, aber kaum etwas umsetzen könnten. Der Schreiner in Ranaka zeigte uns ein kleines Möbelstück, konnte oder wollte sich jedoch nicht erinnern, wann er das letzte Exemplar verkauft hatte. Die Fahrradwerkstatt im Nachbarort verfügt über einen Speichen- und Schraubenzieher sowie über ein notdürftig geflicktes Fahrrad, das die schwere Materialprüfung auf Botswanas Wegen sicherlich keine Woche überstanden hätte.
Die Arbeitsplatzbeschaffung dürfte das schwerwiegendste Zukunftsproblem Botswanas darstellen. Nach einer gründlichen Analyse von Michael Lipton (4) fehlten 1978 rechnerisch etwa 162.000 Arbeitsplätze, um alle Motswanas ausreichend (40 Stunden pro Woche) beschäftigen zu können. (5) Da die Bevölkerung jährlich mit einer Rate von über 3 % zunimmt, entsteht gegenwärtig pro Jahr ein weiterer Bedarf von 12.000 bis 13.000 neuen Arbeitsplätzen.
In den letzten Jahren ist die Zahl der Arbeitsplätze im for-

malen Sektor jedoch nur um 3.000 bis 4.000 pro Jahr angestiegen. Dabei beruht diese Zunahme hauptsächlich auf der Schaffung von neuen Verwaltungsstellen sowie auf neuen Arbeitsplätzen im Bergbau und in der Bauwirtschaft.
In der gesamten verarbeitenden Industrie und im Gewerbe sind gegenwärtig kanpp 5.000 Arbeitskräfte in Botswana beschäftigt; davon im südlichen Distrikt ungefähr 300 (6).
Das immer stärkere Auseinanderklaffen von Arbeitskraftangebot und Nachfrage nach Arbeitskräften ist typisch für fast alle Entwicklungsländer. Doch so deutlich wie in Botswana ist das Problem nicht immer zu fassen: (7) In einem Jahr vermehrt sich die Zahl der Jugendlichen, die Arbeit benötigen und suchen, um mehr als die Zahl der derzeitig im Bergbau und im gesamten verarbeitenden Bereich Beschäftigten.
Doch wie kann so ein Land, dessen Bevölkerung zu einem großen Teil arbeitslos oder unterbeschäftigt ist, überleben? Botswana verfügt über bedeutende Bodenschätze in Form von Kupfer, Nickel, Kohle und Diamanten. Während Mitte der 70er Jahre noch Nickel und Kupfer die Hauptdevisenbringer waren, gewinnt nunmehr die Diamantenförderung die Oberhand. Mit der Erschließung einer neuen großen Lagerstätte in Jwaneng, ca. 60 km nordwestlich von Kanye, wird Botswana in die Gruppe der größten Diamantenproduzenten aufrücken. Die Beschäftigungseffekte der Diamanten-, Kupfer-, Nickel- und Kohleminen sind jedoch gering. Trotz der geplanten gewaltigen Produktionssteigerungen bis 1980 wird die Zahl der einheimischen Beschäftigten im Bergbau bestenfalls von 3.400 auf 5.200 Arbeitskräfte ansteigen. (6) Da Botswana nicht über das Know-how verfügt, die Bodenschätze abzubauen, wurde die Ausbeutung der Minen drei ausländischen Unternehmen überlassen: de Beers Botswana Mining Company, Anglo-American Coal Corporation und die Bamangwate Concessions Ltd. Alle drei Unternehmen sind Tochtergesellschaften des südafrikanischen Großkonzerns Anglo Americans Corporation. (9)
Eine weitere wichtige Finanzquelle für die Oberschicht und den Staat bildet die Rinderhaltung. Obwohl die Fleischversorgung für einen großen Teil der Familien sehr unzureichend ist, gehört Botswana zu den wichtigsten Fleischexporteuren Afrikas. Jährlich werden Rinder und Fleischprodukte im Werte von rd. 70 bis 100 Millionen DM hauptsächlich in die EG ausgeführt. (10)
Die eingeführten Güter – und das sind fast alle Güter, die es in Botswana zu kaufen gibt – kommen zu 80 % aus Südafrika. Es ist in Botswana wirklich schwierig, außer corned beef ein Produkt zu kaufen, das im Lande hergestellt wurde. Selbst einfache Konsumartikel oder Molkereiprodukte wie Milch und Butter werden eingeführt.
Der Auf- bzw. Ausbau eigenständiger Handwerks- und Gewerbezweige erscheint nach der beschriebenen Situation, die sich vor allem durch eine vollständige wirtschaftliche Abhängigkeit von Südafrika auszeichnet, als außerordentlich wichtig für die weitere Entwicklung Botswanas und die Lebensbedingungen der Bevölkerung. Ob und wie die beiden Entwicklungshilfeprojekte zur Erreichung dieses Ziels beitragen, sollen die folgenden Abschnitte klären.

4. Beschreibung der Projekte RIIC und SRDA

4.1 Erste Eindrücke

Der erste Tag im RIIC-Projekt war beeindruckend: Hier eine Maschendrahtmaschine, dort ein Windrad, daneben ein Sonnenkollektor zur Warmwasserbereitung. Aus den Werkstätten klingt Maschinenlärm: Mit einer Holzsäge werden die Rohlinge für eine neue Möbelserie geschnitten.



In der Metallwerkstätte werden die Formen für Hohlblocksteine zusammengeschweißt und Horst, ein deutscher Entwicklungshelfer, puzzelt zusammen mit seiner zehnköpfigen Mannschaft an einer fast vollendeten Sorghum-Mühle, die bald in größerer Anzahl den einheimischen Frauen das mühsame und zeitaufwendige Stampfen der Hirse abnehmen soll.
Wo das Auge hinblickt: überall stehen Versuchsanlagen, liegen die ersten – noch zum Teil fehlerhaften – Produkte aus der Betonteileproduktion, bestimmen die neuentwickelten zum Teil originellen Projekthäuser das Bild. Die täglich eintreffenden Besucher können nichts anderes als den Eindruck gewinnen, daß hier etwas getan wird, daß sich hier Entwicklung vollzieht. Kein Wunder, daß die ehemalige Entwicklungshilfeministerin Marie Schlei und ihr Nachfolger Rainer Offergeld mit ihrem Tross von Reportern dieses öffentlichkeitswirksame Projekt bei ihren Rundreisen nicht übergingen.
Doch wer etwas länger als die Besucher und Minister im Projekt verweilt, wird bald sehr nachdenklich. Die Illusionen lassen sich bei genauerem Hinsehen nicht aufrechterhalten und der Optimismus und die Vorstellung, einen richtigen Weg zu begehen, weichen dem Zweifel, der Ratlosigkeit und manchmal sogar der Hoffnungslosigkeit.

4.2 Technik-Entwicklung im RIIC

Unterstützt von der Friedrich-Ebert-Stiftung begann Ende 1974 die vom botswanischen Ministerium für Handel und Industrie initiierte, gemeinnützige Organisation Rural Industries Promotion (Förderung ländlicher Industrie) mit ihrem ersten konkreten Projekt zur Unterstützung der Gewerbeentwicklung im ländlichen Bereich: Im Rural

Industries Innovation Centre in Kanye sollten Prototypen für einfache, billig herzustellende Werkzeuge und Maschinen entwickelt und erprobt werden. Diese Geräte sollten dazu dienen, in der näheren Umgebung von Kanye eine eigenständige Entwicklung von Handwerk und Kleingewerbe anzuregen und in die Wege zu leiten. Auch der Nachbau bereits anderswo entwickelter Arbeitsgeräte sowie die praktische Ausbildung der Projektmitarbeiter und die Schaffung von produktiven Arbeitsplätzen in und außerhalb des Projektes sind in der Zielsetzung mitberücksichtigt.
Dank der beträchtlichen Zuschüsse der FES (Friedrich-Ebert-Stiftung) – bislang wurde schon weit über 1 Million DM in das Projekt gesteckt – ist die Entwicklung und Erprobung mehrerer Geräte bereits fortgeschritten oder abgeschlossen. Bis zum Herbst 1979 konnte das Projekt folgende Aktivitäten vorweisen:

– Windräder werden zur Zeit in Zusammenarbeit mit zwei anderen Organisationen gebaut und getestet. Bei weiter steigenden Ölpreisen soll diese Form der alternativen Energiegewinnung an die Stelle der Dieselgeneratoren treten, um auf dem Lande Wasserpumpen anzutreiben.
– Biogas-Anlagen: Gegenwärtig werden Biogasanlagen unterschiedlicher Bauart und in verschiedenen Größen auf dem Projektgelände getestet. Kurz vor meiner Abreise im September 1979 kam das langerwartete, modifizierte Dieselaggregat aus Indien an, welches mit einer Mischung aus Methangas (bis zu 80 %) und Dieselkraftstoff betrieben werden kann. In Verbindung mit einer Biogasanlage soll dieser Motor eine Wasserpumpe betreiben. Nach den Berechnungen eines Projektingenieurs genügt der Dung einer Kuh, um bei einer Grundwassertiefe von 20 m die Wasserversorgung für 10 Kühe sicherzustellen.
– Eine arbeitsintensive, handgetriebene Maschendrahtmaschine, die Eisendraht zu einem Maschendrahtnetz von 2, 4 oder 6 Fuß Breite und beliebiger Länge verarbeitet, kann in dem Projekt für rd. DM 500,– produziert werden. Maschendraht wird in Botswana vor allem dazu verwendet, das zaghaft sprießende Grün vor den gefräßigen Mäulern der Kühe, Ziegen, Esel und sonstigem Getrier zu schützen.
– Sorghum-Mühle: Im RIIC gelang es im letzten Jahr, eine kanadische Kornschälmaschine, die die Sorghumschale vom Korn trennt und absondert, mit bedeutenden Kosteneinsparungen nachzubauen. Nach diesem Trennvorgang kann das Korn mit einer einfachen Hammermühle zu Mehl weiterverarbeitet werden. Da Maismehl im Gegensatz zu Sorghum fertig verarbeitet gekauft werden kann, hat sich der Konsum in den letzten Jahren mehr und mehr auf Maismehl verlagert, obwohl Sorghum das bevorzugte Nahrungsmittel der Motswanas ist und sich das Klima in dieser Region aufgrund der geringen und unregelmäßigen Niederschläge für den Anbau von Sorghum besser eignet. Indem das Projekt den Bauern der Umgebung seinen Mahlservice anbietet, will es die Bauern zu einer Rückkehr zur Sorghumproduktion ermutigen und somit einen Schritt zur Nahrungsmittelselbstversorgung beitragen.
– Zur Herstellung von Hohlblocksteinen wurde im Projekt eine Metallform in drei verschiedenen Ausführungen entwickelt. Da die Nachfrage nach diesen Formen sehr groß war, konnte die Metallwerkstatt in den letzten Jahren mehrere hundert Formen herstellen und verkaufen.
– Betonteile: Es werden erfolgversprechende Versuche angestellt, um Türrahmen, Fensterrahmen, Viehroste, Abflußrohre, Toilettenschüsseln u.ä. aus Beton zu gießen. Die Betonteileproduktion ist m.E. einer der wenigen Produktionszweige, die sich auch bei Beibehaltung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik Botswanas trotz der südafrikanischen Konkurrenz weiterentwickeln können, da Kies und Sand



fast an allen Orten gefunden werden kann und die Transportkosten sowie die Transportverluste (durch Bruch) um ein Vielfaches kleiner sind, wenn anstelle des fertigen Betonteils nur der Zement angeliefert werden muß.
– In einer gut ausgestatteten Schreinerei produzieren etwa 12 Arbeiter Stühle, Liegestühle und Schränke in kleinen Serien. Auf Bestellung werden Einzelanfertigungen vorgenommen.
– Weitere Aktivitäten: Entwicklung von Wasserfiltern, Backöfen und Lehmherde, Sonnenkochern, Sonnenkollektoren für die Warmwasserbereitung, Handkarren für den Wasser- und Holztransport, Fußgängerbrücken, Entwicklung von neuen Gebäudeformen und Baumethoden, Produktion von Ziegelsteinen, Gerbereitrommeln ..

Es wird eine Menge gebastelt, entwickelt, produziert und inzwischen arbeiten neben den acht weißen Entwicklungshelfern und Experten auch etwa einhundert Afrikaner in dem Projekt. Doch konnte das eigentliche Projektziel, die entwickelten Technologien, die Werkzeuge und Geräte auch außerhalb des Projektgeländes zur Anwendung zu bringen, erreicht werden? Die Erklärung vorläufig schuldig bleibend, möchte ich die Antwort vorwegnehmen: Trotz einiger Entwicklungserfolge konnten außerhalb kaum Arbeitsplätze geschaffen werden.
Auch der extension-service („Werbe-Abteilung"), dessen Hauptaufgabe es ist, die vom RIIC entwickelten Produktionsmittel in den Dörfern vorzustellen und dadurch dörfliche Kleinbetriebe anzuregen, und der gleichzeitig durch die Rückmeldung der auftretenden Probleme die RIIC-Produktion steuern und verbessern soll, konnte bisher noch keine spürbare Verbesserung erbringen.
Allerdings muß erwähnt werden, daß die extension-Abteilung ihre Aufgabe sehr behutsam und verantwortungsvoll ausführte und nur anregend aber nicht überredend wirkte. Eine solche Arbeit, die praktisch nur Problemlösungen anbietet und die Reaktionen der betroffenen Gruppe ab-



Mitarbeiter des extension-service erläutern einen Wasserfilter

wartet, braucht sehr viel Zeit, bis die Früchte geerntet werden können.
Auch innerhalb der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde dieser Makel (Schaffung neuer Arbeitsplätze) des Vorzeigeprojektes erkannt. Da das RIIC-Projekt schnell gewachsen war und aus den Nähten zu platzen drohte, wurde Ende des Jahres 1977 auf Anregung der FES die Southern Rural Development Association gegründet, die mit ihrer Arbeit die Zielsetzung des RIIC-Projektes unterstützen sollte.

4.3 Technik-Entwicklung alleine genügt nicht!

Das ebenfalls von der FES finanzierte SRDA-Projekt soll diese Lücke schließen. Die SRDA errichtet und betreibt selbst eigene Produktions- und Dienstleistungsbetriebe, die nach einer längeren Einarbeitungszeit der Mitarbeiter und nach dem Erreichen der Gewinnzone von den einheimischen Beschäftigten übernommen werden sollen. Die übergebenen Kleinbetriebe sollen dann die überlassenen finanziellen Mittel (Investitionskosten) innerhalb einer festgelegten Zeitspanne zurückzahlen. Diese rückfließenden Gelder werden zur Gründung neuer Unternehmen verwendet.
Den vorläufig größten Beschäftigungserfolg konnte die SRDA in ihrer ersten Entwicklungsphase verbuchen: Durch den Bau der Wohngebäude für die zukünftigen Mitarbeiter, die Verwaltungsgebäude und einen Lager- und Büroraum für den bereits arbeitenden Haushaltswaren- und Lebensmittelgroßhandel war die Bautruppe des RIIC mehrere Monate voll, einige andere Projektteile (z.B. Schreinerei, Metallwerkstatt) teilweise beschäftigt. Die Bausumme für die SRDA-Gebäude belief sich auf die für botswanische Verhältnisse stattliche Summe von über 500 000,– DM.



„Angepaßter Hausbau" für Projektmitarbeiter

Im September 1979 umfaßte das Projekt sechs Teilbereiche (Schuhmacherei, Verkaufswagen, Großhandel, Betonteile-Produktion, Schieferplatten- und Eisen-Oxid-Stein-Abbau) mit insgesamt etwa 40 Ganztagsbeschäftigten (ohne Verwaltung). Weitere 30-40 Arbeiter können durch gelegentliche Teilzeitarbeit bei dem Bruch von Schieferplatten und Eisen-Oxidsteinen ein Einkommen von durchschnittlich 20 DM/Monat erzielen.
Die Verwaltung, der Großhandel und die Schuhmacherei haben ihren Sitz in Kanye, während das Gestein für die Farbproduktion in Selekolela und sie Schieferplatten in Dibajakwena abgebaut werden. Die Produktion der Beton-Teile findet in dem etwa 20 km von Kanye entfernten Moshupa statt.
Um die bereits bestehenden Kleinproduzenten der umliegenden Dörfer zu unterstützen und zu fördern, fährt nun ein fahrbarer Verkaufsladen (sales-van) alle 14 Tage eine Reihe von Dörfern an. Der Toyota 7-Tonner beliefert die Produzenten mit Rohstoffen und Werkzeugen und kann auch dazu benützt werden, die produzierten Waren zu den Märkten zu transportieren.

5. **Angepaßte Technologie – der richtige Ansatz, doch ...**

5.1 Niedrigere Arbeitsplatzkosten – geringere Auslandsabhängigkeit

45 % des Arbeitskräftepotentials bleiben in Botswana ungenutzt. Um die Arbeitslosigkeit abzubauen, müßten jährlich über 15.000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden.
Die bisherige Arbeitsplatzbeschaffung in Botswana konzentrierte sich auf die städtischen Bereiche, wobei die durchschnittlichen Kosten für einen Arbeitsplatz bei 12.800 Pula lagen. (12) Multipliziert man diesen Betrag mit der Zahl der Arbeitslosen, so erhält man die für Botswana unerschwingliche Summe von über 2.000 Millionen Pula (zum Vergleich: das Bruttosozialprodukt Botswanas 1976/77 betrug 298 Millionen Pula). Natürlich sind die Kosten für einen Arbeitsplatz nicht das einzige Kriterium für dessen volkswirtschaftlichen Nutzen. Viele der teuren Arbeitsplätze in den Minen, im Energieversorgungs- und Infrastrukturbereich mögen notwendig sein, wenn sich jedoch die Investitionen auf die Schaffung solcher Arbeitsplätze beschränken, so muß jedes Programm der Vollbeschäftigung scheitern.
Daß es auch anders gehen kann, zeigt z.B. das Schuhmacher-Handwerksprojekt der SRDA. Mit einem Kapitaleinsatz von 6.000 Pula konnten für einen Meister und 6 ungelernte Arbeiter Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze geschaffen werden. Die sieben Handwerker produzierten pro Monat 180 Paar Lederstiefel (boots).
Die Versorgung der Schuhmacherei mit Rohmaterial war 1979 – obwohl in Botswana jährlich über 200.000 Rinder geschlachtet und gehäutet werden – noch problematisch. Nachdem sich die einzige Gerberei in der Nähe der Hauptstadt auf die Verarbeitung von Jagdtrophäen konzentrierte, mußte das Leder zeitweilig aus Johannesburg eingefahren werden.
Die Lederverarbeitung könnte wie das Textilhandwerk vielen Motswanern eine gute Einkommensmöglichkeit bieten. Doch unter den herrschenden Bedingungen der Zollunion mit Südafrika lassen sich solche Arbeitsplätze nur durch Entwicklungshilfeprogramme ankurbeln. Nur Entwicklungsorganisationen finden sich bereit, die finanziellen Verluste während einer längeren Phase der Einarbeitungs-



zeit zu übernehmen oder gar das hohe Risiko eines Scheiterns einzugehen.
Die bisher in Botswana aufgebaute verarbeitende Industrie befindet sich ebenso wie der Bergbau fast ausschließlich in ausländischer Hand. 1/3 aller entsprechenden Investitionen sind südafrikanischen Ursprungs, 2/3 britischer, deutscher und anderer Herkunft. Durch die konsequente Förderung von dörflichem Kleingewerbe könnten zum einen die Kapitalkosten für die Arbeitsplätze gesenkt und zum anderen die Investitionen aus eigenen Landesmitteln finanziert werden. Dies könnte ein kleiner Schritt sein, um dem in Regierungspapieren häufig benutzten Wort „Unabhängigkeit" etwas näher zu kommen.

5.2 Entwicklungsschwerpunkt: Landwirtschaft

Noch leben rd. 75 % der Bevölkerung von der Landwirtschaft wobei Eigenbedarfswirtschaft und extensiver Anbau überwiegen. Um das Arbeitslosenproblem zu lösen und die Landflucht zu mindern, müßten etwa 30 bis 50 % der auf den Arbeitsmarkt tretenden jungen Menschen in die Landwirtschaft integriert werden, um dort Arbeit und Einkommen zu finden. (13) Neben einer generellen Änderung der Preispolitik für Agrargüter (dazu später) würde dies auch eine Einführung neuer einfacher Technologien notwendig machen.
Mit dem Bau und der Installation von Windrädern, die wie beschrieben im RIIC erprobt werden und die wie Biogasanlagen zur Bewässerung genutzt werden könnten, wurden vom Projekt aus erste Schritte unternommen. Auch die Produktion von Pflügen und anderen landwirtschaftlichen Werkzeugen könnte sich in einigen der größeren Dörfern bewerkstelligen lassen und somit einerseits der Arbeitsplatzbeschaffung dienen, andererseits die Produktivität in der Landwirtschaft erhöhen. Die überwiegende Mehrzahl der Bewohner hat außer dem Naturaleinkommen aus der Landwirtschaft und den gelegentlichen Einnahmen aus dem Verkauf eines Stücks Vieh keine weiteren Einkommensquellen. Die Landwirtschaft könnte jedoch auch in Botswana für eine wachsende Anzahl von Bauern Arbeit und Erträge liefern, die über die reine Subsistenz hinaus gehen.
Mit der produktiven Nutzung der Arbeitskraft in der Landwirtschaft werden erst die Möglichkeiten geschaffen, langlebige Gebrauchswerte zu erarbeiten und Fähigkeiten zu entwickeln, die dem Bedarf der ländlichen Bevölkerung entsprechen.

5.3 Verhinderung der Landflucht

In Botswana leben derzeit noch etwa 3/4 aller Familien auf dem Lande, doch die Flucht in die schnellwachsenden Städte führt zu einem Anwachsen der Slums und Stadtrandsiedlungen. Der Sog in Richtung auf die Städte stellt sich in der folgenden Tabelle dar:

	1964	1971	1978 (geschätzt)
Gaborone	4.000	17.500	47.000
Francistown	9.500	18.500	36.000
Selebe-Pikwe	––	10.000	40.000
Lobatse	7.500	12.000	20.000

1974 lebten in Gaborone etwa 7.000 Menschen, in Francistown 15.000, in Selebe-Pikwe 10.000 und in Lobatse 5.000 Menschen in Slumvierteln. Das sind immerhin etwa 40 % der gesamten städtischen Bevölkerung. (14)
Wachsen die Städte und großen Dörfer so weiter wie bisher, so werden sich 1986 45 % der Bevölkerung auf den städtischen Bereich konzentrieren. Ein solches Städtewachstum läßt aber jede Beschäftigungspolitik schon im Ansatz wirkungslos werden.
Wie die zunehmende (leichte) Kriminalität in Botswana und die Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, ist eine Armee von schulgebildeten Arbeitslosen und frustrierten Städtern der Anfang von Stress, Aggressionen, Verzweiflung und Kriminalität.
Um die Landflucht einzudämmen, gilt es, die Lebensverhältnisse auf dem Lande zu verbessern. Ein Schritt in diese Richtung könnte mit der Sorghum-Mühle gemacht werden, die zumindest in den größeren Dörfern die tägliche Arbeitslast der Frauen verringern und die Sorghum-Produktion anregen könnte.
Auch eine bessere und nähere Wasserversorgung würde die Lebensqualität der Dörfer erheblich verbessern. Um die Abwanderung der besten Arbeitskräfte nach Südafrika zu verhindern, müssen jedoch in erster Linie produktive Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten geschaffen werden.
Erste bescheidene Ansätze zeigen die bisherigen SRDA-Aktivitäten.
Im Juli 1979 wohnte ich einer Sitzung bei, deren Teilnehmer sich das Ziel gesetzt hatten, für den südlichen Distrikt Wege zur Arbeitsplatzbeschaffung aufzuzeigen. Die Teilnehmer (Entwicklungshelfer, Verwaltungsangestellte, der chief, und einige Mitglieder des SRDA-Beirates) fanden auch eine ganze Reihe von Ansatzpunkten, die vom Gemüseanbau über die Hühnerzucht zum Stricken/Nähen, zur Kerzenproduktion und zur Herstellung von ochsengezogenen Fahrzeugen reichte. Da es im ganzen südlichen Distrikt so gut wie keine verarbeitenden Betriebe gibt, sind der Phantasie

keine Grenzen gesetzt. Die Durchführung dieser richtigen Ansatzpunkte wird durch die in Abschnitt 6.1 erwähnten Hindernisse und einen Mangel an innovativen und qualifizierten Arbeitskräften erschwert.

5.4 Bildung und Bewußtsein

Um die in den letzten drei Punkten gezeigten Ansätze zum Tragen kommen zu lassen, muß die Durchführung dieser Strategie auch mit der Vermittlung von funktionaler Bildung und der Herausbildung eines entsprechenden Bewußtseins gekoppelt sein. Durch den praktischen Umgang mit der Technik könnten die Menschen erfahren, daß Technik durchschaubar ist. In dem Maße, wie sie ein Verständnis für die Technik gewinnen, werden sie ihre Hochachtung vor dem „Weißen Riesen" abbauen können. Alleine die Erkenntnis, daß sich durch die eigene Arbeit ein Wandel und Fortschritt im Dorfe vollzieht, kann zu dem emanzipatorischen Selbstbewußtsein führen, das notwendig ist, soll sich auf längere Sicht etwas zum Besseren verändern.
In den beiden Entwicklungsprojekten werden zwar Mitarbeiter ausgebildet (z.B. in der Schuhmacherei, Metallwerkstatt, Schreinerei) doch findet dies zu isoliert und zu vereinzelt statt, als daß die beschriebenen Effekte schon in einigen der Dörfer wahrgenommen werden könnten.
Im Gegensatz zu der angestrebten funktionalen Bildung vermittelt das gegenwärtige Schulsystem nur formale Bildung. Die Lehrpläne beziehen sich nicht auf die Erfahrungswerte der Schüler, sondern richten sich nach europäischen Maßstäben. Die meisten Schulbücher für die Sekundarstufe sind direkt aus Europa importiert und die anschaulichen Beispiele aus dem englischen Alltag verwirren mehr, als daß sie erklären.
Patrick van Rensburg versuchte seit 1965 mit seiner Brigadenbewegung die Trennung von Hand- und Kopfarbeit in Botswana aufzuheben. Anstelle der teuren Sekundarschulausbildung für eine selektierte Minderheit wollte er eine Ausbildung für viele Jugendliche, die sich auf grundlegende landwirtschaftliche und handwerkliche Techniken konzentrieren sollte. Die während der Ausbildung erbrachten Leistungen und produzierten Waren sollten die Kosten dieser Ausbildung decken. Die Produktion sollte sich an den lokal verfügbaren Rohstoffen und an den Bedürfnissen der ländlichen Bevölkerung ausrichten, um deren Lebensstandard zu heben und die Landflucht zu verhindern. Ziel war es, die Jugendlichen zu befähigen, eigene Produktionsstätten im ländlichen Raum zu errichten und aktiv an der Entwicklung der Dörfer mitzuwirken.
Doch dieses Konzept hatte unter der in Abschnitt 6 geschilderten Wirtschaftspolitik ebenso zu leiden wie die Strategie der angepaßten Technologie, die ja von ihrem Gehalt her dem Brigadegedanken sehr nahe liegt.
Heute haben sich viele Brigaden von ihrem ursprünglichen Ziel, der ländlichen Entwicklung, entfernt und sind zur wichtigsten Ausbildungsinstitution für den modernen Sektor geworden. (15)
Ein noch gravierenderer Mangel als es die rein formale Ausbildung darstellt, kann in der Erwartungshaltung gesehen werden, die in den Schulen an die Kinder herangetragen wird. Ein Lehrer einer Sekundarstufe berichtet darüber wie folgt: „Kurz vor dem Ende des letzten Schuljahres wurden den dritten Klassen Möglichkeiten der weiteren Ausbildung und Mitarbeit bei landwirtschaftlichen Projekten vorgestellt. Als der Vortragende erläuterte, daß Beratung in diesem Bereich kein reiner Schreibtischposten sei, sondern oftmals an Ort und Stelle erfolgen müsse, wo immer der Bauer auch lebe, sahen sich viele Schüler wohl schon im bequemen Fahrzeug über Land reisen. Dann, nachdem der Referent noch nebenbei erwähnten, daß natürlich nicht jeder ein Auto erwarten könne, sondern man bisweilen auch zu Fuß oder auf dem Esel hinausgeschickt würde, mußte er seinen Vortrag unterbrechen, bis sich Gelächter und bösartige Zwischenrufe wieder gelegt hatten. Drei Jahre Sekundarschule und dann wieder Eselreiten – für die meisten ein unvorstellbarer Gedanke." (16)
Botswana gibt einen beträchtlichen Anteil seines Staatshaushalts für die Schulen aus. Doch das überkommene englische Schulsystem bereitet die Schüler nicht auf ihren späteren Beruf vor. Wie lange kann sich das ein Land wie Botswana leisten?

5.5 Ausgleich der Einkommen

Die botswanische Regierung hat in ihren wirtschaftlichen Zielsetzungen auch die soziale Gerechtigkeit explizit als gleichwertiges Ziel aufgeführt. Dieses Ziel könnte wohl mit keiner anderen Strategie als der angepaßten Technologie besser erreicht werden. Mit jedem Arbeitsplatz, der auf dem Dorf geschaffen wird, würde sich das Einkommen gleichmäßiger verteilen. Unterstützende Maßnahmen, wie z.B. die Neuverteilung der zu investierenden Mittel zugunsten der Landwirtschaft oder eine Änderung der Preispolitik sind nicht eingeplant.
Doch „Rapid Economic Growth" und „Social Justice" sind nur auf dem Papier gleichwertige Ziele. (17) Die Regierung setzt auf das schnelle wirtschaftliche Wachstum. Die finanziellen Mittel müssen aus diesem Grunde überwiegend in den modernen exportorientierten Sektor fließen. Ein Ausgleich der Einkommensverteilung bleibt den späteren Jahren vorbehalten!?

6. ... die Weichen der botswanischen Politik sind anders gestellt

6.1 Zollunion mit Südafrika

Seit 1910 befindet sich Botswana mit Südafrika, Lesotho und Swasiland in einer Wirtschaftsunion, die 1969 durch den Abschluß eines neuen Zollabkommens gefestigt wurde. Innerhalb dieser Zollunion können Waren aller Art zollfrei von einem Land in das andere gebracht werden. Auf die von außerhalb in die Zollunion eingeführten Güter werden Zölle zwischen 0 und 120 % erhoben. Dabei wird die Zollhöhe von der südafrikanischen Regierung festgelegt. Die botswanischen Importeure und somit die botswanische Bevölkerung werden so gezwungen, die Protektion bestimmter südafrikanischer Produktionszweige – die ohne diese Einfuhrzölle nicht konkurrenzfähig wären – über höhere Preise mitzufinanzieren. Als Entschädigung für diesen gravierenden Nachteil erhält Botswana ein erhöhtes Zollaufkommen von Südafrika.
Das heißt: Die Zölle, die die südafrikanischen Zollämter für die nach Botswana importierten Waren an der Grenze vereinnahmen, werden mit einem Faktor von 1,42 multipliziert und fließen der botswanischen Regierung zu. Das Zollaufkommen beträgt rd. 30 % des derzeitigen botswanischen Staatshaushaltes und wird völlig über Südafrika abgewickelt, ohne daß Botswana dadurch finanziell oder organisatorisch belastet würde. (18) Diesem, sich für den Staatshaushalt in barer Münze auszahlenden Vorteil, steht ein für die wirtschaftliche Entwicklung nicht abzuschätzender Nachteil entgegen: Praktisch muß jedes Produkt, das in Botswana hergestellt wird, mit den zollfrei eingeführten südafrikanischen Produkten konkurrieren.
Bei nahezu allen Projektaktivitäten wirft dies Probleme auf: So kann zwar die SRDA-Schuhmacherei mit einfachen Handwerksmitteln und viel Handarbeit gute und für unsere Ver-

hältnisse relativ billige Wildlederstiefel herstellen (ungefähr 20,– DM pro Paar), doch sind die in Großserie hergestellten „hunterboots" aus Südafrika noch deutlich billiger, so daß sich die Schuhmacherei zunächst nur mit Hilfe der Zuschüsse aus dem Projekt über Wasser halten kann.
Das gleiche Problem stellt sich bei der Anwendung der im Projekt gebauten Maschendrahtmaschine: Da der importierte Maschendraht nur relativ wenig teurer als die zur Herstellung benötigte Menge des unbearbeiteten Drahtes ist, lohnt sich der Einsatz der Maschinen nur in größeren, abgelegenen Dörfern, da a) nur eine relativ große Menge rentabel hergestellt werden kann, b) bei fertigen Drahtrollen die Transportkosten relativ höher sind. Die Konsequenz: Da die südafrikanische Industrie bei niedrigen Löhnen und mit modernen Produktionsmethoden eine hohe Produktivität erreicht, kann ein eigenständiges Gewerbe/Handwerk in Botswana aus eigener Kraft nicht entstehen bzw. bestehen. Eine Ausnahme bilden Produktionsbereiche mit sehr hohen Transportkostenanteilen (z.B. Betonprodukte) und Produktionszweige, die örtlich gebunden sind, wie z.B. Baugewerbe, Bergbau und Dienstleistungen.
Mit der Zollunion ist ein solides Fundament für die wirtschaftliche Abhängigkeit und das Arbeitslosenschicksal von mehr als hunderttausend Menschen geschaffen. Dafür brauchen finanzkräftige Konsumenten keinerlei Entbehrungen zu ertragen: In den Läden der Städte kauft man nach westlichem Muster. Playmobil, Lego, Rasierschaum aus der Spraydose, Erdbeeren mit Schlagsahne, deutsche Wurstwaren, Riesling aus Südafrika, John Travolta auf dem T-Shirt oder auf der Windjacke, es bleibt kaum ein „Bedürfnis" unerfüllt. Sogar die lästige Wartezeit beim Kauf „des Sterns" aus Untertürkheim ist hier kürzer als in der BRD.

6.2 Agrarpolitik

Der Mindestgetreideverbrauch der Botswanischen Bevölkerung nimmt entsprechend dem schnellen Bevölkerungswachstum rapide zu (1971 : 149.000 t; 1978: 185.000 t) (19). Doch die Landwirtschaft war im letzten Jahrzehnt das Stiefkind der Wirtschaftspolitik: Geringe Investitionen und eine nicht adäquate Preispolitik für Getreide und Rinder ließen die Getreideproduktion stagnieren.

Da der Ankaufpreis für Getreide von der botswanischen Aufkaufgesellschaft (BMB) etwa 20 % unter Weltmarktniveau angesetzt wurde und die Anbaubedingungen relativ ungünstig sind, sowie das Ernteverlustrisiko relativ hoch ist, lohnt sich der Anbau für Botswanas Kleinbauern kaum. Schon das Lohnniveau der ungelernten Arbeiter im öffentlichen Dienst ist bei knapp DM 6,– pro Tag höher als der Verdienst eines Bauern, der über weniger als 30 ha verfügt. Weil gelegentlich (wie z.B. 1978/79) die Regenzeit ausbleibt und somit auch fast die ganze Ernte, kann diese Preisfestsetzung die kleinen Farmer nicht ermutigen, mehr als nur den Eigenbedarf zu produzieren.
Andererseits liegt der Preis für Rinder, den die botswanischen Rinderzüchter erzielen, dank eines Abkommens mit der EG, etwa 30 bis 40 % über dem Weltmarktniveau. (20) Diese auf den ersten Blick erfreuliche Tatsache hat weitreichende Konsequenzen:

1. Gehen Farmer, falls sie über genügend Kapital verfügen, vom Ackerbau zur Viehzucht über.
2. Hat der schnellwachsende Viehbestand von nunmehr über 3 Millionen Stück Rindvieh zu einer Übergrasung der Weideflächen geführt.
3. Ist die Rendite in der Viehwirtschaft so hoch, daß andere Geschäfte und Projekte von Privatpersonen nicht angegangen werden.
4. Wird die Einkommensverteilung noch mehr zugunsten der reichen Viehbesitzer verzerrt.

Neben einer solch einseitigen Preispolitik ist auch die Betreuung der kornpflanzenden Bauern zu bemängeln: Im südlichen Distrikt sind für ungefähr 13.000 Bauern zehn Landwirtschaftsberater angestellt. Diese sind zumeist nicht motorisiert, womit sich ihr Wirken auf das Dorf und die nähere Umgebung ihres Wohnsitzes beschränkt.
Wie sehr die Landwirtschaft in Botswana vernachlässigt wird, zeigt eine vergleichende UN-Statistik, die den prozentualen Anteil der Investitionen für die Landwirtschaft vergleicht. Danach wurden in Botswana 1974 nur 4,2 % der staatlichen und privaten Investitionen im landwirtschaftlichen Bereich (ohne Viehzucht) getätigt. Nur das westafrikanische Land Gabun konnte noch einen geringeren Anteil vorweisen. (21)
Faßt man die Investitionen für Landwirtschaft und Handwerk zusammen, so bildet Botswana mit 8,8 % Investitionsanteil das absolute Schlußlicht der Tabelle. (Zum Vergleich: Tunesien 30,9 %, Kenia 26,6 %, Tansania 18,3 %) (22).

6.3 Westliche Konsummuster und Bewußtseinsbildung

Bei unseren Produzentenbefragungen in den Dörfern zeigte uns eine strickende Frau ihre Lagerhalle an handgestrickten Pullovern, Jacken, Umhängetüchern. Obwohl die Waren gekonnt gestrickt waren, klagte sie über mangelnden Absatz, da die meisten Dorfbewohner maschinengestrickte Waren bevorzugten.
„Made in Botswana" und „handmade" sind keine Begriffe, die potentielle einheimische Käufer zum Kaufen reizen könnten. Gut ist, was aus Deutschland oder England kommt.



Der Duft der großen, weiten Welt!

Mit den engen Wirtschaftskontakten zu Südafrika kommen – wenn auch mit einigen Monaten Verspätung – die Modewellen der westlichen Welt ins Land. Nirgendwo habe ich höhere und exotischere Plateauschuhe als in den Straßen der Hauptstadt Gaberone gesehen; Nirgendwo muten diese Schuhe befremdender an, als auf einem unebenen und steinigen Dorfweg. Die Absatzerfolge der nützlichen und robusten Wildlederboots halten sich bei einem derart beeinflußten Käufergeschmack in Grenzen.

Unvermeidlich scheint auch, daß die Entwicklungshelfer und Experten den Lebensstil bzw. die Bedürfnisse der Bevölkerung beeinflussen. Kaum ein Entwicklungshelfer, der nicht regelmäßig ein Kraftfahrzeug benutzt. Diese Verhaltensweise weckt nicht nur Bedürfnisse, sondern hat auch zur Folge, daß einige Entwicklungshelfer bzw. Experten „ihr" Land im kühlen Fahrtwind ihres Jeeps kennen lernen und dabei die Be-rührung mit den täglichen Problemen der Bevölkerung leicht verlieren.



Saturdaynight-Feaver in Serowe

Auch die Wohnverhältnisse und der Lebensstandard vieler Ausländer entsprechen eher europäischen Verhältnissen und wecken Bedürfnisse, deren Befriedigung sich für den Großteil der Bevölkerung in absehbarer Zukunft nicht verwirklichen lassen wird. Dies gilt vor allem für die Dörfer, zumal in den Städten die nationale Oberschicht, die ausländischen Experten und Geschäftsleute, die spielwütigen (23) Wochenendtouristen aus Süsafrika und die vielen Verwaltungsangestellten das Konsum- und Stadtbild längst bestimmen.
Nach einigen Tagen Aufenthalt in der Hauptstadt Gaberone gewöhnt man sich an den Anblick von Luxus-Limousinen und Sportwagen.
Daß die Konsummuster der westlichen Welt kritiklos übernommen werden, ist schon erschreckend genug, daß die Regierung keine Anstrengungen unternimmt, eine Änderung herbeizuführen, bzw. ein solches Verhalten unterstützt, gibt zu denken. Die Regierung unternimmt nichts, den beträchtlichen Bierkonsum und den schnell zunehmenden Alkoholismus einzudämmen. Im Gegenteil: damit die geschickte Bierwerbung der südafrikanischen Bierbrauerei in Hochglanz erscheinen kann, wird die einzige Zeitung Botswanas, die re-



gierungseigene „Daily News" (die übrigens kostenlos erhältlich ist), an den jeweiligen Tagen auf Hochglanzpapier gedruckt.

6.4 Sozioökonomische und kulturelle Hemmnisse

Einige Problemlösungen bzw. Entwicklungen des RIIC stellen Neuerung dar, die – werden sie eingeführt – die Pflichten und Privilegien innerhalb der traditionellen Familie verändern. So scheitert derzeit die Einführung eines Sonnenkochers u.a. daran, daß die Männer nicht einsehen oder akzeptieren wollen, daß ihre Frauen durch das Wegfallen des Holzsammelns mehr Freizeit haben sollen. Zudem, so erklärte mir ein Haushaltsvorstand, könne er sich den Luxus nicht leisten, für den Kauf eines solchen Gerätes rund 30 Pula auszugeben, wo dieses Gerät doch kein Einkommen schafft. Immerhin bedeutet dieser Betrag für einen einfachen Arbeiter einen vollen Monatslohn; für die vielen Arbeitslosen und auch für Subsistenzbauern ist ein solcher Ofen unerschwinglich. Solange noch Holz in der Umgebung der Dörfer zu finden ist, wird der Sonnenkocher den Haushalten der Entwicklungshelfer vorbehalten bleiben.
Die gleichen Probleme treten auch bei anderen Entwicklungen des RIIC auf. So z.B. bei der Biogasanlage, den Handkarren, die das Wasserholen und den Transport anderer Güter erleichtern könnten, oder der Sorghum-Mühle, die den Frauen das mühsame Zerkleinern des Korns ersparen könnte. Ein Windrad und eine Wasserpumpe, die den Lebensstandard eines ganzen Dorfes anheben würden, können auch nur gemeinsam durch die Dorfbewohner finanziert werden. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn diese Investition auch ein entsprechendes zusätzliches Einkommen ermöglicht (z.B. höhere Ernteerträge durch Bewässerung, Möglichkeit der Viehhaltung).
Sollen diese Entwicklungen also zur Anwendung gelangen, so müssen die Einführungskosten entweder von staatlicher Seite oder durch Entwicklungshilfeorganisationen getragen werden oder die ökonomische Situation der Landbevölkerung muß durch andere Maßnahmen verbessert werden (siehe Abschnitt 5).

7. Projektimmanente Widersprüche

Neben den Widersprüchen zwischen den Projektzielen und dem „entwicklungspolitischen Konzept" der Regierung gibt es einige immanente Widersprüche, die beispielhaft für viele andere Entwicklungshilfeprojekte stehen.

1) Da von den Geberorganisationen die Zuschüsse für ein bestimmtes Projekt nur für einen begrenzten Zeitraum bewilligt werden, weil die Projekte nach drei, fünf oder mehr Jahren möglichst selbständig weiterexistieren sollen, ist der Zwang zum wirtschaftlichen, kostendeckenden oder gewinnorientierten Arbeiten sehr groß. Im

Falle des Technologie-Projektes ergab sich daraus folgender Konflikt: Nachdem Hohlblockformen erfolgreich entwickelt und gebaut waren, wäre es möglich gewesen, die gewinnträchtige Hohlblockproduktion aus dem Projekt auszulagern, um somit entsprechend der Zielsetzung die dörfliche Kleinindustrie zu fördern. Doch um die Verluste anderer Produktionsbereiche zu decken, wurde die Produktion zunächst im Projekt behalten. Später zerschlugen sich die Auslagerungspläne durch die Errichtung einer mechanisierten Hohlblocksteinfabrik, die vom schwedischen Entwicklungsdienst finanziert und aufgebaut wurde und die durch ihre Produktionskapazität etwa 70 Arbeiter freisetzte, bzw. an einer Arbeitsaufnahme hinderte. (24)

2) Um die Projektfinanzierung zu sichern, wurden auch Projektbereiche geduldet bzw. aktiviert, die nicht den entwicklungspolitischen Zielsetzungen des Projektes entsprechen. So unterhält das RIIC mit seiner Schreinerei einen Teilbetrieb, der zwar als profit-centre gilt, aber weder gewerbefördernd wirkt noch Güter für breite Bevölkerungsschichten herstellt. Die hochwertigen und geschmackvollen Möbel im Schwedenstil trifft man zwar häufig in den Wohnungen von Entwicklungshelfern, nicht jedoch in den afrikanischen Rundhütten.



SDRA-Produkt: Schwedenmöbel

3) Da der Erfolg eines Projektes möglichst schon kurzfristig, d.h. nach ein oder zwei Jahren nachgewiesen werden sollte, wird die langfristige Ausbildung und die Bewußtseinsbildung bei den Projektmitarbeitern zwangsläufig in den Hintergrund gedrängt. Auch während meiner Mitarbeit im SRDA-Projekt zeigte es sich, daß einige Mitarbeiter/innen überfordert waren und eine längere Übungs- und Einarbeitungszeit benötigt hätten. Der Projektleiter wurde in die Qual der Wahl gedrängt zwischen einem effektiven Projektablauf durch Neubesetzung mit einem vermutlich qualifizierteren Mitarbeiter und dem zeitweiligen Zurückstecken der Effektivität zugunsten der Ausbildung, zu unterscheiden.
Oft ist es für den Entwicklungshelfer einfacher und schneller, Entscheidungen oder kleinere Arbeiten selbständig zu treffen bzw. zu erledigen, als auf die Aktivität seines Counterparts zu warten oder ihn dazu anzuregen. Obwohl ich praktisch nur Gastarbeiter in dem Projekt war, verspürte ich die Angst, daß eine abgesprochene Arbeit doch nicht „so gut" oder besser gesagt nicht genauso erledigt wurde, wie ich mir das vorgestellt hatte.

4) Das ständige Betonen des Wirtschaftlichkeitsprinzips und der Erfolgszwang, der auf den Projekten und den Entwicklungshelfern lastet, prägt nebenbei auch das Bewußtsein vieler schwarzer Mitarbeiter. Sie arbeiten nicht in einem Entwicklungsprojekt, sondern im Geschäft des weißen Mannes.
Während sich der Projektleiter Tag für Tag abrackerte und einsetzte, war es schwierig, manchem Mitarbeiter eine bezahlte Überstunde abzuschwatzen, die offensichtlich nötig war, um die Projektaufgabe zu erfüllen. Genauso schwierig war es, den Projektboten während der Teepause für eine wichtige Aufgabe zu gewinnen. Für Gespräche über die Motivation der Projektmitarbeiter über Sinn und Zweck des gesamten Projektes, für eine gemeinsame Besprechung und Planung der laufenden und zukünftigen Projektaktivitäten blieb auf unterer Ebene keine Zeit.
Vielleicht könnten durch eine eingehendere Einbeziehung der Bevölkerung Vorfälle, wie im RIIC im Sommer 1979 geschehen, verhindert werden: Ein einheimischer Buchhalter hatte während des letzten Jahres etwa DM 15.000,– unterschlagen und obwohl sein plötzlicher Reichtum schon lange vor der Buchprüfung im Dorfe aufgefallen war, sickerte nichts zur Projektleitung durch. Dies wohl hauptsächlich deshalb, weil das Projekt von der Bevölkerung nicht als das ihrige angesehen wird.

5) Auch bei der Gestaltung der Preispolitik des Projektes müssen Kompromisse zwischen unterschiedlichen Interessen einzelner Gruppen getroffen werden. Die Finanzierung des Projektes erfordert möglichst günstige Einkaufspreise und hohe Verkaufspreise der verarbeiteten Güter. Doch müßten z.B., um die Produktion von Sorghum anzuregen, hohe Preise für den Ankauf des Korns bezahlt werden, und um das Hauptnahrungsmittel für die einkommensschwache Bevölkerung erschwinglich zu halten, niedrige Ladenverkaufspreise angesetzt werden. Auch hier wird deutlich, wie die Agrarpolitik (Festsetzung der Ankaufspreise und der Subventionen) und Projektpolitik zusammenspielen müssen, damit für das Projekt ein gewisser Handlungsspielraum gewahrt bleibt.

6) Sind schon in der Projektkonzeption Widersprüche angelegt und stehen auch die globalen, ökonomischen Richtlinien der Politik zu Ungunsten des Projektes, so gibt es in den größeren Projekten und so auch in Kanye eine Reihe von Reibungspunkten, die die Projektarbeit beeinflussen.
   a) Ist die Qualifikation und Arbeitsmotivation der Entwicklungshelfer sehr unterschiedlich, entwickeln sich daraus nicht selten persönliche Spannungen.
   b) Lebensstil, Konsumverhalten und politische Einstellung differieren sehr stark zwischen einzelnen Entwicklungshelfern, woraus sich die gleichen Probleme wie unter a) ergeben können.
   c) Das Selbstverständnis und die Persönlichkeitsstruktur der meisten Entwicklungshelfer bedingen demokratische Führungs- und Entscheidungsstrukturen innerhalb des Projektes. Diese werden auch in einem bestimmten Rahmen verwirklicht. Bei wichtigen Entscheidungen läuft jedoch auch in Kanye der Entscheidungsprozeß von oben nach unten – zum Mißmut der Übergangenen.

8. Beginn einer Umkehr oder Befriedungsstrategie?

Herr Helfer, Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Botswana, erkennt zwar auch, daß Wirtschafts- und Projektpolitik nicht so richtig zusammenpassen und daß SRDA und RIIC nur kleine isolierte Schritte der Entwicklung darstellen, baut jedoch darauf, daß diese beiden Projekte – zumal mehrere politisch wichtige Personen im Projektbeirat beteiligt sind – einen Vorzeigeeffekt haben werden und somit die Linien der zukünftigen Wirtschaftspolitik mitbestimmen und mitbeeinflussen werden.
Doch kann man tatsächlich auf eine Änderung der Wirtschaftspolitik hoffen, wenn man weiß:

- daß die meisten Minister gleichzeitig große Viehherden besitzen,
- daß der Lebensstandard der Elite ausschließlich auf den eingeführten Konsumgütern basiert,
- daß für eine Aufrechterhaltung dieses Lebensstils die Fortführung der exportorientierten Wachstumsstrategie notwendig ist,
- daß Südafrika (25) und auch die westlichen Industrieländer eine radikale Wende nicht kommentarlos hinnehmen würden.

Wohl kaum! Warum dann diese Projekte der angepaßten Technologie?
Ein gewisser Projekterfolg ist heute schon zu verzeichnen: Kanye wurde Anfang der 70er Jahre als Projektstandort von der Regierung ausgewählt, um einen der Schwerpunkte der politischen Opposition – die im übrigen nicht sehr stark ist – etwas entgegensetzen zu können. Inzwischen wurden durch die beiden Projekte ungefähr 200 Arbeitsplätze geschaffen.

Eine Eskalierung der ökonomischen Ungleichheit –die in Botswana schon heute sehr stark ausgeprägt ist – und der sozialen Spannungen stellen für die Regierung Khamas und seine Nachfolger langfristig eine Bedrohung dar, der zu entgegnen ist. Projekte unter den Stichworten Angepaßte Technologie, Grundbedürfnisstrategie, integrierte ländliche Entwicklung oder auch einfache Entwicklungshilfeprojekte ohne anspruchsvolle Konzeptionen sind unter solchen Umständen gut geeignet, die Unzufriedenen zu spalten und die sozialen Spannungen zu verringern, ohne daß prinzipiell ein anderer Weg eingeschlagen werden muß. Auch die Bundesregierung und die bundesdeutsche Wirtschaft haben ein Interesse daran, daß die Funktionsfähigkeit des internationalen Wirtschaftssystems und speziell die Beziehungen mit Botswana bestehen bleiben. Nicht nur die gesamte Kupfer- und Nickelproduktion fließen in die BRD. Auch seine geopolitische Lage und seine Rohstoffreserven machen dieses Land heute und für die Zukunft wichtig und interessant. Durch die Unterstützung der Regierung Khamas und ihrer liberal-kapitalistischen Politik, kann und soll eine feste und dauerhafte Einflußzone für westliche Interessen geschaffen werden. Veränderungen der politischen Lage wie z.B. in Zimbabwe oder einem in Zukunft sozialistischen Namibia stünde somit im Zentrum des südlichen Afrikas ein kräftiger Gegenpol gegenüber.
Solche Überlegungen werden nicht nur von der Regierung und ihrer parlamentarischen Opposition (siehe Bundestagsdebatte vom 18.1.1980) oder von anderen Industrieländern aus West und Ost angestellt. Weltbankpräsident McNamara betrachtet mit Sorge die sich in den Entwicklungsländern abzuzeichnenden Polarisierungstendenzen auch (oder nur?) unter dem ökonomischen Aspekt und empfiehlt, „die Kosten der Reform gegen die Kosten der Revolution" abzuwägen. (26)

Unter den geschilderten gesellschaftlichen Bedingungen fällt es mir schwer an einen ersten Schritt zur Umkehr zu glauben. Das Konzept der Angepaßten Technologie wird zum Mittel der Befriedung, zum verbrämten, „an den Grundbedürfnissen der Massen ausgerichteten" (27) Mittel zur Erhaltung des gegenwärtigen status quo.

ds



Anmerkungen

1) 1 Pula = 2,10 DM.
2) Hudson, D., J.: Rural Incomes in Botswana, in Botswana Notes Records, Volume 9, Gaberone 1976, S. 101-108
3) Central Statistics Office (Hg.): Botswana in Figures, Gaberone 1978
4) Lipton, M.: Botswana, Employment and Labour Use in Botswana, Gaberone, 1978
5) ebenda, S. 13
6) Central Statistics Office, a.a.O., S. 4
7) Botswana gehört zu den Ländern mit dem am besten aufgearbeiteten statistischen Zahlenmaterial über die ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse des Landes
8) Bundesstelle für Außenhandelsinformation (Hg.): Botsuana Wirtschaftsstruktur, Ausgabe 1978, Köln, S. 21
9) Mutter, T.: Botswana, eingekreist von weißen Minderheitsregimen, in: Informationsdienst südliches Afrika, Sept. 1978, S. 10
10) Bundesstelle für Außenhandelsinformation, a.a.O., S. 63
11) Rural Industries Innovation Centre (RIIC) Southern Rural Development Association (SRDA)
12) Lipton, M.: Botswana, Employment and Labour Use in Botswana, Final Report: volume II, Footnotes and Appendices, Gaberone, 1978, S. 137.
13) Lipton, M.: Volume I, a.a.O., S. 76
14) vgl. DED/Botswana, Projektplanung 1977, S. 6
15) Einen guten Überblick über die Brigadenbewegung bietet der Artikel „Das Scheitern alternativer Bildung", in: die Tageszeitung v. 24.1.1980, S. 7

16) DED Botswana, Landesplanung 1979, Anlage VII, S. 14.
17) vgl. National Development Plan 1976-81, Gaberone 1977, S. 15 f.
18) Bundesstelle für Außenhandelsinformation, (Hg): a.a.O., S. 45 Daneben macht sich auch das „Ausleihen" der Wanderarbeiter an Süd-Afrika für den Staatshaushalt Botswanas bezahlt.
19) Lipton, M.: Volume I, a.a.O., S. 27
20) ebd. S. 79
21) Lipton, M.: Volume II, a.a.O., S. 147
22) ebd.
23) Da Glücksspiele in der RSA verboten sind, zieht das exklusive Spielkasino/Hotel auch viele Südafrikaner an.
24) Dieser Fall verdeutlicht auch, daß sich die Projekte der verschiedenen Entwicklungshilfe-Organisationen – in Botswana sind nahezu alle vertreten – nicht immer ergänzen, sondern gelegentlich die Projekte sogar gegeneinander arbeiten.
25) Die starke wirtschaftliche Abhängigkeit vom großen Nachbarn Süd-Afrika und die sich daraus ergebenden engen Grenzen, in denen sich die botswanische Politik bewegen kann, zeigten sich z.B., als der Präsident Botswanas, Sir Seretse Khama, auf der Konferenz der blockfreien Staaten in Lusaka eine kritische Rede über die Apartheid hielt. Die Regierung der RSA lehnte daraufhin die Kredithilfe für das Selebi-Pikwe Bergbau-Projekt ab, bis Khama eine „befriedigende Erklärung" über seine Rede abgegeben hatte.
26) McNamara, Ansprache an die Gouverneure der Weltbank, Nairobi 1975
27) Bedenklich sollte auch stimmen, daß die „bedarfsgerecht angemessene" Technisierung nicht von den betroffenen Gruppen ausgeht, sondern in aller Regel von außen, von Entwicklungshelfern oder Experten vorgeschlagen, aufgedrängt oder bestimmt wird.

ENTWICKLUNGSHILFE

Erfahrungen mit der Entwicklungshilfe: Ein trojanisches Pferd?

Am Beispiel der Stadtplanung in Dar es Salaam/ Tansania

Seit einem Jahr bin ich nun aus Tansania zurück. Gerade Zeit genug, um mit kritischem Abstand, ohne hitzige Emotion über die Arbeit dort nachzudenken.
Die Arbeit: Entwicklungshelfer, Architekt, gute zwei Jahre Tätigkeit in der Baubehörde der Stadtverwaltung (City Council) Dar es Salaams.
In der Verwaltung Dar es Salaams, der Hauptstadt Tansanias, arbeiteten insgesamt 5 Ausländer. Ein „Experte" aus der DDR und 4 „Entwicklungshelfer", alle eingegliedert in die tansanische Verwaltung, auf Planstellen. Das unterschied uns von den „Consultings" (s. Kasten), von denen hier die Rede sein soll. Die Consultings arbeiten projektgebunden unter Honorarvertrag. Sie bearbeiten die klar ausgegrenzten Projekte federführend.

CONSULTING

Consulting – der englische Ausdruck für Ingenieurbüros, also private Firmen, die Planungs- und Ingenieurleistungen auf Honorarbasis anbieten. Entwicklungsprojekte, die über internationale Organisationen wie UNO, Weltbank oder Entwicklungshilfe-Institutionen z.B. in der BRD die GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) finanziert sind, werden international ausgeschrieben, d.h. Projektbeschreibung, geforderter Planungszeitraum und gewünschte Leistungen. Ingenieurunternehmen geben daraufhin ihre Angebote ab, benennen die Kosten, Sondervorschläge und Referenzen über schon getätigte Projekte.
Dann wird der „Zuschlag" erteilt und die Firma unter Vertrag genommen. Entweder sind es finanzielle Gesichtspunkte wie billigstes Angebot oder Alternativvorschläge, die Vorteile versprechen oder der gute Name einer Firma bzw. die entsprechenden Kontakte zu Ministerien, Behörden u.ä. ist ausschlaggebend.
Besonders namhafte Unternehmen aus Europa und USA schreiben, wenn sie den Zuschlag bekommen haben, oftmals die Erstellung von Planungs- und Ingenieurleistungen nochmals international aus, um durch das Angebot mittlerer Ingenieurbüros oder Büros aus Pakistan und Indien ihren „Ertrag" aus den abgeschlossenen vertraglichen Honoraren zu erhöhen.
Die gesamten Planungsunterlagen werden jedoch unter dem Namen der sog. „federführenden" Firma vorgelegt.
Bei Entwicklungsprojekten, die zwar von außen finanziert sind aber von den zuständigen Ministerien des jeweiligen Landes beurteilt und überwacht werden, sind sich diese Firmen oft sicher, daß eine Qualitätskontrolle nur schwerlich stattfinden kann (personelle Unterbesetzung). Die Planungs- und Gutachterunterlagen zeichnen sich dann mehr aus in der rafinierter grafischen Gestaltung – Hochglanzpapier, Photos, Farben – um zu beeindrucken.

Sie sind das große Stück aus dem Kuchen der „personellen" und „technischen Hilfe". Entwicklungshelfer, gemessen am Anteil innerhalb des Entwicklungshilfe-Haushalts der BRD, nur Verzierung, nicht unbedingt die Creme.
In der Baubehörde war ich damit beschäftigt, den Kontakt der Baubehörde Dar-es-Salaams mit den Consultings zu halten, die für die Erstellung des Stadtentwicklungsplanes 1979 (Masterplan) zuständig waren.
Es soll hier beleuchtet werden, in welcher Weise die Entwicklungshilfe in die Verstädterungsprobleme der 3. Welt eingreift. Am Beispiel der Stadtplanung für Dar es Salaam soll gezeigt werden, daß Entwicklungsprojekte der Industrieländer, die von Consultings durchgeführt werden, sich mehr an organisatorischen Gesichtspunkten der Durchführbarkeit, Abwicklung und Finanzierung orientieren, als an dem Anspruch, den Entwicklungsländern bei der Verwirklichung ihrer politischen Ziele zu helfen.
Das Beispiel Tansania ist für die Diskussion stadtplanerischer Entwicklungshilfe interessant, weil es seit nunmehr 13 Jahren, seit der „Arusha Declaration" ein formuliertes, programmatisches Konzept einer eigenständigen Entwicklung verfolgt, das bis zu raumplanerischen Zielsetzungen hin konkretisiert ist. Die globalpolitischen Leitziele können in den Begriffen „Ujamaa" und „Kujitegemea" zusammengefaßt werden (s. Kasten).

UJAMAA

Ujamaa meint die Aktualisierung der historischen Sippverbände als Grundlage für moderne Produktions- und Lebensgemeinschaften. Zu diesem Ziel: Zusammenfassung der verstreut lebenden Bauern in quasi sozialistischen Ujamaa-Dörfern.

KUJITEGEMEA

Mit „Kujitegemea", was soviel heißt wie „von sich selbst abhängen", „auf eigenen Füßen stehen", wird eine aus kolonialen und nachkolonialen Abhängigkeiten befreite Entwicklung angestrebt.

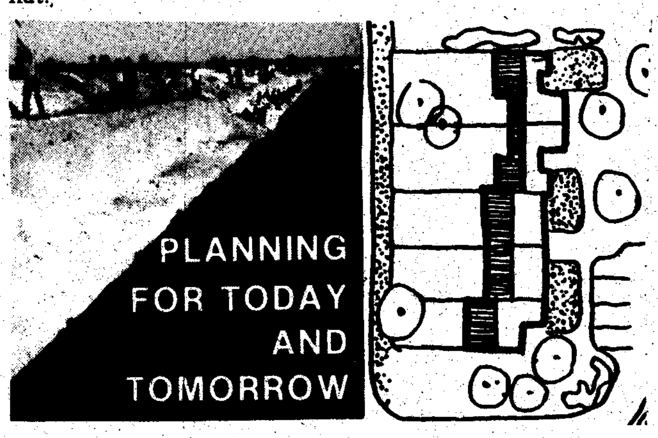
Das heißt im einzelnen:
1. ausgeglichene Förderung der Wachstumsmöglichkeiten des gesamten Landes, nicht einzelner Schwerpunktregionen (1)
2. Einbeziehung aller Planungsebenen, auch der lokalen Verwaltung, in den Planungsprozeß (1),
3. Gleichmäßige Versorgung der Regionen mit den notwendigen Infrastruktureinrichtungen unter starker Berücksichtigung sozialer und politischer Faktoren, nicht bloß wirtschaftlicher Kosten-Nutzen-Überlegungen (1).

Wichtige Voraussetzungen für diese Zielsetzungen wurden geschaffen:
– dezentrale Verwaltungsstruktur
– eine basisdemokratische Entscheidungsfindung; d.h. jeder Siedlungsort ist in sogenannte 10 Häuserzellen aufgeteilt und verwaltet. Dorfrat, Stadt-, Bezirks- und Regionalrat vervollständigen die sogenannte institutionalisierte Entscheidungsfindung,
– dezentrale Finanzzuteilung.

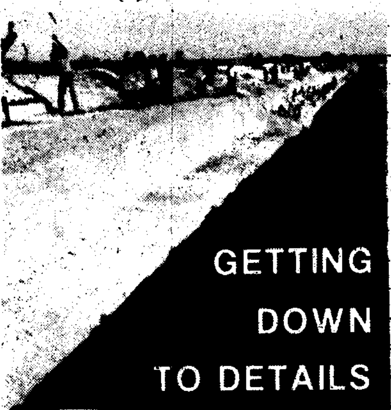
Dennoch können alle drei Ziele als gescheitert gelten.
ad 1. Die traditionellen, durch die kolonialen Verkehrswege bevorzugten Wachstumszonen werden infrastrukturell vorrangig entwickelt. Die Bevölkerungswanderung vom Land zu den Wachstumszentren ist ungebrochen mit den negativen Folgen einer Stadtentwicklung ohne Industrialisierung.
ad 2. Die politischen Entscheidungsprozesse laufen mit zunehmender Tendenz privilegierte Kanäle, was Verwaltung und Planung der städtischen Gebiete immer undurchsichtiger macht. Sachkompetenz und Träger von Leitungsfunktionen fallen auseinander. Führungspersonen repräsentieren manchmal nur noch.
ad 3. Die Städte (und besonders die „Primatstadt" Dar es Salaam) sind mit Gütern des kurz- und mittelfristigen Bedarfes überdurchschnittlich gegenüber dem Land versorgt (2), ein Faktor, der die Landbevölkerung anzieht.
In den größeren Städten Tansanias leben heute bis zu 70 % der Bevölkerung in ausgedehnten Squattersiedlungen (3).
Es wäre falsch, das Scheitern als ein endgültiges, historisches Versagen der tanzanischen Ujamaa-Konzeption anzusehen. Vielmehr muß das Scheitern der fortschrittlichen Ziele vor dem Hintergrund aktueller, heftiger Richtungskämpfe innerhalb der regierenden „Chama cha Mapinduzi", der Revolutionspartei, gesehen werden, sowie der weltwirtschaftlichen Benachteiligungen durch die für die Entwicklungsländer ungünstige Preisrelation der Ausfuhrprodukte (Rohstoffe) zu den Einfuhrprodukten (Fertigprodukte) und des massiven, interessengeleiteten Eingreifens der ausländischen Entwicklungshilfe.

Umfang der ausländischen „Hilfe"

Das Engsgement der raumplanungsbezogenen Entwicklungshilfe in Tanzania konzentriert sich auf die Städte, zunehmend mit ihrer Größe und wirtschaftlichen Bedeutung, weil hier der Problemdruck auch am größten ist. Bisher wurden mit Ausnahme von Iringa – hier arbeitete ein deutscher Entwicklungshelfer, der Tansania als neuen Wohnsitz auf Dauer gewählt hatte – die Stadtentwicklungspläne oder Flächennutzungspläne („Interim Land Use Plans") aller Regionalstädte von ausländischen Experten erstellt. Ebenso die Flächennutzungspläne der Distriktstädte. Während die ausländischen Experten bei der Arbeit für die wichtigsten Städte noch ganz oder zeitweise am Ort arbeiteten, wurden die Pläne für die anderen Städte entweder vom weit entfernten Ministerium in Dar es Salaam aus erstellt oder in den jeweils übergeordneten Regionalstädten, so daß die ausländischen Planer manchmal „ihre" Stadt nur im Zeitraum von Tagen, maximal Wochen kannten.
Für die größten Städte, vor allem Dar es Salaam, wurden Consultings unter Vertrag genommen.
Auch für die anderen wichtigen Entwicklungsbereiche Dar es Salaams waren internationale, aus Entwicklungshilfegeldern bezahlte Ingenieurfirmen tätig:
Holländische Ingenieurbüros planten den Flughafenausbau, englische die Elektrizitäts- und Wasserversorgung, deutsche große Straßenprojekte und das städtische, öffentliche Nahverkehrssystem, usw.
Und dann gab es ein umfangreiches Gutachten von Ingenieurbüros, das nur Mängelbereiche in Dar zusammenfaßte und Vorschläge machte, mit welchem Finanzaufwand – der meist die Mittel Tansanias überstieg und nach ausländischer Hilfe verlangte – man das Problem beseitigen könne (4).
Die fachlich spezialisierten Experten und Firmen sollten nach der Planung der Ministerien mit den jeweils zuständigen, tanzanischen Verwaltungsbehörden zusammenarbeiten und von ihnen kontrolliert werden. In der Tat werden die Planungen auch formal durch die zuständigen Körperschaften geprüft und verabschiedet. Eine wirkungsvolle Durchdringung der Pläne und Verknüpfung mit eigenen Vorstellungen ist bei einer so künstlichen Trennung von Fachwissen und politischer Entscheidung darüber jedoch nicht möglich und existiert in der Praxis auch nicht.
Es ergibt sich ein für ganz Tansania zu verallgemeinerndes Bild fremdbestimmter Entwicklungsplanung, das wesentlich zum Scheitern der tansanischen politischen Ziele beigetragen hat.

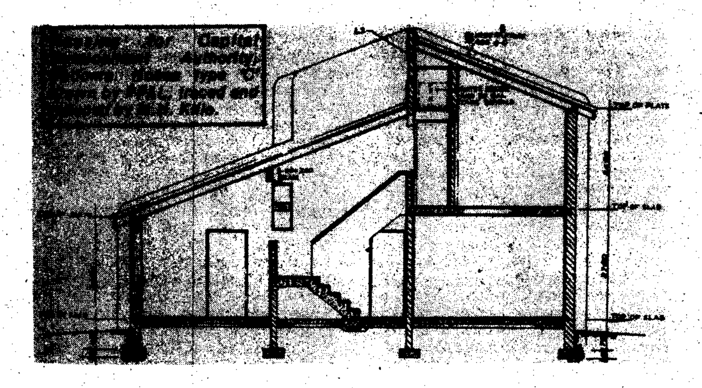


Zu ganz ähnlichen Einschätzungen der Arbeit der Consultings sowohl im Hinblick auf die ausgeführten allgemeinen Aspekte als auch die folgenden, detaillierteren Beobachtungen kommt G. Tschannerl am Beispiel der tansanischen Wasserversorgungsplanung (5).
Wie gravierend die Situation bezogen auf alle Entwicklungssektoren ist, zeigt der nationale Entwicklungshaushalt Tansanias: er wurde 1978/79 zu 64 % durch ausländische-vorwiegend westliche – Entwicklungshilfegelder finanziert (6).



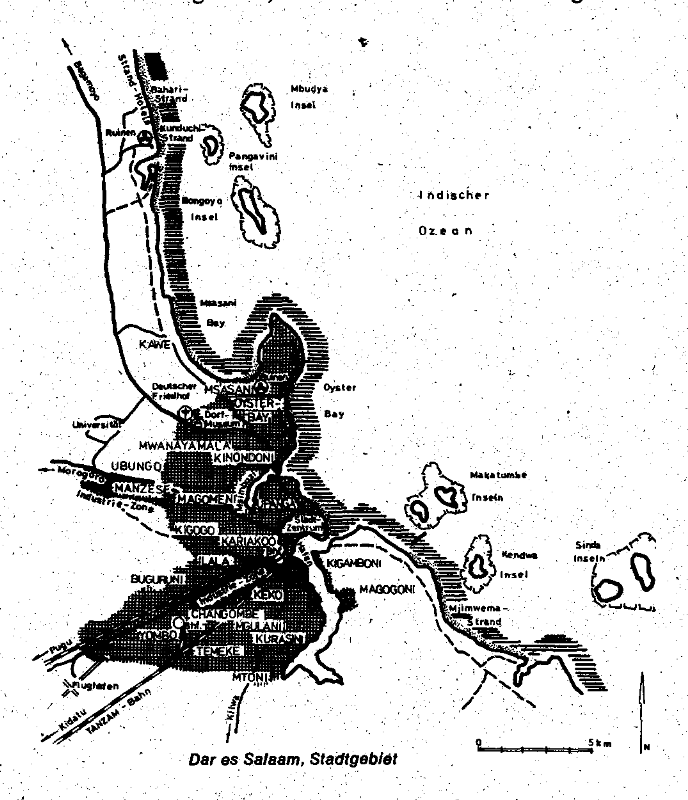
Auszüge der Planungsunterlagen eines canadischen „consulting"

Der Entwurf des canadischen Architektenteams. Es sollte eine Musterplanung sein, um im Rahmen des „Sozialen Wohnungsbaus" den Wohnungsmangel in Tanzanias Städten zu überwinden.
Dieses Wohnungsprogramm ist in Dodoma verwirklicht. Es ist das Demonstrationsbeispiel, wie nicht geplant und gebaut werden sollte. Selbst ein Minister hätte Schwierigkeiten, die qm-Miete bezahlen zu können (errechnet an Materialkosten).



Stadtentwicklungsplanung in Dar es Salaam

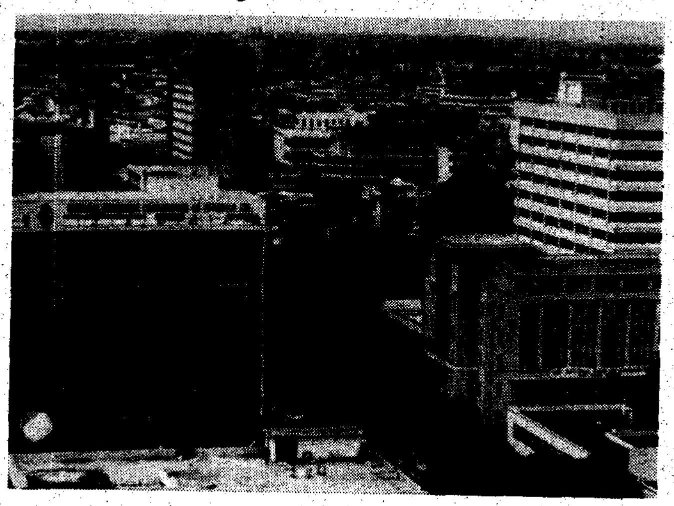
Die Arbeit der Consultings am Stadtentwicklungsplan begann im Januar 1978 mit einer langen Phase der Einarbeitung. Sie arbeiteten im Ministerium, räumlich getrennt von der Stadtplanungsbehörde. Ihre Zusammenarbeit mit der Behörde blieb auf gelegentliche Kontakte beschränkt, in denen jene sich mit Informationen versorgten. Ihr Kenntnisstand der örtlichen Bedingungen war – und das ist kennzeichnend für nahezu alle Consultings – zuerst einmal sehr gering. Dieser Mangel liegt schon in der Konstruktion der Consulting-Arbeit begründet.
Die erste „Zusammenarbeit" mit den Consultings ergab sich schon bald: der einzige Jeep der Stadtplanungsabteilung der städtischen Verwaltung mußte auf Geheiß des Ministeriums an die Consultings abgetreten werden. Die Stadtplanungsabteilung war für die ganze Region Dar einschließlich unwegsamer, ländlicher Gebiete zuständig.



Dar es Salaam, Stadtgebiet

Der kontrollierte, geplante Ausbau der umliegenden Ujamaadörfer wurde so entgegen der politischen Konzeption stark behindert. Und das Selbstwertgefühl der tansanischen Behörde wurde empfindlich verletzt.
Ein Ersatz des Transportmittels, der vom arbeitsüberlasteten, tansanischen Leiter der Stadtplanungsabteilung mühsam durch die bürokratischen Kanäle erkämpft werden mußte, kam erst Monate später.
Im März kam der auf Drainagefragen spezialisierte Consulting-Fachmann in die Behörde und frage nach dem Generalplan aller bestehenden Rohrsysteme in der Stadt. Im Inventarbuch war ein Generalplan aus dem Jahr 1952 verzeichnet, also ziemlich unbrauchbar. In den überquellenden Schubladen des z.T. mit völlig überflüssigen Zeichnungen aus der Kolonialzeit überfüllten Planschrankes war überhaupt kein Plan aufzufinden.
7 Monate später wurde die Analyse-Phase der Consultings mit ihrem ersten Zwischenbericht abgeschlossen. Das Resultat ihrer Arbeit erschien darin als große Sammlung von größtenteils in der Behörde bekannten Fakten und einigen weiterführenden Fragen an die tansanischen Behörden.
Die Oberflächenwasser-Probleme Dars wurden in einigen Zeilen zusammengefaßt, die mehr blenden und verwirren sollten, als daß eine Diskussion darüber stattfinden konnte, was der vergebliche Zweck des Zwischenberichts war.
Zehn Monate später wird im zweiten Zwischenbericht das Thema in 18 Zeilen und einem Anhang mit z.T. denselben Bemessungsstandards wie im ersten Bericht abgehandelt.
Das Beispiel ist typisch für viele Bereiche der Stadtentwicklungsplanung in Dar es Salaam. Und es ist zu verallgemeinern für die Schwierigkeiten, vor denen ausländische Planer angesichts mangelnder Vorortkenntnisse in der Dritten Welt stehen.
Ihre – in Ländern der Dritten Welt auch teilweise wirkungsvollen – Gegenstrategien sind:
- technische Überlegenheit durch abstraktes Fachwissen signalisieren
- die Planziele möglichst im breiten Strom des politischen Konsenses des Gastlandes halten
- aus Erfahrung machbare Wege beschreiten
- aufwendige Reports produzieren
- einfach losplanen und durch umfangreiche, komplexe Ergebnisse beeindrucken.

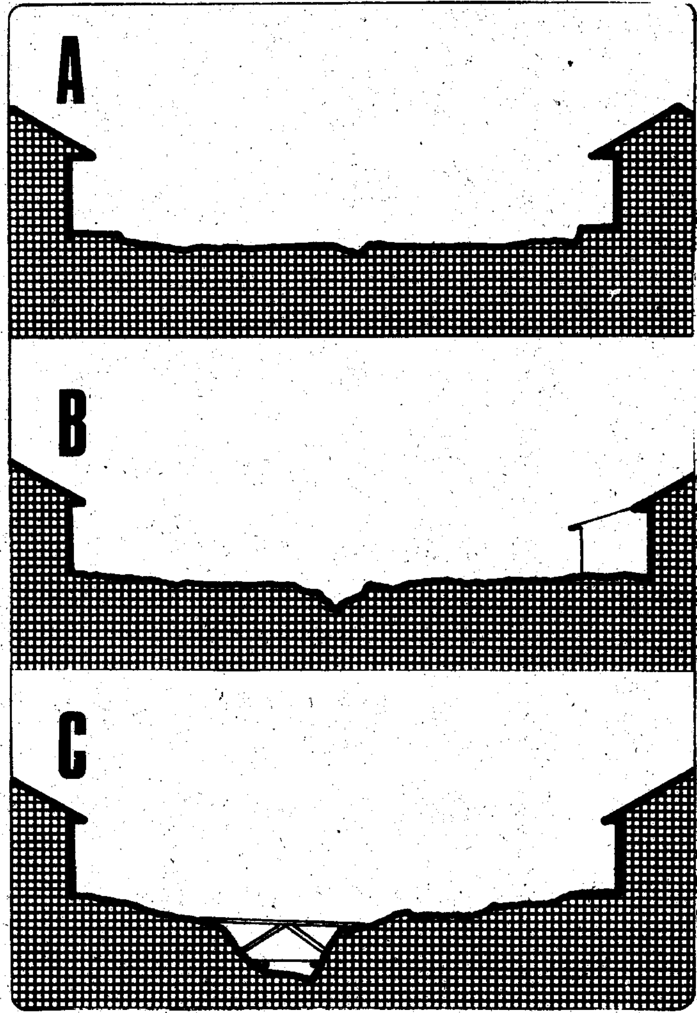
Es spricht daher für die Tansanier, wenn bislang – soweit mit bekannt – zwei Stadtentwicklungspläne nach ihrer Fertigstellung von den tansanischen Behörden nicht angenommen („approved"), andere wie der Musterplan DSM 1968 nicht handlungsleitend für die Behörde wurden.

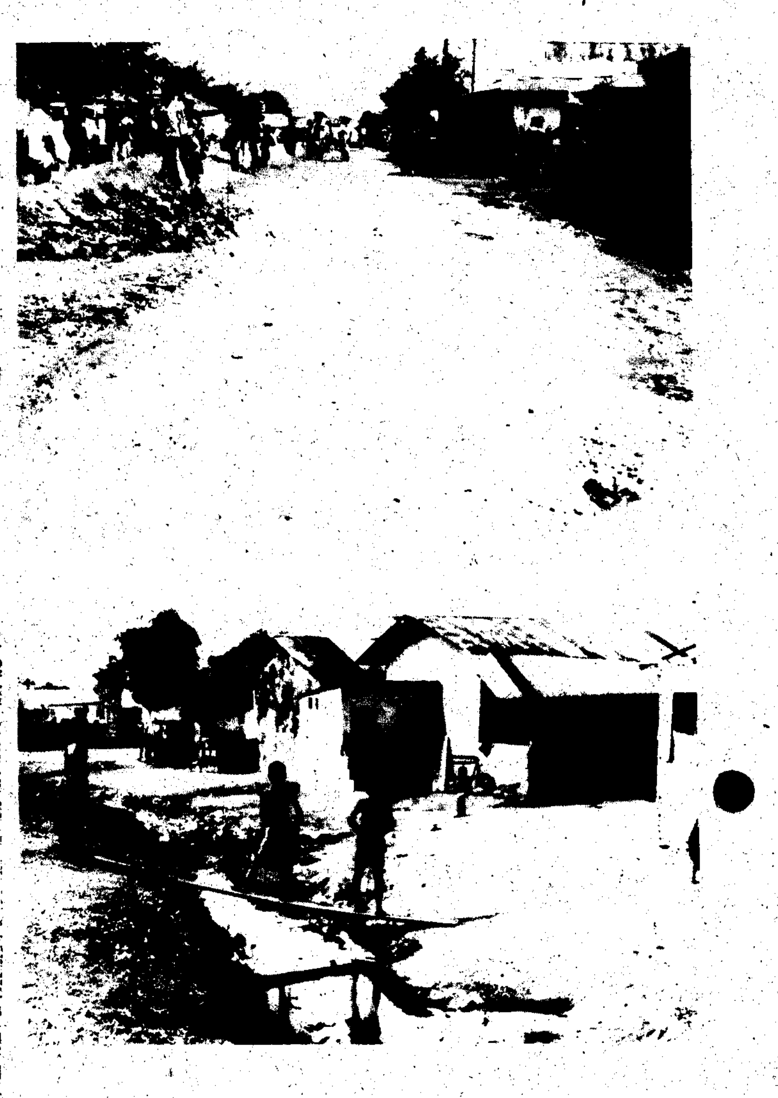


Die Umsetzung der Planung

Die Experten aus Kanada wurden während ihrer zweijährigen Arbeit am Masterplan keine Partner für die tansanischen Kollegen. Sie konnten es nicht werden, weil sie ausgegrenzt aus den lokalen Verwaltungszusammenhängen und politischen Entscheidungsprozessen arbeiteten. Sie planten mit relativ geringen Kenntnissen der örtlichen Bedingungen, bestehenden Machtstrukturen, personellen Interessenverflechtungen und kulturellen Eigenarten der Tansanier. Sie wichen diesem Mangel aus, indem sie das Schwergewicht ihrer Planung auf die mit technischem Sachverstand zu lösenden Aufgaben legten: Infrastrukturplanung. Aber auch die dafür notwendigen Basisdaten, z.B. die zugrundegelegte Bevölkerungsprognose, war auffallend vage.
Das war Ausdruck der objektiven Schwierigkeit, als ausländischer Experte in den Ländern der Dritten Welt zu planen, ohne die nationalen Einflüsse auf die Stadtentwicklung einschätzen zu können, die in viel stärkerem Maß als in den westlichen Metropolen die Stadtentwicklung beeinflussen. So wird die Bevölkerungszunahme von Dar es Salaam unmittelbar dadurch beeinflußt, wie ernsthaft u.a. folgende Entscheidungen von den tansanischen Politikern verfolgt werden: die Verlegung der Hauptstadt von Dar es Salaam nach Dodoma, die Förderung der ländlichen Gebiete gegenüber den Städten, die Akzeptierung von Squatter-

siedlungen als berechtigte, aus den Lebensbedingungen der unterprivilegierten Tansanier erklärbare Siedlungsform und die Gestaltung der Verwaltungs- und Steueraufkommensstruktur.





Die Verantwortlichen in den Ministerien neigen aufgrund ihrer Interessenlage dazu, möglichst wenig Aussagen über die zu erwartende nationale Politik zu machen. Und die Consultings sind kaum bereit, politische Grundsatzentscheidungen ihren Planungen zugrundezulegen, die nicht vorerst von zuständigen tansanischen Stellen bestätigt sind.
In diesem Vakuum politischer Leitlinien verfolgten die Consultings eine eigentümlich grundsatzlose, unpolitische Trendplanung. Den Entwicklungsländern ist so die Chance zielorientierter Planung und alternativer Entwicklung genommen.
Die fünf tansanischen Planer, die laut Arbeitsvertrag mit den Consultings zusammenarbeiten sollten, wurden – vermutlich aus Gründen der Arbeitseffektivität – auf Zuliefererarbeiten beschränkt. Sie waren niemals Gesprächspartner der Stadtverwaltung. Aus der eigentlichen konzeptionellen Arbeit der Stadtentwicklungsplanung blieben die Tansanier ausgeschlossen. Diese teils bequeme, teils entmutigende Erfahrung fördert den in allen Ländern der Dritten Welt zu beobachtenden Rückzug der einheimischen Fachkräfte auf verwaltende Tätigkeiten. Der tansanische Einfluß auf die Planungsinhalte geht weitgehend verloren.
Es wäre zu fordern, daß die Erarbeitung von Planzielen und deren Umsetzung inhaltlich und personell eng miteinander verknüpft werden, um unter den sehr wechselhaften, außenabhängigen Rahmenbedingungen der Entwicklungsländer und ihren noch wenig effizienten Verwaltungen kontinuität zu sichern und Lernprozesse zu ermöglichen.
Das Modell der Consultingplanung kann das nicht leisten.

Problemstellung: **Stadtentwässerung**

Weiterentwicklung der eigenen Planungsziele

Der Stadtentwicklungsplan 1968 forderte eine „rigorose Aktivierung der Stadtverwaltung" (City Council) (7).
Die Institution der Consulting-Planung verhinderte dies. Statt aus der Alltagserfahrung Probleme wahrzunehmen und eigene Ideen für ihre Lösung zu entwickeln, sieht sich das City Council mit fremden, westlich orientierten – und darum vermeintlich besseren – Ideen konfrontiert: repräsentative Hochhausfront am Hafen, befahrbare Dämme durch die ins Land greifenden Meeresbuchten und aufwendige Haupterschließungsstraßen.
Die Geberländer der „Entwicklungshilfe" springen dann gern auf solche Planungen an. Aus der „Verbesserung der Pugu Road", einer 10 km langen Einfallstraße vom Flughafen in die Stadt, wird dann mit deutscher „Hilfe" eine Autobahn mit parallelen Seitenstraßen rechts und links (insgesamt 8 Spuren). In solchen Projekten verwirklichen sich bestimmte Repräsentationsinteressen der Herrschaftseliten der Dritten Welt mit den Verwertungsinteressen der industrialisierten Länder.
Viele Planungen der Consultings lassen sich finanziell nicht verwirklichen, tauchen dann aber als Hintergrundidee in anderem Zusammenhang wieder auf. Statt der traditionellen und der kolonialen Architektur Hochhäuser, statt Mülldeponie eine moderne Müllverbrennungsanlage... einzelne im Maßstab überzogene Projekte, in denen das Scheitern und die Abhängigkeit vom Ausland schon miteingebaut sind.
Der widersprüchliche Zusammenhang zwischen diesen Pro-

jekten und dem globalpolitischen Ujamaa-Konzept wird von den tansanischen Herrschaftseliten nicht ernst genommen.
Es gibt unter tansanischen Planern keine Diskussion über die Relevanz der Ujamaa-Idee für die Stadtplanung, über die konkrete Aufebung des Stadt-Land Gegensatzes. Es gibt keine Auseinandersetzung über alternative Planungsziele in Tansania (8). Sie erübrigt sich angesichts fertiger Planungsideen aus dem Westen. Sie ist durch die Entwicklungshilfe zerstört worden.
Eine bessere Entwicklungshilfe müßte anerkennen, daß die Voraussetzung für eine Entwicklung aus der Unterentwicklung eine allseitige Förderung der lokalen Produktivkräfte, also auch der Planungsfähigkeiten, ist. In diesem Lernprozeß der Fachleute aus den Dritte-Welt-Ländern müssen unrentierliche Kosten, Ineffektivität, Fehlplanungen und verringerte Wachstumsraten in Wertausdrücken in Kauf genommen werden. Diese „Lernkosten" werden langfristig für eine eigenständige Entwicklung förderlicher sein als perfekte, von Ausländern hingestellte Entwicklungshilfeprojekte.

Tansanische Anstrengungen
Diese knappe Charakterisierung einiger Bedingungen, unter denen in Tansania geplant wird, soll nicht den Eindruck entstehen lassen, tansanische Behörden würden gar nicht planen. Es wird in Dar es Salaam wie in allen anderen Städten Tansanias geplant. Es wird eine relativ wirksame Baukontrolle in den Gebieten, für die Bebauungspläne existieren, ausgeübt. Grundstücke in geplanten Gebieten werden nach einem formalen Verfahren vergeben, was eine intakte, relativ komplizierte Verwaltungsstruktur voraussetzt. 1978/79 wurde in der Stadtplanungsbehörde ein riesiges Erweiterungsgebiet der Mbezi Planning Scheme (Planungsgutachten) für ca. 77000 Einwohner und 620 ha Industriefläche geplant. Der „Mbezi Planning Scheme" wurde von zwei Entwicklungshelfern, die in der Stadtplanungsbehörde auf Planstellen saßen, gemacht. Wieder wurde von Ausländern geplant, aber wenigstens in enger Kooperation mit der zuständigen Verwaltung. Es fanden regelmäßige Diskussionen mit dem tansanischen Leiter der Stadtplanungsbehörde während der Planungsphase statt.
Die Mittel des Entwicklungshaushaltes der Region Dar es Salaam waren äußerst begrenzt. Ganze 4,5 Mio DM standen pro Jahr für alle Entwicklungsprojekte zur Verfügung. Mit diesen geringen Mitteln wurden wichtige, wenn auch kleine Aufgaben angegangen: Bau von Krankenstationen, Straßenbau- und Instandhaltungsmaßnahmen, Vermessungsarbeiten und der Bau von vielen, vielen einfachsten Klassenräumen für die Grundschulen. Auch für drei Orte in der Region wurden Bebauungspläne gemacht.
In der Art der Verteilung der wenigen, vorhandenen Mittel wurden tansanische politische Leitlinien durchaus deutlich. In den Schulbauten das nationale Ziel, eine Grundschulausbildung für alle Tansanier zu ermöglichen (siehe Fußnote 2), die Krankenstationen sollten eine breit gestreute, medizinische Grundversorgung sichern und die Planungstätigkeit für das umliegende Land ist ein kleiner Schritt, um den Stadt-Land-Gegensatz zu mildern.
Aber wenn wir hier behaupten, es gäbe keine Diskussion um die Relevanz der Ujamaa-Idee für die Stadtplanung, dann meinen wir mehr als die richtige Umverteilung der knappen Mittel zur Erreichung der letztendlich von Nyerere gesetzten Entwicklungsziele.
Wir meinen schöpferische Anstrengungen, das Stadt-Land-Problem durch ein neues Konzept von Stadt anzugehen oder durch einen fachlichn Diskussionsprozeß zu dringend benötigten, eigenständigen, stadtplanerischen Entwicklungszielen zu kommen, um die Land-Stadt-Wanderung, das Squattern, die Arbeitslosigkeit in den Städten und die Unterversorgung des Landes abzubauen.
In Dar es Salaam aber wurde – abgesehen vom Mbezi Planning Scheme, eher der Bestand verwaltet als mit eigenen, neuen Ideen geplant. Die Gründe dafür waren:

a) die knappe Personal- und Sachausstattung. Die Stadtplanungsbehörde der Region Dar es Salaam bestand 1978 aus: 1 diplomierten, tansanischen Stadtplaner als Leiter, 2 diplomierten ausländischen Stadtplanern, 4 in einer tansanischen Schule ausgebildeten Stadtplanern und Kartographen.
b) Die Zentralisierung aller Zuständigkeiten und Kompetenzen – selbst für die kleinsten Nebensächlichkeiten – in der Spitze des „Town Planning Office.", d.h. beim einzigen diplomierten, tansanischen Planer.
c) Die Überlastung der wenigen tansanischen Fachleute mit Alltagsroutinearbeiten.
d) Das Fehlen eines zielgerichteten Fortschrittswillens wie oben dargestellt.
e) Die argwöhnische Sensibilität eines zerbrechlichen Machtgefüges innerhalb der Behörde gegenüber Einzelinitiativen.
f) Die Entmündigung der regionalen Ämter zugunsten des Ministeriums, in dem auf Vorschlag eines Gutachtens die Stadtentwicklungskompetenz konzentriert worden war.

In das Vakuum fehlender Entwicklungsplanung stießen nun immer wieder führende Politiker mit prestigeträchtigen Projekten und auch private Investoren. Die Folge waren Einzelprojekte, die sich in keinen Planungsrahmen einfügten: Hochhausprojekte, die infrastrukturell nicht bewältigt werden konnten, spekulative Wohnungsbauprojekte, etc. Die Sprunghaftigkeit, die sich aus der behördeninternen Kompetenzunsicherheit zwischen Politikbereich und technisch-fachlichem Bereich ergibt, addiert sich zur obigen Charakterisierung der Planungsbehörde.
Ein Beispiel einer eigenständigen Initiative der Stadtbehörde kann als exemplarisch gelten für das mangelnde Beharrungsvermögen bei der Umsetzung politischer Ziele: Die „operation kazi" („Operation Arbeit"), begann im November 1976 und dauerte bis 1978.
Man plante, die vielen Landbewohner, die in die Stadt gezogen waren und dort arbeitslos geblieben waren in Dörfer ihrer Wahl zurückzusiedeln. In den Dörfern wurde die Aktion vorbereitet. Man organisierte Arbeitsbrigaden, um Häuser gemeinsam zu bauen. Den Rücksiedlern sicherte man durch intensive Diskussion mit den Bauern Arbeitsplätze auf dem Land. In der Stadt mußte jeder auf Verlangen der Polizei einen für die Aktion neu geschaffenen Arbeitsausweis vorzeigen können.
„Operation Kazi" wurde zur nationalen Aufgabe erklärt und es wurden ca. 11 Mio. TShs. (ca. 2,5 Mio DM) bereitgestellt (Daily News 3.12.1977).
Sie war eine von tansanischen Politikern umsichtig entwickelte Strategie zur Bekämpfung der Land-Stadt-Migration. Diese Aktion erforderte zu ihrem Gelingen eine auf das gleiche Ziel gerichtete Kooperation von Politikern, Planern, Polizei, ständigen Organisatoren sowie städtischer und ländlicher Bevölkerung. Das Projekt scheiterte nach Anfangserfolgen am kurzen Atem (9).
Die Ursache des Scheiterns war mangelnde Kooperation und mangelnde Beharrlichkeit auf allen beteiligten Planungs-, Entscheidungs- und Ausführungsebenen.
Aber als Lernkosten begriffen, wären die ausgegebenen 11 Mio TShs. Grundlage für eine Chance gewesen, mit mehr Erfahrung und Selbstvertrauen solche Programme noch einmal, besser und effektiver durchzuführen. Man

hätte eine – wie ich meine wirkungsvolle – aus eigener Erfahrung gewonnene Antwort auf das drängende Wanderungsproblem gewonnen.
Die aufwendig durchgeführten internationalen Hilfsprogramme leisten für die Lösung der drängenden Probleme der 3. Welt zumindest nicht mehr. Sie analysieren, quantifizieren und legen dann bestenfalls umfangreiche, fertige Konzepte vor, die dann konkurrierend zur Disposition stehen. Aber die Umsetzung einer dieser Strategien ist dann eine andere Sache – die der Tansanier. Nicht gegen Analysen, Programme, Strategien internationaler Hilfsorganisationen an sich soll hier argumentiert werden, denn sie können den Hintergrund bilden, vor dem politisch gehandelt wird. Aber in der Lücke zwischen mehreren ausgewiesenen, möglichen Strategien und der Verwirklichung einer Strategie liegt eine Crux der vielen oft konkurrierenden Hilfsprogramme. Die Entscheidung muß von Tansaniern getroffen werden, die aber an der Entwicklung der Programme selbst nicht beteiligt waren.
Um zu Strategien zu kommen, die einen Aktionsplan mit umfassen – also Auswahl einer Strategie, institutionelle Voraussetzungen, Kostenrahmen, Steuerung der Nebeneffekte, Sachmittelausstattung, politische Absicherung der nationalen Projektleiter, Informationsarbeit gegenüber der Bevölkerung – können ausländische Experten hilfreich sein, ist aber die Trägerschaft durch nationale Experten unerläßlich.
Nur letztere können die Lücke zwischen Planaufstellung und Umsetzung langfristig überbrücken.

Tansanische Fachleute

Die Zahl der ausgebildeten Stadtplaner und Architekten in Tansania ist knapp aber von Jahr zu Jahr steigend.
Ein großer Teil der hoch ausgebildeten Fachleute wurde gleich nach dem Studium mit Spitzenposten in der Verwaltung oder Posten in Halbstaatlichen Firmen betraut. Nach dem Studium ist eine Arbeit im privaten Sektor erst nach mehrjähriger Tätigkeit im Staatsdienst möglich. Dennoch arbeitet der größte Teil der Fachleute im privaten Sektor.

Situation 1978:
92 Architekten im Land registriert
53 % davon Ausländer, die im Land wohnen
22 Architekten in government departements
26 in Parastatals (Halbstaatlichen Firmen)
44 private Architekten
Über Planer keine Zahlenangaben
Angaben des Minister of Works in Daily News 30.6.1978

Der letzte „Manpower-Report 1974" (Bericht über Fachkräftebedarf) fordert für die Jahre 1975-80" eine bessere Nutzung des zur Verfügung stehenden Fachkräftepotentials" (9). Das heißt, es wird ein verstärkter praktischer Einsatz der tansanischen Fachleute, mehr Verantwortung und mehr Kompetenz vom nationalen Ministerium selbst gefordert.

Lokale Schlichtungsinteressen

Diese Kritik trifft im Kern die Interessenlage der durch ihre Ausbildung Privilegierten. Entgegen der Ideologie des „Ujamaa-Sozialismus" gibt es in Tansania eine sich mehr und mehr formierende Oberschicht, die in den offiziellen Berichten und Untersuchungen tansanischer Institutionen auch entsprechend bezeichnet wird (10.).
In meinen Erfahrungen begegnete ich dieser Administratorenschicht in höheren Ämtern Tansanias – statusbewußt, bürokratische Problemlösungen als Schutzschild gegen eindeutige politische Stellungnahmen nutzend, mehr verwaltend als entscheidend, eingebunden in ein Netz personaler Macht- und Interessensstrukturen, in denen tribale Herkunft eine Rolle spielen und Beziehungen nach „oben".
Das spezifische Interesse dieser Schicht liegt zwischen der Wahrung des status quo und relativ orientierungslosem Modernismus sowie einer am Konsumaspekt interessierten Orientierung an den Metropolen.
Diese Schicht stellt den Transmissionsriemen dar, über den die „Entwicklungshilfe" läuft. Bestimmte Hilfsprogramme werden ihr – zumindest was den Umfang der Projekte angeht – oft förmlich aufgedrängt.

- Die Gelder werden den Entwicklungsländern innerhalb des Ressourcentransfers der Entwicklungshilfe angeboten, um damit ausländische Consultings aus den Industrieländern zu engagieren. Das ist ein starker Anreiz für eine vordergründig unverfängliche Zusammenarbeit.
- Der Führungsschicht im zuständigen Ministerium bietet sich die Gelegenheit, die Verantwortung für die Inhalte der künftigen Stadtentwicklung zu delegieren.
- Die Consultingplanung verspricht, einem vage interpretierten, internationalen Standard zu genügen, mit dem sich die Führungsschicht – hier die Stadtplaner – identifizieren können und identifiziert werden.
- durch die Abgabe der mit politischen Entscheidungen behafteten Planung an ausländische Consultings werden auch die politischen Kontroversen um die Planung aus der tansanischen Verwaltung ausgelagert.
- Hinzu kommen weitere, punktuell sehr wirksame, individuelle Anlässe für eine Kooperation.

Einschätzung

Die gängige Entwicklungshilfe auf dem Gebiet der Stadtplanung ist das Ergebnis dieser gemeinsamen Berührungspunkte von Interessen der Führungsschichten der Entwicklungsländer und denen der Industrieländer. Entwickelt wird dabei nur vordergründig. Projekte werden durchgeführt und Werte erstellt, aber nicht angeeignet... nicht einmal von den Eliten des Entwicklungslandes. Entwicklungsplanung wird an ausländische Experten delegiert und dann von nationalen Experten verwaltet. Erfahrungsfelder und Lernprozesse werden an die Indutrieländer vergeben.
Die bisherige Entwicklungshilfe verfehlt in diesem Sinn den Punkt, wo die Entwicklungsländer die Hilfe brauchen. Sie verewigt Unterentwicklung.
Das Bewußtsein um diese Problematik scheint in den Industrieländern mittlerweile vorhanden zu sein, doch auch hier wird das Problem in Konferenzen und Institutionen mehr verwaltet als gelöst und mehr Umsatz gemacht als an richtige Einsichten umgesetzt.

Thomas Heinrich

Anmerkungen:

1) Tanzania, Second Five Year Plan for Economic and Social Development, 1969 – 1974", Vol. III, Chapter 1
2) Es muß betont werden, daß in Tansania i.V. zu den meisten Entwicklungsländern großartige Anstrengungen gemacht werden, ein flächendeckendes Netz von Schulen und Krankenhäusern über das flache Land hinweg zu erstellen.
3) Tansania „The Second National Sites and Service Project", World Bank Doc., p: i.: „between 40 % to 70 % of the residents of Tanzania's main towns are now living in uncontrolled, inadequately serviced squatter settlements."
4) C.I.D.A.-Report: „Integrated Rural Dev. Plan, Region Dar es Salaam", 1975
5) G. Tschannerl, The political Economy of Rural Water Supply Ekisties 254, 1977.
6) Haushaltsrede des tanzanischen Minister for Finance and Planing, Government Printer, 1978, p. 35.
7) Project Planning Associates, Masterplan Dar es Salaam, 1968, p. 116.
8) J. M. Doherty, Ideology and Town Planning in Tanzania, in: Journal of the Geographical Association of Tanzania, p. 79 ff.
9) Ministry of Manpower „Annual Manpower Report to the President", 1974, 3, IV.
10) J. S. Saul „High Level Manpower for Socialism" in „Socialism in Tanzani", Vol. II, p. 275 ff.
ders. „Class and Penetration in Tanzania", ebd., Vol. I, S. 118 ff.
L. Cliffe „The Policy of Ujamaa Vijijini and the Class Struggle in Tansania", ebd., Vol II, S. 195 ff.

Als Entwicklungshelfer in Peru

Als Entwicklungshelfer in Peru.

Dieser Bericht ist nach acht Monaten Aufenthalt in Peru als Entwicklungshelfer des deutschen Entwicklungsdienstes (DED) entstanden. Er ist die Zusammenfassung der Berichte und Briefe, die ich in der Zeit geschrieben habe, um mich anderen mitzuteilen, und auch des Rechenschaftsberichtes gegenüber dem DED. Er ist eine subjektive Wiedergabe meiner Erfahrungen und Gefühle. Oft ist es schwierig, die Widersprüchlichkeit der Verhältnisse und des Erlebten wiederzugeben, oft überwiegt die negative Seite, und es sieht alles sehr finster aus. Es fällt mir im Moment noch schwer, eine Ausgewogenheit zu finden und auch denjenigen der Entwicklungshelfer gerecht zu werden, die sich bemühten, auf die Verhältnisse und die Menschen in Peru einzugehen und eine sinnvolle Arbeit zu leisten. Auch gibt es Unterschiede zwischen den Ländern in Lateinamerika, Afrika oder Asien. Der Bericht ist aus der Situation in Peru entstanden. Inwieweit sich Parallelen zu andern Ländern ergeben, weiß ich nicht.
So habe ich denn 2 1/2 Monate Vorbereitung in Berlin hinter mir, einmal Sprache und dann Länderkunde, und 8 Monate Aufenthalt in Peru. Der Vertrag wurde in gegenseitigem Einverständnis mit dem DED beendet.
„Herausgegangen" bin ich mit einer Ideologie von Abenteuerlust und dem Gefühl, in Deutschland schleppt sich alles so sehr langsam hin, daß es kein Verlust ist, dort für eine gewisse Zeit zu verschwinden.

Warum geht man eigentlich „heraus"?

Dieses Herausgehen ist ein beliebtes Wort innerhalb des DED. Woraus geht man, und was will man eigentlich dort, wo man hingeht?
Darüber hatte ich mir wenig Gedanken gemacht, obwohl ich ausgezogen war, die „III. Welt zu entwickeln." Zurück ließ ich eine ungeklärte Beziehung; eine Beziehung zu einer früheren Freundin war schon wegen ihres Weggehens in den Entwicklungsdienst unaufgearbeitet geblieben.
Über das, was mich persönlich in Peru erwarten würde, hatte ich mir wenig Gedanken gemacht, ich dachte, es wird schon irgendwie gehen. Außerdem ist da der ganze Wust der Erziehung und unserer Kultur (der höheren), den wir unbewußt mitschleppen und der unabhängig von unserem Willen in der Tiefe steckt. Das sind dann Dinge wie: die farbige Frau als Sexualobjekt, unsere vermeintlich technologische Überlegenheit und die Abhängigkeit von einem Lebensstil, den wir bis in den letzten Winkel der Welt tragen.
Ich hatte mich schon früher mit den Fragen des Imperialismus und der abhängigen Länder beschäftigt, hatte Fanon gelesen und an der Uni über diese Themen gearbeitet. Aber außer in Marokko war ich in keinem anderen Land der „III. Welt" gewesen. Marokko war für mich als Touristen sehr deprimierend gewesen, so daß ich mir damals sagte, wenn schon in die „III. Welt", dann nicht mehr als Tourist, sondern um dort einige Zeit zu leben und zu arbeiten.

Dermaßen mit eigener Ideologie ausgestattet und in Berlin auf meinen Einsatz als Entwicklungshelfer „vorbereitet", kam ich im Januar in Lima an.

Lima: Das war erst einmal das große Erwachen.

Ich fand mich wieder vor einem Zerrbild der europäisch-amerikanischen Kultur, einem Zerrbild, in dem alles das überzeichnet war, was wir gelernt hatten, als negative Auswirkung dieser Coca-Cola- und Plastikwelt zu sehen. Da wurde von den Reichen gelebt nach der Devise „aus dem Wege, erbärmliche Kreatur, jetzt komme ich": Auto gefahren wie eine Sau, der Kellner herangepfiffen wie ein Hund, die Hausangestellten fast wie Sklaven gehalten und bezahlt mit 30,– DM im Monat und vieles mehr, was in Europa heute nicht mehr geht.
Da war dann auch Lima, ein zu Stein gewordener Alptraum, mit 5 Millionen Einwohnern, 1/3 der Gesamtbevölkerung Perus. Eine ähnliche Entwicklung soll es in allen anderen südamerikanischen Ländern ebenfalls geben. Es war in Berlin ein sehr einseitiges Bild geschaffen worden mit den Bewohnern der „III. Welt" als hilfsbedürftigen Wesen.
Ich hatte theoretisch von dem Widerspruch gehört, der zwischen dem Volk – hier den Indios – auf der einen Seite, und den Europäern und ihren Abkömmlingen auf der anderen Seite besteht. Zu letzteren sind auch die Entwicklungshelfer zu zählen.
Es waren drei Sachen, die die Situation für uns prägten, mit denen wir uns auseinandersetzen mußten.
– Die verfahrene politische und wirtschaftliche Situation im Land, wo die herrschenden Eliten nur mit Hilfe von außen an der Macht gehalten werden. Es sind wieder die Weißen, die Europäer, ihre Abkömmlinge und Zöglinge, die diese Schicht stellen. Die Industriestaaten vertreten nur ihre eigenen Interessen, obwohl sie vorgeben, humanitäre Hilfe zu leisten. Die Forderungen des Weltwährungsfonds sind eindeutig zu Lasten der Armen gegangen, die Reichen haben ihren Lebensstandard beibehalten. Die Preise für Essen haben sich in den letzten 2 Monaten zweimal erhöht, um ca. 15 %. Soviele Tagediebe und Nichtsnutze wie in den Europäervierteln in Lima habe ich noch nicht auf einem Haufen gesehen.
– Die Politik des DED, vertreten durch den Beauftragten (BA), der sich im Regelfall wenig um die Probleme der Entwicklungshelfer kümmert, dem sein eigenes Hemd am nächsten ist (ein BA soll je nach Land zwischen 6 500 (sechstausend) DM im Monat verdienen). In Peru betrieb er eine Politik der Befriedung, – hier ein neues Auto, dort eine neue Wohnung – und des gegenseitigen Ausspielens der Entwicklungshelfer. Das förderte zum Teil Mißgunst unter den Entwicklungshelfern.
– Die überdurchschnittlich gute materielle Situation der Entwicklungshelfer als dritter Faktor (in anderen Ländern sieht es wohl auch nicht wesentlich anders aus). Wir verdienten etwa doppelt soviel wie ein Universitätsprofessor und fünfmal soviel wie ein Lehrer in Peru. (Grundgehalt + freie Wohnung + Fahrzeug + sonstige Vergünstigungen).

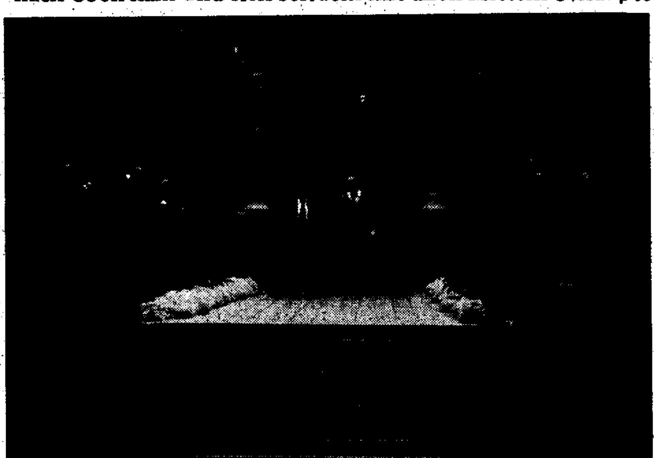
So gibt es innerhalb des DED die großen und kleinen Geschenke, mit denen Unzufriedenheit wieder in die richtigen Bahnen gelenkt wird. Und es ist in den Ländern noch schwerer, sich davon freizumachen. Da werden von den Autos nicht die sparsamsten Ausführungen gekauft, nein, ein Sechszylinder muß es schon sein, Diesel ist was für arme Leute, der hat auch keine Leistung. Wir sind die Gringos (von „green go"-greens waren die US-Soldaten in Mexiko),

wir haben es ja. Autos wie sie hier gefahren werden, kann sich in der BRD kaum einer der Entwicklungshelfer leisten. Und wie sollten wir uns auch von den Peruanern unterscheiden, wenn wir nicht die größeren Autos fahren?

Einige der Entwicklungshelfer gaben diese Ideologie auch bereitwillig weiter: Bist du lieb, so nehme ich dich in meinem Auto mit, bist du nicht lieb, so mußt du laufen. Auch eine Art, sich Zuneigung zu erwerben. Mit dem Auto wird dann auch entsprechend rumgerast, es gibt Leute, die haben ein Fahrzeug im „normalen" Fahrbetrieb in einem halben Jahr kleingekriegt.
Auch ein Beispiel ist die Benutzung von Flugzeugen. Weil die anderen Verkehrsmittel langsam und anstrengend sind, reisen wir halt mit dem Flugzeug. In Peru war das Fliegen billiger als hier das Bahnfahren. Nur daß wir uns damit anders fortbewegten als 95 % der übrigen Bevölkerung.

Entwicklungshilfe: Mehr Schaden als Nutzen.

Inzwischen stelle ich die gesamte Entwicklungshilfe vom DED über die Kirchen, bis hin zum GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) in Frage. Ich habe mehr Schaden als Nutzen gesehen. 95 % waren überflüssig. Zum anderen ist die Entwicklungshilfe auch eine freche Lüge der Industriestaaten, von dem Geld kommt höchstens 5 % an der Basis an, der Rest von 95 % wandert in die Taschen der Experten, Beauftragten, Entwicklungshelfer, der einheimischen Eliten, versickert in der Bürokratie.
Ich stand denn also in Lima und wußte nichts mehr zu sagen. Welchen Standpunkt sollte man einnehmen? Einige „erfahrene" gaben den Ratschlag: Warte erst einmal einige Zeit ab, dann gewöhnst du dich schon daran.
Auftragsgemäß sollten wir helfen, diese Welt zu entwickeln. Wo aber lagen denn die Ursachen für diese sogenannte Unterentwicklung der „III. Welt"? War es nicht unsere eigene Geschichte, die Geschichte Europas und der Eroberung der übrigen Welt, die diese Formen hervorgebracht hatte? Aufgeschlossene Peruaner kritisierten den Begriff „III. Welt". Ihr Land sei kein Land der „III. Welt", diese „III. Welt" sei nur eine Erfindung der Ideologen der reichen Länder, sondern es sei ein Land der Äquatorzone mit besonderen Problemen und zudem mit einer sehr unglücklichen Vergangenheit.
Dann kam der ganze Ärger mit dem Projekt, einem Ausbildungsprogramm auf dem Lande, wo wir zu dritt arbeiteten. Wir hatten bei unserer Ankunft, ein Entwicklungshelfer hatte dort schon seit 8 Monaten gearbeitet, das Gefühl, hier will uns eigentlich keiner, wir stören hier mehr, als unsere Anwesenheit erwünscht ist.
So wurde leider sehr schnell deutlich, welche Funktion unsere peruanischen Vorgesetzten uns zugedacht hatten. Es war nicht so sehr unsere fachliche Mitarbeit, die man erwartete, statt dessen sollten wir mit laufenden finanziellen Unterstützungen überhaupt eine Arbeit (sprich Auskommen und Daseinsberechtigung der peruanischen Bürokraten) ermöglichen. Wir aber wollten uns nicht zu der Rolle von Befehlsempfängern unseres Direktors degradieren lassen und zu Finanziers einer Politik machen, die absolut nichts mehr mit Hilfe für die Bauern, die Campesinos, zu tun hatte, obwohl jeder das Wort vom „Hermano campesino", dem „Bruder Bauer" im Munde führte und stetig neue Pläne gemacht wurden, wie man diese Leute ausbilden und ihnen zu ihrem Glück verhelfen sollte.
Es hieß zwar immer „con el campo y para el campo" (mit den Bauern und für die Bauern), aber der Satz scheint noch aus den Zeiten der Revolution von 1968 zu stammen, heute funktioniert Cencira, der Träger dieses Ausbildungsprogrammes, mehr als Kanalisator der Bauernbewegung, denn als Hoffnungsspender: „Wenn ihr dieses in der gezeigten Form macht, so wird es euch Gewinn bringen."
In der Wirklichkeit ging es mehr um eine Hilfe für die Bürokratie, für jene Schicht, die im Gefolge der Revolution 1968 nach oben kam und sich seitdem mit allen Mitteln behauptet.



Von den Geldern, die bei Cencira ankamen, schöpfte die Bürokratie in Lima 50 % ab, vom Rest die Bürokraten in Piura (das Zonalbüro) 25 % und von dem verbleibenden die Bürokraten des Ausbildungszentrums, (das waren aber nur drei) 20 %, und 5 % blieben für die Campesinos, für die, die eigentlich mit diesen Geldern unterstützt werden sollten.
Ich glaube nicht, daß es nur dort so ist, es ist wohl der Regelfall.
So ist dann dieses Projekt gestorben, es ist von beiden Seiten die Mitarbeit aufgekündigt worden, von den Peruanern, weil sie sich nicht in die Karten gucken lassen wollten, von uns, weil wir uns nicht zu Idioten in einer Regierungspolitik machen lassen wollten, die nicht auf Veränderung, sondern Stabilisierung, sprich Unterdrückung des Volkes, beruht.

Heute, nach nochmaligem Projektbesuch sehe ich, daß es die einzige Möglichkeit war, heil aus dieser Affäre herauszukommen, in die wir halb gewollt, halb ungewollt hineingeschliddert waren. Heute bin ich froh über diese Entwicklung.

DED: Kein Aufsehen, keine Öffentlichkeit.

In dem Konflikt kam denn auch die Struktur des DEDs sehr schön zum Vorschein. Alles muß glatt über die Bühne gehen, wenn möglich kein Aufsehen, keine Öffentlichkeit. Da ist es normalerweise der Zentrale in Berlin und dem BA lieber, einer vergammelt 2 Jahre und macht gar nichts, als wenn er den Mund aufmacht. Und wenn es dann gleich drei sind, ist das schon fast Aufruhr gegen die öffentliche Ordnung. Da ist es der Zentrale normalerweise egal, wie es den Entwicklungshelfern ergeht, wieviele anfangen zu saufen, ein total kaputtes Privatleben entwickeln, sich auf irgendeine Weise betäuben müssen. Die Hauptsache ist, daß die Statistik stimmt und die Gelder ordnungsgemäß verbucht werden gegenüber dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.
Ich frage mich auch, ist die Mitbestimmung der Entwicklungshelfer innerhalb des DED, die wir mit Händen und Füßen verteidigen, wirklich das Instrument, das uns weitgehende Einflußnahme erlaubt? Normalerweise läßt man Leute mitbestimmen (warum nicht eigentlich selbstbestimmen), wenn man ihre Aktivitäten in die richtigen Bahnen lenken will. So hatte der BA stets ein Vetorecht und gebrauchte dies entweder offen, oder auch manchmal nicht

offen. Bei uns sind Entscheidungen des Mitbestimmungsausschusses (MA) einfach übergangen worden. Plötzlich kam ein Entwicklungshelfer an, obwohl der MA gegen die Besetzung des Postens gestimmt hatte. Oder in einem anderen Falle, wo ein BA sein Veto ablegte bei einer Abstimmung darüber, ob Gäste an einer Sitzung teilnehmen durften. 13 waren für Teilnahme, der BA und noch einer dagegen. Da machte dann der BA von seinem Vetorecht Gebrauch und verbot den Gästen die Teilnahme.
Jedenfalls scheint mir in Peru, wenn man nicht allzuviele Zweifel hat, das Leben für uns erheblich leichter als in der BRD, jedenfalls dann, wenn man das Geld und die institutionelle Absicherung des DED im Rücken hat. Als Gringo ist man ja auch jemand im Land, so eine Art Erbadel, der sich erheblich von dem übrigen Volk, den eigentlich Einheimischen, unterscheidet.
Unser Verdienst, am Maßstab der BRD gemessen, mag niedrig sein, dort jedenfalls gehörten wir zu den Spitzenverdienern, die Arbeitszeit konnten wir uns in den meisten Fällen nach Gutdünken einteilen, sofern wir unsere regelmäßigen Zahlungen an die Spritkasse des Projektträgers und die sonstigen finanziellen Unterstützungen in genügendem Maße leisteten.
Wenn mehrere Entwicklungshelfer zusammensaßen, kam oft das Gespräch auf die politischen Verhältnisse in der BRD. Darauf, wie der Staatsapparat schon wieder weiter ausgebaut ist, wie wenig Freiheit man noch hat und daß man kaum noch in die BRD zurückkehren und dort leben könne. Gehen uns dabei nicht ein wenig die Maßstäbe verloren? Was sollen eigentlich die Peruaner sagen, die einem System unterworfen sind, welches erheblich härter zuschlägt, und welches auch im Rahmen der Entwicklungshilfe importiert wurde. Ich denke da an die Mithilfe der BRD bei Aufbau der Computerzentrale der Sozialversicherung, in die die Erkenntnisse des Bundeskriminalamtes Wiesbaden miteingeflossen sind. Diese Computerzentrale in Lima erfaßt nicht nur die Sozialversicherungsdaten, sondern dient ebenfalls zur Erfassung, Überwachung und Bekämpfung der politischen Gegener in Peru. Einem Druck von seiten des Staatsapparates waren wir dort nicht unterworfen. Wir hatten einen im Vergleich zur BRD sehr privilegierten Status. So hielt ich bei Kontrollen dem Polizisten oder dem Militär die Tajeta de Identidad, unseren Dienstausweis, unter die Nase und verwies, wenn er nicht gleich kapierte, energisch auf den Deutschen Entwicklungsdienst.



So haben „wir" in diesen Ländern einfach mehr Handlungsfreiheit. Da wo es in der BRD kaum noch Spielraum für eigenes Handeln und eigene Entscheidungen gibt, finden sich in den Ländern der Äquatorzone in dieser Hinsicht noch weiße Flecken. Wir sind ja auch nur einige Zeit im Land, und die Folgen unserer Arbeit sind für uns nicht spürbar, da können wir schon einige Fehler machen. Die BRD zahlt und macht Propaganda mit der Höhe der ausgegebenen Gelder, und die Einheimischen, hier die Indios, tragen die Folgen.
So überfiel uns manchmal die Angst, wenn wir unsere Gedanken auf die BRD und das Leben dort richteten: Angst vor dem Aufgeben des bequemen Lebens. Das mag auch erklären, warum einige Leute immer wieder verlängern und begierig darauf sind, aufs neue wieder als Entwicklungshelfer oder Experte (mit 5 000,– DM Monatseinkommen) in der „III. Welt" zu arbeiten. Von dieser Angst ist wohl keiner frei. Ich selber dachte manchmal auch, du könntest eigentlich noch in Peru bleiben.
Aber in Peru sind wir nur Gäste auf Zeit und werden in 2 Jahren keine Peruaner und auch dann nicht, wenn ich mir die Dortgebliebenen ansehe.
So ziehen wir uns denn mit dem Satz aus der Affäre: „Wir lernen hier schließlich, und das ist wichtiger als das andere, als hier zu helfen."

Aber auf wessen Kosten lernen wir hier eigentlich?

Ich selber habe immer auf Kosten derer gelernt, die auf der gesellschaftlichen Stufenleiter unten standen, ohne daß ich das Gefühl hatte, ihnen etwas Gleichwertiges wiederzugeben. Ich habe ein schlechtes Gefühl bei diesem Satz, wenn er zur Rechtfertigung unserer Anwesenheit benutzt wird.
Heute sage ich manchmal, es ist für das Land besser, wenn alle Gringos bis auf wenige Ausnahmen aus dem Lande verschwinden würden. Ebenso könnte die heutige Entwicklungshilfe weitgehend eingestellt werden ohne Nachteile für die wirklich Armen. Vielleicht würden die innenpolitischen Probleme auch etwas schneller gelöst, wenn die ausländische Hilfe nicht mehr käme und die heute herrschende parasitäre Schicht sich selber behaupten müßte, ohne Unterstützung von außen. Ohne diese Hilfe halten sie sich vielleicht noch drei Monate an der Macht, danach ist es aus. Wobei ich nicht sagen will, daß es keinerlei Hilfe der reichen für die armen Völker mehr geben sollte, im Gegenteil gibt es viel zu wenig.
Sagte eine Campesinofrau: „Für jede Million, die sie geben, wollen sie drei wiederhaben." Das Problem des Landes ist für mich auch nicht mehr seine Unterentwicklung, sondern



die falsche Verteilung des Reichtums. In Peru zählen 5 % zu den Reichen und 80 % liegen unterhalb der Armutsgrenze. Der Mindestlohn beträgt 2,20 DM am Tag und wird in vielen Bereichen wie bei Hausangestellten und Kellnern nicht gezahlt. Kinder bekommen Hühnerfutter, weil es das billigste eiweißhaltige „Essen" war. 25 000 offiziell

und inoffiziell wahrscheinlich einige mehr in Lima leben von der „Müllverwertung", davon, daß sie den Müll nach Eßbarem und Verwertbarem durchwühlen. Der Alltag ist stets von der Schizophrenie bestimmt, in einem Land zu leben, wo die Kinder vor Hunger sterben, und selbst lebt man wie in der BRD und sogar noch besser.



Wir sind in Peru mit dem Landrover bei Leuten vorgefahren, die 99 % ihrer Wege zu Fuß machen, und haben dort in Dörfern, zu 80 % ohne Strom und fließendes Wasser, Videokurse vorgeführt, die ich als Campesino als Verarschung empfunden hätte. Da hatten z. B. unsere Agraringenieure, Peruaner und Deutsche, in monatelanger Arbeit ein Begleitheft zu einem Kurs über Bananenanbau gemacht. In diesem Heft aber wuchsen alle Bananen von oben nach unten, statt wie in der Wirklichkeit von unten nach oben. Aufgefallen ist das erst, als sie den Kurs Bauern vorführten und die sich dann darüber kaputtlachten.
Es ging mehr darum, für die Statistik zu arbeiten und gegenüber der „Aktion für interamerikanische Entwicklung (USA)" als arbeitende Institution dazustehen und weiterhin Geld zu bekommen. Da war man dann auch nicht so genau bei der Führung der Bücher und hat die Teilnehmerzahlen der Kurse kräftig nach oben gesetzt. Statt unserer Videokurse wäre eine Schiefertafel und ein Stück Kreide angebrachter und sinnvoller gewesen.
In diesen Kursen ging es nicht um Veränderung oder Bewußtmachung der Verhältnisse, sie waren auf ein Zufriedenstellen der Armen ausgerichtet, sie sollten ihnen zeigen, wie sie mit dem wenigen, was sie haben, auch leben können und diese Welt als richtige und gerechte darstellen.



Meine emotionale Situation.

Ich bin bis auf wenige Ausnahmen emotional nicht ausgeglichen gewesen. Ich hatte große Schwierigkeiten, mich an das Leben der übrigen Europäer anzupassen. Auch waren die Beziehungen zwischen Peruanern (-innen) und Gringos fast nie gleichberechtigt. Oft waren es sehr materielle Verhältnisse, die mehr Geschäftscharakter hatten, als eine Beziehung zu sein.
Am Schluß bin ich nicht mehr an einer Frau vorübergegangen, ohne dabei ins Träumen zu kommen. Da hat es mich viel an Energie gekostet, nicht meinen eigenen Vorstellungen untreu zu werden und Beziehungen anzufangen, die eigentlich nur darauf hinausliefen, mit einer Frau – egal wie – ins Bett zu kommen. Da war es auch die Regel, daß sich Entwicklungshelfer halt für eine Nacht eine Frau kauften, das Angebot ist reichlich, und wir haben ja auch das Geld dazu. Meistens jedoch waren sie am nächsten Tag nicht ansprechbar, einige saßen still in der Ecke und hatten ihre Depressionen. Andere lachten die ganze Zeit wie Blöde. Aber wenn „man" das nächste Mal wieder getrunken hatte, zog „man" wieder los, eine Frau zu finden.

Das Fehlen von befriedigenden zwischenmenschlichen und sexuellen Beziehungen führt auf Dauer zu erheblichen Belastungen. Normal ist der Griff zur Flasche oder die Anpassung an die „Machokultur", den Männlichkeitswahn, oder man rennt jeder Touristin hinterher. Oder aber, ein ebenfalls beliebtes Mittel, man befrißt sich, frißt sich so mit kurzen Unterbrechungen durch das Leben. Da zählen auch für einige die Leute am meisten, die morgens einen Kasten Bier tranken, dann zur Arbeit gingen, mittags einen zweiten Kasten tranken und dann mit den Peruanern zum Puff zogen.
Ich stand da an dem Punkt, wo ich mir überlegte, ob diese Erfahrung es wert war, die letzten zwischenmenschlichen Beziehungen in Deutschland vor die Hunde gehen zu lassen, der Entscheidung, ob ich zu der Frau, mit der ich zusammengelebt hatte, weiterhin eine Beziehung aufrechterhalten möchte, oder darauf verzichtete der Exotik zuliebe.

Die Zeit war sehr widersprüchlich.

Einmal waren es sehr viele Frustrationen, die auftraten, dann aber auch viele Situationen, die mich sehr beeindruckten.
So bin ich in viele verschiedene Projekte gekommen und habe viele verschiedene Leute und Situationen gesehen. Vieles davon hat mich zum Nachdenken und Diskutieren angeregt. Dann aber kam der Punkt, wo ich anfing, an meine Grenzen zu stoßen, ich müde wurde und nicht dauernde Wechsel und Einstellen auf neue Situationen haben wollte.
Ich erinnere mich an den Karneval im Hochland, in den Anden. Tanzgruppen zogen mit Musik durch die Stadt, alles war sehr fröhlich, die Kinder spritzten mit Wasser und warfen mit Gips auf die Leute. Das waren dann die positiven Momente, die waren eigentlich immer, wenn man mit den einfachen Leuten zu tun hatte. Es war zwar schwer, mit den Leuten in Kontakt zu kommen, wir sind die Gringos, sind halt etwas Besseres. Aber wenn der Kontakt hergestellt ist, sind sie offen und freundlich, von einer Offenheit, die mir manchmal Angst machte. Ich dachte dann, was wollen die Leute von mir, sie führen irgend etwas im Schilde. Dabei war es aber nur Interesse daran, was der Gringo macht, wo er herkommt, wie es dort aussieht und was er über das Land und die Leute denkt. Es war gut, diese Offenheit zu erleben, einen recht unbefangenen Menschen vor sich zu haben, eine Erfahrung, die in der BRD recht selten geworden ist, ein gutes Mitglied der Konsumgesellschaft hat diese Eigenschaft nicht mehr.

Komm mit, sprach der Esel.

Für mich war das Abbrechen die einzige Lösung, ich wußte zwar nicht, was danach kam, aber dachte manchmal an den Satz der Bremer Stadtmusikanten: „Komm mit, sprach der Esel, etwas Besseres als den Tod werden wir überall finden." Es war durchzuhalten, aber um den Preis, dabei kaputtzugehen, das kann nicht der Sinn meines Lebens sein. Aber solche Art Frontkämpferbewußtsein ist im DED noch viel verbreitet.
Über all das zu reden, ist im DED oft schwierig. Keiner möchte sich eine Blöße geben, weil das, was er aus seinem Privatleben erzählt, von dem anderen gegen ihn verwendet werden kann. So entwickelt jeder einen „gesunden" Egoismus in seinem Verhalten und denkt, Hauptsache, ich komme über die Runden, egal wie und egal auf wessen Kosten. Da unterscheidet der DED sich in nichts von der übrigen Gesellschaft, trotz des Anspruchs, eine große Familie zu sein, wo jeder dem anderen gut gesonnen ist und nur sein Bestes will.
Ich weiß auch nicht, wie sich dies alles ändern läßt, ich habe dazu keine fertige Lösung in der Tasche. Ich hatte zuerst an eine Art Kulturaustausch gedacht zwischen den Ländern der Äquatorzone und den industrialisierten Ländern.
So etwa 6 Monate oder länger auf freiwilliger Basis direkt mit einem Partner zusammenarbeiten ohne die ganzen Privilegien. Das müßte aber schon direkt von Gruppen hier und dort organisiert sein, ohne die jeweiligen Regierungen. Dieser Vorschlag ist aber heftig angegriffen worden in den bisherigen Diskussionen. Es würden bei den Menschen, wenn sie uns besuchen, nur Wünsche geweckt, sie würden verunsichert. Ich sehe das auch ein. Aber ich sehe nicht ein, daß nur wir das Recht haben sollen, dort zu leben oder dorthin als Tourist zu fahren. Da bleibt ein Widerspruch. Denn was für uns gilt, muß genauso für die Menschen der Länder dort gelten. Das ist zwar schwer in solch einer ungleichen Welt, aber wir können nicht für uns Privilegien beanspruchen, die wir den anderen verweigern, und das tun wir, als Tourist oder als Entwicklungshelfer.

Manchmal denke ich, es hat sich nicht viel geändert. Früher ist die „junge" Generation ausgezogen, den Heidenkindern das Himmelreich zu bringen, die einen jedenfalls, die anderen wollten nur Geschäfte machen. Heute sind wir immer noch da, die einen mit ihren Geschäften und die anderen mit ihrer Kultur und wollen die Leute entwickeln. Wir mit „unserer" Kultur, die es immerhin geschafft hat, in einem halben Jahrhundert zwei Weltkriege hervorzubringen, und sich auch sonst durch ihre Destruktivität auszeichnet.
Manchmal, wenn ich etwas gemacht hatte oder nur dagesessen bin oder mich mit Leuten unterhalten hatte, dann hatte ich ganz plötzlich das Gefühl, „jetzt gehst du bald aus Peru weg und gehst nach Deutschland zurück." Das ist dann ein gutes Gefühl gewesen. Und die eigenen Gefühle sollte man eigentlich beachten.

Eins bleibt vielleicht noch zu sagen. Es ist für mich ein Problem gewesen, bei diesem Abbruch nicht vor mir selber als Versager dazustehen. Auch wenn ich mir sage, du brichst ab, schmeißt die Brocken hin, wenn es nicht hinhaut, ist da die ganze Erziehung und auch die Strukturen innerhalb des DEDs, die einen zum Durchhalten auffordern.

Walter Scheier

„ENTWICKLUNGSHILFE" DER BUNDESREPUBLIK AUCH FÜR PERU

Rheinstahl-Polizeipanzerfahrzeuge beobachtete Polizei-Oberkommissar Heinrichs im Einsatz gegen streikende Lehrer und Minenarbeiter in Peru bei einem Freundschaftsbesuch deutscher Polizeibeamter. Sein Bericht:
(Aus: Bereitschaftspolizei heute, Heft 12/1979)

„Von Lima wollten wir mit dem Bus nach Cuzco im Hochland fahren, man riet uns wegen der Streiks ab. Die Minenarbeiter und die Lehrer streikten, wie schön fü die Schulkinder. Die Auswirkungen waren auch in der Stadt zu sehen. Überall standen Polizei- und Sonderwagen, UR 416, ein deutsches Fabrikat. Sobald sich auf der Plaza des Armas mehr als drei Personen zusammenstellten, kamen die Polizisten und trieben sie auseinander."

Dieser Polizei-Panzerwagen, von Rheinstahl in einer Auflage von über 500 Exemplaren seit 1969 auf Grundlage eines Mercedes-Benz-UNIMOG-Fahrgestells gebaut, wird wahlweise mit 20 mm Kanonen oder Maschinengewehren ausgerüstet und wird nach Angaben von JANE's INFANTRY WEAPONS, Ausgabe 1978, hauptsächlich für den inneren Einsatz genutzt.

SOLIDARIDAD

Die Kath. Studentengemeinde Münster gibt seit Januar 1980 eine auszugsweise Übersetzung der „Solidaridad" heraus. Solidaridad ist das Publikationsorgan des Solidaritätsvikariats in Santiago de Chile. Die Solidaridad erscheint in Chile vierzehntägig und hat eine sehr hohe Verbreitung. In der Solidaridad wird die Verletzung der Menschenrechte in Chile öffentlich angeprangert; Solidaridad berichtet über den Kampf der Angehörigen Verhafteter, Verschwundener um die Wahrheit ihrer Angehörigen, über die Massengräber mit den Leichen Verhafteter Verschwundener, darüber, wie das Militärregime die Mörder der Verhafteten amnestiert, über willkürliche Verhaftungen und Folter in den Gefängnissen. Ein wichtiger Punkt der Berichterstattung ist die Situation der Gewerkschaften (Einheit der Gewerkschaften, Streiks, etc.).
Diese Tatsachen werden immer auf dem Hintergrund ihrer Bedingungen, völliger wirtschaftlicher Liberalität und Kapitalkonzentration, reflektiert.
Die wichtigsten Stellungnahmen der Kirche werden vollständig wiedergegeben.
„Solidaridad auf Deutsch" bringt monatlich eine Übersetzung der 9-10 wichtigsten Artikel sowie eine Zusammenfassung der Nachrichten, die in der deutschen Presse nicht erschienen. Entscheidend ist, daß dies Texte sind, die in Chile geschrieben und gedruckt werden unter den Bedingungen der Militärdiktatur. „Solidaridad auf Deutsch" ist nicht einfach eine weitere Zeitung über ein Land der Dritten Welt, sondern die Wiedergabe authentischer, in Chile gedruckter Texte.
„Solidaridad auf Deutsch" kann bei der KSG Münster, Frauenstr. 7, 4400 Münster, zum Jahrespreis von 20,00 DM (ermäßigt 12,00 DM) abonniert werden.

Frauenprojekt in Nicaragua

Wir haben uns von Anfang Februar bis Anfang Juni dieses Jahres in Nikaragua aufgehalten und u.a. ein Frauenprojekt besucht, das sich mit der Rehabilitierung minderjähriger Prostituierter beschäftigt. Das Projekthaus, das vor dem 19. Juli 1979 einem hohen General gehörte und heute der Projektarbeit zur Verfügung steht, befindet sich in Corinto, der größten Hafenstadt Nikaraguas (22 000 Einwohner). Für drei Jahre hat Miserior die Finanzierung übernommen (Personalkosten Lebensmittel, Licht, Gas und Wasser), danach wird Selbstfinanzierung angestrebt. Die Leiterin des Projekts ist die Chilenin Juana Rojas, die auf Grund ihrer politischen Arbeit Chile verlassen mußte und fünf Jahre in der Bundesrepublik Deutschland im Exil lebte. Schon in Chile hat sie in der Arbeit mit Prostituierten Erfahrungen gesammelt. Anfang dieses Jahres plante sie mit den zuständigen nikaraguanischen Behörden das Projekt in Corinto, das sich zum Ziel setzt, den 15 - 18jährigen Frauen nicht nur eine Beschäftigungstherapie anzubieten, sondern mit ihnen eine neue Lebensperspektive zu entwickeln. Die Frauen sollen in einer Zeit der Ruhe sich selbst finden, ihre eigenen Fähigkeiten entdecken und unterschiedlichste Sachen erlernen können

Situation der Prostitution in Corinto

Die wesentlichen Gründe der Prostitution liegen in der ungesicherten sozialen und finanziellen Situation der Frau. Da es fast keine Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Frauen gibt, ihr Selbstbewußtsein unterentwickelt ist und der Machismus seine Blüten treibt, existiert eine enorme ökonomische und soziale Abhängigkeit der Frau vom Mann. Auf Grund gänzlich fehlender Familienplanung haben die Frauen viele (oft ungewünschte) Kinder. Sie sind für den Unterhalt ihrer Kinder meist selbst verantwortlich weil ihre Männer sie „sitzenlassen", selbst keine Arbeit finden und/oder Alkoholiker sind etc.. Gefördert wird die Prostitution in Corinto zudem durch den Hafen, in dem Matrosen täglich „ihre" Prostituierten suchen.

Die Zahl der in Corinto praktizierenden Prostituierten nimmt zu. Der größte Teil der Frauen ist unter zwanzig Jahre alt. Die Zeit, in der sie schon als Prostituierte arbeiten, bewegt sich zwischen einem Monat und fünf Jahren. 80 % der Frauen haben Kinder, meistens mehr als eins. 90 % der Frauen sind geschlechtskrank. Schon Kinder sind mit Gonorrhoe in den Augen geboren worden. Die Krankheit wurde durch Ehemänner übertragen, die mit Prostituierten Kontakt hatten.

Im August 1979 wurde in Nikaragua die Prostitution verboten. Eine druchgreifende Änderung der Situation dieser Frauen wurde damit noch nicht erreicht. Das Projekt in Corinto stellt den ersten größeren Versuch dar, eine Grundlage für strukturelle Veränderungen zu schaffen.

Aufbau des Projekts

Es gibt kein Material zum Thema Prostitution, weder allgemeines noch über die spezielle Situation in Corinto. Juana mußte eigenständig die Situation in Corinto kennenlernen. Sie nimmt Kontakte zu den jungen Prostituierten auf, indem sie die einschlägig bekannten Restaurants, Geschäfte, ehemalige Bordelle und den für Untersuchungen verantwortlichen Arzt besucht.

Auf örtlicher Ebene wurden die Bewohner des Viertels, in dem das Projekthaus liegt, und das entsprechende Stadtviertelkomitee über das Projekt informiert, als auch eine Unterstützungsgruppe für das Projekt gebildet, in der alle politischen Organisationen (Frauenorganisation, Gewerkschaften, sämtliche Stadtviertelkomitees, die örtliche Junta, die Polizei etc.) vertreten sind. Diese Unterstützungsgruppe trifft sich wöchentlich, um die Ziele des Projekts zu diskutieren, insbesondere geht es dabei um einen Lernprozeß bezüglich der zu verändernden Rolle des Mannes, die nächsten Schritte zu besprechen und anfallende Arbeit auf alle Organisationen zu verteilen.

Seit Anfang Mai leben die ersten drei Frauen im Projekt, von denen zwei 15jährige momentan an der Alphabetisierung teilnehmen, weil sie nie zur Schule gehen konnten. Das häusliche Leben wird von allen gemeinsam organisiert, gekocht und geputzt wird abwechselnd. Außerdem besteht schon ein Näh- und Gitarrenkurs, andere werden folgen.

Zu diesem Zeitpunkt sind zudem vier Kleinbetriebe geplant, in denen die Frauen sich qualifizieren und arbeiten können und durch die sich das Projekt auf Dauer finanzieren soll. Ziel ist, innerhalb der nächsten drei Jahre, sowohl auf eine Selbstverwaltung als auch auf eine Selbstfinanzierung durch die Frauen hinzuarbeiten.

Die Kleinbetriebe sollen bestehen aus:

– einer Küche zur Herstellung von Brot, Bananen- und Kartoffelchips, Kuchen etc.,
– einer Nähwerkstatt,
– einem Gefrierraum für die Herstellung von Eis und Säften (in Corinto ist es tropisch heiß),
– einer Werkstatt zur Herstellung von kunstgewerblichen Produkten.

Die Produktion dieser Kleinbetriebe ist auf den Bedarf der Bewohner Corintos abgestimmt.

Zur Realisierung dieser vier Kleinbetriebe fehlt aber noch das Geld!!!

Außerdem fehlen Medikamente (hauptsächlich Antibiotika gegen Geschlechtskrankheiten), Kleidung für die Frauen und ihre Kinder Informationsmaterial (in Spanisch!) über Verhütung, Sexualität, Geschlechtskrankheiten etc..

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, das beschriebene Frauenprojekt zu unterstützen:

1. Ihr könnt direkt Kleidung, Medikamente und Geld an die folgende Adresse schicken (läuft über Caritas nur deshalb, weil so kein Zoll bezahlt werden muß)

   CARITAS NICARAGUA
   Para Paroquia Santo Tomas
   Corinto
   Nicaragua
   Hogar de la Capacitacion y Communicacion Social
   Konto: 6202 Banic, Corinto Nicaragua,
   Juana Rojas

2. Ihr könnt in Euren Solidaritätsgruppen eine kontinuierliche Unterstützung für dieses Projekt leisten. Weiteres Informationsmaterial könnt Ihr bei uns bekommen.

Hanna Wüppen und Brigitte Hasenjürgen
Uppenbergstr. 16
4400 Münster
Tel.: 0251/272989

BRASILIEN

Großtechnische Entwicklungsprojekte oder Folgen staatlicher und internationaler Entwicklungsvorhaben

DER SOBRADINHO – STAUSEE IN BRASILIEN

Ein Entwicklungshilfe-Projekt für das Kapital und gegen das Volk

Im Nordosten Brasiliens, in der Nähe der Ortschaften Juazeiro/Bahia und Petrolina/Pernambuco, befindet sich heute einer der größten Stauseen derWelt, der Sobradinho-See. Die Bauarbeiten zu diesem etwa 300 km langen und stellenweise über 30 km breiten See wurden 1973 begonnen und sollen 1981 beendet sein. Finanziert wird dieses gigantische Projekt, das über eine Milliarde US-Dollar kosten wird – Brasilien ist bereits mit über 40 Mrd. US-Dollar verschuldet, bei einem Staatshaushalt von ca. 30 Mrd. US-Dollar – mit Krediten der Weltbank (multilaterale Entwicklungshilfe), der Kreditanstalt für Wiederaufbau (bilaterale Entwicklungshilfe der BRD), der Deutschen Bank u.a.
Im Bereich der Stromerzeugung ist die Firma Siemens beteiligt. Es handelt sich also um ein Projekt mit starker bundesrepublikanischer Beteiligung. Nicht verwunderlich, ist Brasilien doch seit jeher ein Lieblingsland bundesdeutscher Kapitalinteressen. Immerhin geht es in diesem Fall um eine harmlosere Art der Energiegewinnung im Gegensatz zu den atomaren „Bomben"geschäften, die den Bau der Atomreaktoren im Süden des Landes zur Folge hatten. Doch wo auch immer die deutsche Hilfe „hinschlägt", da werden die Interessen der verarmten Massen „getreten".

Vertreibung der Menschen
So wurden durch die Stauung des Sao Francisco über 100 000 Menschen vertrieben, die in der Regel nur eine Entschädigung für die Ernte auf dem enteigneten Boden erhielten. Nach Angaben des Bischofs von Juazeiro, Jose Rodrigues de Sousa, verlief die Umsiedlung unter chaotischen Umständen und brachte „für die Mehrheit der Betroffenen weder eine ausreichende Entschädigung noch neue Wohngebiete".
Jairo Rodrigues, einst Fischer und Bauer am Sao Francisco-Fluß, schildert die Vertreibung so: „Vor der Überflutung lebten viele von uns während geraumer Zeit nur noch zwischen Tür und Angel, bereit wegzugehen. Aber mit der winzigen Entscädigung, die es für die überflutete Wohnstätte gab, konnte man kaum den Transport für den Umzug bezahlen. *Manche waren so entmutigt, daß sie Selbstmord begingen:* einen Strang nahmen, in den Busch gingen und sich erhängten." Während der Bauarbeiten am Staudamm starben bis heute 60 Arbeiter, über 300 wurden schwer verletzt.
Ein eisverkaufender Junge trat auf ein freiliegendes (!) Starkstromkabel und starb. Vielleicht wird man ihnen ein Denkmal setzen: Sie starben für den Fortschritt unseres Vaterlandes, oder ähnlich. Von Mord aus Kapitalinteressen – denn geringere Arbeitsschutzmaßnahmen erhöhen schließlich den Profit – wird nicht die Rede sein.

Stromerzeugung und Bewässerung
Zwei Ziele verfolgt das Sobradinho-Projekt: *Stromerzeugung* für die Industriezentren, die der Bevölkerung in den Städten dienen wird, den Vertriebenen in aller Regel wohl kaum zugute kommt. Und zum anderen werden große *Bewässerungsprojekte* unter der Leitung der staatlichen Entwicklungsorganisation Companhia de Desenvolvimento do Vale Do Sao Francisco (CODEVASF) durchgeführt, um Exportgemüse (Auberginen, Melonen, Tomaten u.a.) anzubauen. Vor allem aber soll Zuckerrohr angebaut werden, um Alkohol als Benzinersatz herzustellen. Dazu Peter von Gunten: „Das Zuckerrohr wird zu Alkohol verarbeitet, der seinerseits als Benzinersatz Verwendung findet. Die brasilianische Regierung hat mit Vertretern der Automobilindustrie (vorab VW und Fiat) bereits ein Abkommen über die Produktion von 900 000 alkoholbetriebenen Fahrzeugen im Zeitraum zwischen 1980 und 1982 sowie über die Umstellung von 190 000 benzinbetriebenen Wagen zwischen 1981 und 1982 geschlossen. Staatspräsident Joao B. Figueiredo erklärte bei der Vertragsunterzeichnung, bei der Entwicklung von Alkohol-Motoren handle es sich um einen 'endgültigen Beschluß' der brasilianischen Regierung (Agenturmeldung vom 21.9.1979). Figueiredos Staatskarosse wurde bereits auf den Betrieb mit reinem Alkohol umgebaut, und auch die Autos der Telefongesellschaft von



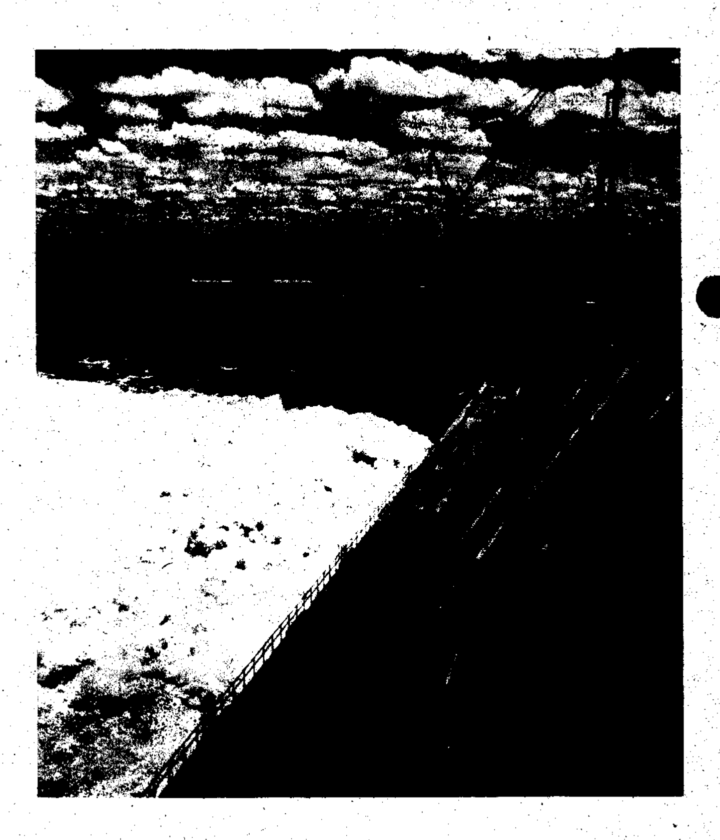
Sao Paulo rollen mit reinem Alkohol. Brasilien tätigt denn auch weltweit die größten Investiti onen für die Alkoholwirtschaft. Bis 1985 rechnet man mit einer Produktionskapazität von fünf bis zehn Milliarden Liter Alkohol. Dafür müssen nach vorläufigen Schätzungen rund fünf Milliarden Dollar aufgewendet werden. Wieviel Land der Nahrungsmittelproduktion für die hungernde Bevölkerung entzogen wird steht nirgends geschrieben. Nach offiziellen Studien werden weite Teile des neubewässerten Landes am Sao-Francisco Gebiet infolge Monokultur und damit verbundener Erosion in spätestens 20 Jahren kaputt sein, unbrauchbar; weniger optimistische Schätzungen sprechen von fünf bis zehn Jahren. Die Zuckerrohrpflanzungen werden 'wandern' müssen und mit ihnen die im Taglohn beschäftigten Zuckerrohrschneider. Die Arbeiter auf den bereits bestehenden und zukünftigen Zuckerrohrfeldern rekrutieren sich aus den Kleinbauern-Gemeinden, die einst auf dem jetzt bewässerten Gebiet existierten (und teilweise noch heute harte Kämpfe um ihre Existenz führen). Im Zuge der Bewässerung werden nämlich auch in diesem Gebiet des Sao Francisco-Tales unzählige Familien vom Land vertrieben, das sie seit Jahrzehnten oder sogar seit Jahrhunderten bewohnen und auf oft gemeinsamer Basis bewirtschaften."

Brief an den Oberintendanten des Sobradinho-Projektes

„Campo Grande, 14.9.1979 – Alle Leute, die wir vom Rio de Sao Francisco aufgrund des Staudamms von Sobradinho vertrieben wurden, alle leiden wir, da wir kein Wasser, keine Schule besitzen, keine Hilfe zum Häuserbauen bekommen, keine ärztliche Versorgung haben, es gibt viele kranke Leute hier, die keine Möglichkeit haben, sich behandeln zu lassen. Wir haben keine Straßen, nichteinmal Wasser haben wir in dieser Gegend. Stellen Sie sich nur vor, daß eine Frau auf ihrem Kopf 6 km weit Wasser transportieren muß, dieselbe Frau, die früher am Fluß mit ausreichend Wasser gelebt hat. Viele Leute haben kein Haus, andere kein Land. Sie sollen wissen, daß diese Leute, von ihrem Land aufgrund des Staudamms vertrieben, jetzt vor Hunger sterben, sie sind jetzt mittellos, ohne jegliche Hilfe.
Wir bitten um Behandlung dieser Angelegenheit!

(es folgen 73 Unterschriften von Familien, darunter 30 Analphabeten – Anm. d. Übers. G.R.)

Wem bringt Sobradinho den Fortschritt?
In einem Interview mit der „Stimme von Sao Francisco" sagte Bischof Rodrigues am 3.6.1979: „Bisher waren sie (die Bauern im Gebiet des Stausees) immerhin selbständige Kleinbauern; nun werden sie zu Lohnabhängigen – wenn sie überhaupt Arbeit bekommen – und zu 'boias frias' (kaltes Geschirr – so werden im Nordosten die Tagelöhner genannt) gemacht. Für die großangelegte Zuckerrohr-Produktion ist technisches know-how und viel Kapital notwendig. Der Kleinbauer wird weiterhin ohne Zugang zu Bankkrediten und ohne technische Hilfe bleiben; diese sind für die Reichen für die Besitzenden." Jose Francisco, Präsident der Nationalen Bauern- und Landarbeitergewerkschaft CONTAG schätzt die Auswirkungen so ein: „Projekte wie Sobradinho verschlimmern die sozialen Probleme im Nordosten, statt zur Entwicklung der Bauerngemeinschaften in dieser Gegend beizutragen. Sie vertreiben die Kleinbauern und machen aus dem geraubten Land große Unternehmen, um noch mehr Exportprodukte anzupflanzen. All diese Projekte werden hinter verschlossenen Türen von Bankiers, Unternehmern und Vertretern von Multinationalen ohne geringe Beteiligung des brasilianischen Volkes diskutiert. Genau deswegen aber, weil die Bevölkerung immer am Rande solcher Diskussionen bleibt, ist sie am meisten betroffen von den Folgen wie Lebensmittelverteuerung und Verschlechterung der Lebensmittelversorgung."



Der Widerstand wird mit brutaler Gewalt gebrochen
Was mit den Bauern geschieht, die auf ihrem Recht beharren, berichtete Bischof Rodrigues Ende November 1979 im Radio: „Ich habe Euch eine sehr schlimme Mitteilung zu machen: Es ist der barbarische Mord am Landarbeiter Jaime Barbosa dos Santos. Jaime wurde am 17. November mit 23 Messerstichen, zehn davon in die Kehle, getötet, abends auf der Verbindungsstraße von Sitio Santo Antonio nach Vermelho, jenseits des Flusses. Der ermordete Landarbeiter zählte 40 Jahre und hinterläßt vier kleine Kinder und eine Frau, die im achten Monat schwanger ist. (...) In Jaimes Gegend spielt sich – wie an unzähligen anderen Orten – Landraub im großen Stil ab, dort im speziellen verknüpft mit dem Unternehmen Agro-Cica. Jaime erwies sich stets als mutiger Kämpfer, der sich zusammen mit anderen Genossen für die Rechte der Bauern und Landarbeiter einsetzte und so mit den Bodenspekulanten in Konflikt geriet."
Die Landarbeiter-Gewerkschaft forderte: „Solche Morde kommen nicht nur hier, sondern in ganz Brasilien vor, wo die Kleinen von den Großen niedergemetzelt und die Ver-

brechen oft vertuscht, die wirklich Schuldigen geschont werden (...) Es war nicht nur die Absicht, Jaime zu töten, sondern gleichzeitig den Kampf der Bauern um ihr Land zu ersticken." Während der Totenmesse für den Ermordeten, vor einem winzigen Schulhaus an einem abgelegenen Ort, ergriffen Freunde und Kollegen von Jaime das Wort: „Laßt uns standhaft bleiben! Das Blut von Jaime soll Kraft zum Kämpfen geben, damit der Zaun nicht weiter errichtet wird. Das Land soll dem gehören, der es bebaut.

Aufruf an alle Freunde und Genossen!
Wir wissen, daß die Bedingungen, unter denen die Arbeiter heute leben, sehr schwierig sind, eine große Misere, die uns jeden Tag umgibt, sei es auf dem Land oder in der Stadt, ohne daß auch nur die Aussicht auf Besserung besteht. Die Arbeiter wurden von den großen inländischen und ausländischen Firmen von deren „grileiros" (gekaufte Polizisten) von ihrem Land vertrieben. In der Stadt wie auf dem Land gibt es nur Hungerlöhne, so daß die Misere der Arbeiterklasse immer mehr zunimmt, die eine kleine Minderheit verursacht, die die Arbeiter immer mehr ausbeutet.
Deshalb wehren sich die Gemeinden von LAGINHA, CARNEIRO, LAGES, GANGORRA, CARNAIBA DE DENTRO, BOA SORTE, CURRAL VELHO, SOSSEGO, SAQUINHO, UNIAO, BOA ESPERANCA, BOM JARDIM, SINDICATO DOS TRABALHADORES RURAIS DE JUAZEIRO (Gewerkschaft der Landarbeiter von Juazeiro) COMMISSAO PASTORAL da TERRA (Pastorale Kommission für Landprobleme) gegen die große existierende Ausbeutung der Arbeiter, vor allem der Landarbeiter und posseiros (besitzlose Landarbeiter) der betreffenden Ortschaften, die seit zwei Jahren aufgrund ihnen vorgetäuschten Verbesserungen für diese Region um ihr Land kämpfen. Dabei ist zu sagen, daß ein großer Teil der Tierhaltung reduziert werden mußte, da das Land, Straßen und Wasserstellen eingezäunt wurden.
Der Fall ist vor Gericht gebracht worden, jedoch steht der Richter nicht auf seiten der Arbeiter sondern diffamiert sie, indem er sagte, sie seien Analphabeten. In der Verhandlung bestätigte er eindeutig, daß er beim Urteil diese „grileiros" begünstigen werde. Einige Genossen sind schon verhaftet worden, andere wurden in der örtlichen Polizeistelle eingeschüchtert. Jedoch die Einheit und die Hilfe, die ihnen zukommt, läßt ihre Kraft wachsen, um in der Hoffnung weiterzukämpfen, daß das Gesetz über Grund und Boden berücksichtigt wird. Unsere Hoffnungen leben und werden nicht sterben, weil wir dem Kampf der Arbeiter vertrauen, damit wir eines Tages in Würde und als menschliches Wesen leben können.
Wir rufen all diejenigen auf, die glauben, daß dieser Kampf gerecht ist, Briefe, Telegramme und andere Formen der Hilfe und Solidarität an folgende Adressen zu richten: Sindicato dos Trabalhadores Rurais de Juazeiro, Rua Carmela Dutra, S/N, JUAZEIRO-BA – CEP 48.900. Möge der Kampf für die Rechte der Arbeiter anerkannt werden und seine Einheit und Organisation sich vergrößern, damit die Ungerechtigkeiten, denen sie ausgesetzt sind, beseitigt werden.
Juazeiro, den 21.9.1979 (es folgen die Unterschriften der o.g. Ortschaften und Vereinigungen) (Anm. des Übers. G. R.)

Wir brauchen das Land und nicht jene, die ihr Geld investieren wollen! Wir müssen uns zusammenschließen und uns gegenseitig Kraft geben. Wer weiß, vor wessen Tür sie morgen einen Zaun errichten? Es kann der Große kommen, unser Land wegzunehmen. Und wohin dann? Was tun? Das Problem von Jaime ist unser aller Problem. Jeder von uns kann eines Tages aus dem Hinterhalt angegriffen werden. Wir müssen vereint bleiben. vereint unser Recht verteidigen!"

Schließen wir uns diesem Kampf an!
Dies ist auch eine Aufforderung für uns. Die mordenden Handlanger der Technokraten sind Bestandteile eines Entwicklungs„hilfe"-Projektes, das mit bundesdeutschem Kapital unterstützt wird. Der Tod Jaimes muß zu Anklagen hier bei uns führen. Anklagen müssen wir die, die in den Entwicklungsbanken sitzen, in den Konzernen, und die nie etwas wissen, die nie Verantwortung für die Taten übernehmen wollen. Hier bietet sich die Gelegenheit, exemplarisch gegen die bundesrepublikanische Ursache der Unterdrückung der Dritten Welt vorzugehen. Wir rufen Gruppen und Einzelpersonen auf, sich an einer Aktion gegen deutsche Unternehmen/Institutionen des Sobradinho-Projektes zu beteiligen. Die ila könnte Informationsdrehscheibe sein. Interessenten wenden sich bitte an die ila unter dem Stichwort „Sobradinho". Vielleicht können wir auf einem Seminar klären, wie wir am besten vorgehen, um eine Entwicklungshilfe, die am Tode Jaimes mitschuldig ist, zu bekämpfen.
Die Unterstützung der Befreiungskämpfe in der Dritten Welt ist ganz sicher sehr wichtig, wie momentan in El Salvador. Doch hüten wir uns davor, über diese Unterstützung hinaus den Feind neben uns in eigenem Lande zu vergessen, der die Unterdrückung in der Dritten Welt mit verursacht, ja, in den meisten Fällen festigt und manchmal sogar erst möglich macht. Eine einseitige Solidarität ist unglaubwürdig, die unsere Freunde in Lateinamerika im Kampf unterstützt, in dem viele ihr Leben lassen, während wir aus Angst vor Repressionen, etwa im Beruf, Angst haben, die Schreibtischtäter im eigenen Land anzuklagen. Das Blut von Jaime soll auch uns „Kraft zum Kämpfen geben", denn wer weiß, „vor wessen Tür sie morgen einen Zaun errichten?"

Siegfried Pater

Anmerkung:

Am 24.10.1980 um 20.15 Uhr wird im WDR III der Film zu diesem Thema „Terra roubada (Geraubte Erde)" von Peter von Guten; in den anderen Dritten Programmen (ohne Bayern) wird der Film ein paar Tage früher oder später gezeigt.
Am 10.10.1980 erscheint bei Rowohlt das rororo-Sachbuch „Entwicklung muß von unten kommen", Hrsg.: Joachim Dennhardt/ Siegfried Pater, mit weiteren Informationen zu Sobradinho.
Peter von Gunten hat für diesen Artikel freundlicherweise Materialien von seinen Dreharbeiten in Sobradinho zur Verfügung gestellt.
(aus: ila-info, Nr. 34, April 1980, leicht gekürzt vom iz3w)



Rüstungsimport und Industrialisierung

Herbert Wulf, Rüstungsimport als Technologietransfer – Die negativen Auswirkungen von Rüstungsimporten auf die Industrialisierung in Peripherieländern, Weltforum Verlag, München und London 1979, 416 Seiten, 64,– DM

Der Autor Herbert Wulf, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, behandelt nicht die vieldiskutierte Problematik der Rüstungsexporte aus der Sicht der Industrieländer. Sein Ziel ist vielmehr, die Auswirkungen von Rüstungsimporten auf die Industri alisierung der Entwicklungsländer zu beleuchten. Diese Betrachtungsweise fand bisher in Büchern und Zeitschriften wenig Beachtung. Es soll im folgenden auf einige wesentliche Aspekte des Buches eingegangen werden.

Rüstungstransfer teilt sich nach Wulf in Transfer von Produkten, Produktionsanlagen, Know-how und Personal. Hinzu kommen noch technische Serviceleistungen, Ausbildungshilfe und der militärisch-bedingte Rüstungstransfer im zivilen Sektor. Letzterer besteht nur indirekt aus militärischen Importen und bildet sich im Zuge militärischer Prioritätensetzung beim Aufbau der Industrie, der Infrastruktur und des Ausbildungssektors. Seine Finanzierung erfolgt daher nicht aus dem Militärbudget. Diese Definition erlaubt dem Autor, über weitreichende Folgen von Rüstungsimporten in den Entwicklungsländern Aussagen zu treffen.

Im ersten Kapitel schneidet Wulf das Problem der Abhängigkeit zwischen Entwicklungs- und Industrieländern an. Im Rüstungsbereich besteht nach Ansicht des Autors eine besondere Abhängigkeit zwischen Entwicklungsländern und westlichen Industriestaaten auf Grund der Konzentration und Monopolsituation der Hersteller. Durch eine Diversifizierung der Bezugsquellen und eigene lokale Rüstungsproduktionen haben Dritte-Welt-Länder versucht, die Abhängigkeit zu verringern. Die technische Entwicklung der Waffen verhindert aber den Abbau der Abhängigkeit: der Ersatzteilverbrauch ist hoch, Kriegsgerät bedarf intensiver Wartung und die Lebensdauer hat sich extrem verkürzt.

Weiter geht der Autor auf das Militarismusproblem ein. Das Militär nimmt in Entwicklungsländern auch zivilstaatliche Funktionen wahr, weil es der organisatorisch am besten funktionierende Apparat im Staat ist. Die Unterstützung durch Firmen und Parteien aus Industrieländern ist den Militärs sicher. So vertreten die Streitkräfte zunehmend auch wirtschaftliche Interessen. Sie haben leichten Zugang zu personellen, finanziellen und materiellen Quellen. Die Erscheinung des Militarismus hat auch historische Ursachen, die auf die Erfahrung der Dritten Welt mit der Gewalt und den Kolonialmächten zurückgehen.

Das zweite Kapitel stellt die Besonderheiten des militärischbedingten Rüstungstransfers dar. Es interessiert insbesonder der Unterschied von Rüstungstechnologie und ziviler Technologie. Rüstungstechnik zeichnet sich allgemein durch überproportional steigende Beschaffungskosten aus. Diese ergeben sich aus hohen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen, zunehmende Komplexität neuer Waffensysteme und schnelle technologische Entwertung auf Grund von Modernisierungsschüben. Da es eine immense Produktenvielfalt auf dem Rüstungssektor gibt und sich das Zerstörungspotential pro militärischer Einheit wie Panzer, Flugzeug etc. im Lauf der Zeit erhöht hat, sind die Produktionszahlen gesunken. Dies führt zu hohen Stückkosten, da eine kostengünstige Massenfertigung nicht stattfinden kann. Zusätzlich lassen fixe Kosten aus Forschung und Entwicklung die Stückkosten in die Höhe schnellen. Die optimale Betriebsgröße, d.h. die Fertigungsgröße ab der sich ein Produkt lohnt, tendiert dahin, den Binnenmarkt zu sprengen. Der Export wird den Industriestaaten zur Notwendigkeit. (Problem am Rande: Industriestaaten exportieren aber auch teilweise veraltetes Material in Entwicklungsländer.) Sind Dritte-Welt-Länder nicht mehr bereit oder finanziell nicht in der Lage, dieser unaufhaltsamen Entwicklung zu folgen, so stellt sich für diese Länder die Alternative einer importsubstituierenden Industrialisierung auf dem Rüstungssektor. Ziel dieser Politik ist es, politische Unabhängigkeit zu erreichen und das Verwertungsinteresse lokaler Unternehmer zu befriedigen. Ebenso spielen Prestigegründe der politisch Herrschenden eine gewichtige Rolle. Entwicklungsländer wie Israel, Ägypten, Südafrika, Indien, Argentinien und Brasilien haben den Versuch unternommen, eine eigenständige Rüstungsproduktion aufzunehmen. Auf der Basis einer wenig diversifizierten und weitgehend unterentwickelten Industriestruktur waren enorme Investitionen erforderlich. Neu erstellte Produktionsanlagen waren kaum mit bereits vorhandenen abgestimmt. Geringe Kapazitätsauslastung und die Notwendigkeit einer technologischen Spezialisierung, abgehoben vom jeweiligen Entwicklungsstand, belasten die Gesellschaft schwer. Ehrgeizige Rüstungsprogramme in Argentinien, Ägypten und selbst in Spanien sind abgebrochen worden. In anderen Ländern konnte die Abhängigkeit von den westlichen Industriestaaten nicht beseitigt werden. Der Anteil der militärischen Zulieferungen aus Industrieländern hat trotz Eigenproduktion nur in Ausnahmefällen unter 30 % gelegen. Zum größten Teil führen Unternehmen aus Industrieländern die Regie. Sie verlagern Produktionskapazitäten in Entwicklungsländer, um Vorteile wie niedriges Lohnniveau, staatliche Infrastrukturleistungen auszunutzen und um politische Exportrestriktionen zu umgehen. (Leider wird kaum auf die Rolle deutscher Unternehmen eingegangen, die die strengen Waffenausfuhrregelungen durch Produktionsverlagerungen umgehen, der Verf.)

Ein weiteres Kapitel stellt das Zahlenmaterial zum Rüstungstransfer vor, auf das in diesem Rahmen nicht eingegangen werden kann.

Das vierte Kapitel behandelt ökonomische Auswirkungen des Rüstungstransfers. Wulf geht auf Importkapazität, Industrialisierung, Infrastruktur und Beschäftigungseffekte ein. Die Importkapazität reduziert sich durch den finanziellen Aufwand der Rüstungsimporte erheblich. Laufende Ersatzteilbeschaffung, Wartungs- und Ausbildungskosten und Hilfeleistungen ausländischer Spezialisten verbrauchen die Devisenreserven eines Entwicklungslandes. Entwicklungsländer sind daher gerade im Rüstungssektor vollständig von den Lieferländern abhängig, wie der Autor vorher gezeigt hat.

Die Industrialisierung steht ganz im Zeichen des Rüstungstransfers. Vor- und nachgelagerte Produktionen sind zu errichten, die wiederum Importe aus Industrieländern erfordern und die Devisenbilanz der Peripherie verschlechtern. Die westliche Militärhilfe übernimmt meist nur Anlaufkosten militärischer Einrichtungen und Produktionen, jedoch nicht die Folgekosten.

Ebenso erfolgt eine Abstimmung der Infrastruktur auf die

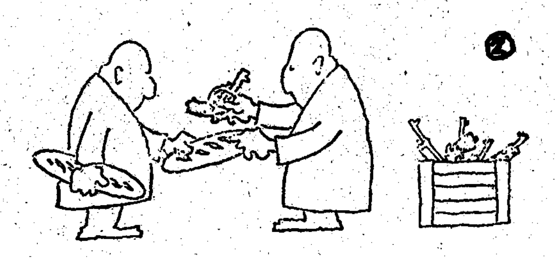
militärische Güterproduktion im Verkehrs- und Ausbildungsbereich. Die Begünstigung militärischer Maßnahmen führt zur Vernachlässigung bestehender und dringend erforderlicher Infrastrukturen.

Die Beschäftigungseffekte sind durchweg negativ. Die z.T. qualifizierte Ausbildung der Soldaten an mdoernem Kriegsgerät ist meist zu speziell, als daß sie später im zivilen Bereich von Nutzen sein könnte. Positive Wirkungen werden in der Rekrutierung von Soldaten und in der Beschäftigung von Zivilpersonal bei den Streitkräften gesehen. Aber es ist hier die alternative Verwendung der Mittel und der Entzug qualifizierter Kräfte aus dem nichtmilitärischen Bereich zu betrachten. Der hohe Kapital- und geringe Arbeitseinsatz im Rüstungsbereich vermindert die Beschäftigungswirkungen. Der Einsatz der militärisch Beschäftigten in arbeitsintensiven, dem Entwicklungsstand angepaßten Produktionen hätte einen erheblich höheren Beschäftigungseffekt. Weitere Einschränkungen der oben genannten These ergeben sich daraus, daß Entwicklungsländer eine Vielzahl von hochqualifiziertem Personal aus dem Ausland holen müssen, die den Arbeitsmarkt und die finanziellen Ressourcen zusätzlich belasten.





Im fünften Kapitel werden Fallstudien zur Rüstungsproduktion in der Peripherie dargestellt. Wulf geht auf die Absatzpolitik des amerikanischen Rüstungsunternehmens Northrop Cooperation ein. Am Beispiel Indien zeigt er, daß die inländische Rüstungsproduktion nicht zu einer Einschränkung von Rüstungsimporten führte. Die Importsubstitution führte auf lange Sicht lediglich zu einer Verlagerung der Importe auf Bereiche der Elektronik, der Luftfahrt und auf andere Waffentypen. Ein anderer Aspekt berührt den Rüstungstransfer zwischen Entwicklungsländern. Anlaß sind meist kriegerische Auseinandersetzungen, zu denen vor allem erdölexportierende Länder modernes Kriegsgerät liefern.



Wulf diskutiert am Ende der Arbeit ein Konzept der militärischen Verteidigung, das sich auf die eigenen Kräfte entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung in der Peripherie stützt. Er geht davon aus, daß Entwicklungsländer nur ein begrenztes Potential bei gleichartigen Waffensystemen besitzen können; Soweit kriegerische Konflikte mit höher entwickelteren Staaten betroffen, sind sie der schwächere Part. Er schlägt deshalb eine Art Miliz- oder Volksarmeesystem vor, das die gesamte Bevölkerung miteinbezieht. Wesentlicher Punkt ist dabei die Betonung der personellen Stärke. Da auf Großwaffensysteme wie Panzer, Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge verzichtet wird und militärische Verbände nirgendwo konzentriert sind, gibt es kaum militärische Ziele. Das Milizsystem hat defensiven Charakter und macht einen Angriff gegen ein Nachbarland unmöglich. Abrüstung in der gesamten Region ist die Folge. Für die Herrschenden birgt diese Konzeption eine Gefahr in sich: das Tragen von Waffen fast aller Bürger bedroht die Privilegierten unmittelbar. Andere Grenzen dieses Konzepts liegen in Sanktionen der Industrieländer, die einer Umgestaltung des militärischen Systems mit Sicherheit nicht tatenlos zusehen.





Kritisch ist anzumerken, daß einige Aspekte nicht oder nur am Rande angesprochen werden. So trägt die mangelnde Wettbewerbssituation im Rüstungssektor und die staatliche Nachfrageabsicherung nach Rüstungsgütern zur Inflation bei. Auf die Folgen wird nicht eingegangen. Außerdem betont der Autor zu sehr den Gegensatz zwischen arbeits- und kapitalintensiver Technologie. Entscheidender als die Alternative beiderTechnologien ist jedoch die Verwendung von Ressourcen (Kapital, Arbeit, Rohstoffe, Energie und Forschung) bei der Waffenproduktion überhaupt. Militärische Güterproduktionen haben, gemessen an anderen Produktionen, einen höheren Verschleiß aller Ressourcen zur Folge, gleichgültig um welche Ressource es sich auch handelt. Die von Wulf genannten zentralen Punkte seiner Arbeit, die Auswirkungen des Rüstungstransfers auf Importkapazität, Industrialisierung, Infrastruktur und Beschäftigung, werden vergleichsweise dürftig behandelt (50 Seiten). Obwohl für Nicht-Ökonomen manchmal schwierig verständlich, ist das Werk eine bedeutende Leistung auf dem Gebiet „Rüstung und Dritte Welt."

jw

FILME GEGEN RECHTS – GEGEN FASCHISMUS UND KRIEG

Zum Antikriegs-Tag 1980 (1. September) und zur Unterstützung der Bewegung gegen Rechts, gegen das Wiedererstarken neofaschistischer und reaktionärer Bestrebungen in der Bundesrepublik legt UNIDOC eine neue Broschüre
„Filme gegen rechts – gegen Faschismus und Krieg" vor. In dieser Zusammenstellung werden 60 Dokumentar- und Spielfilme zu diesem Themenbereich mit kurzen Inhaltsangaben und technischen Daten vorgestellt, die bei UNIDOC im Verleih sind.
Dieses Heft wird gegen DM 0,60 in Briefmarken für Rückporto zugesandt.
UNIDOC film GmbH
Postfach 45 – Dantestr. 29
8000 München 19
Tel. 089 / 15 60 61

Für eine alternative Türkei-Hilfe

Die Alternative Türkei-Hilfe wurde ins Leben gerufen, um Opfern die politisch verfolgt sind zu helfen und sie mit Medikamenten zu versorgen, sowie ihre Angehörigen in ihrer Not zu unterstützen. Streikende Arbeiter sollen ebenfalls Zuwendungen erhalten.
Unterstützt wird die Alternative Türkei-Hilfe u.a. von: Manfred Coppik (SPD-MdB), Klaus Kirchner (SPD-MdB) Klaus Thüsing (SPD-MdB), Jürgen Roth (Schriftsteller) Günther Wallraf (Schriftsteller), Gerhard Zwerenz (Schriftsteller), Kamil Taylan (Journalist-Demokrat), Bernhard Hoffmann (Türkeikoordinator von amnesty international)

FÜR EINE ALTERNATIVE „TÜRKEI-HILFE“
Spendenkonto Jürgen Roth
Deutsche Bank, Frankfurt
Bankleitzahl: 500 700 10 – Kontonummer: 401 23 57/01

Für eine Alternative „Türkei-Hilfe“

Am 27. Mai wurde Gün Sazak, einer der führenden Repräsentanten der faschistischen ‚Partei der nationalistischen Bewegung‘ (MHP) ermordet. Die MHP, die für die mörderischen Unruhen in der Türkei verantwortlich ist, verfügt nach Dokumenten des türkischen Innenministeriums über paramilitärische Kommandolager, in denen bereits über 100.000 Kommandos (Graue Wölfe) militärisch ausgebildet worden sind.

In den letzten beiden Jahren fielen dem faschistischen Terror der MHP und der blutigen Repression des Staatsapparates annähernd 3.900 Menschen zum Opfer.
Nach dem Mord an Gün Sazak ist der Bürgerkrieg in der Türkei in eine neue Phase eingetreten. Zum Beispiel Carum: Zuerst wurden die Mörderbanden der MHP aus verschiedenen Städten in Corum eingeschleust. Danach wurden von den Kommandos Mitglieder der CHP, linke Organisationen und Aleviten gezielt angegriffen, vertrieben und deren Häuser, Geschäfte und Lokale angezündet.

Die Bevölkerung errichtete Barrikaden und griff zur Gegenwehr. Über die Stadt wurde ein Ausgehverbot verhängt. Weniger durch das Militär, als durch die Selbsthilfe der Bewohner, die sich mit Barrikaden vor den Faschisten schützten, konnte ein zweites Kahraman Maras verhindert werden. Kahraman Maras, das war im Dezember 1978, als die aufgewiegelten, der MHP nahestehenden Kommandos, über Hunderte von Menschen massakrierten.

Dieser faschistische Terror hat das Ziel, die politische, wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit der Türkei zu verhindern. Die Bundesregierung hat im Auftrag des westlichen Bündnisses 740 Mill. DM, davon 180 Mill. DM Militärhilfe gezahlt. Dadurch sollen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie jetzt in der Türkei herrschen, stabilisiert werden. Es ist fraglich, ob die Masse der Bevölkerung in irgendeiner Weise von dieser „Hilfe“ profitieren wird, es sei denn, sie stehen bei Streiks oder Landbesetzungen vor den mit diesem Geld finanzierten neuen Gewehren und Panzerkanonen.

Die „alternative Türkeihilfe“ wurde ins Leben gerufen, um zu dokumentieren, daß die breite demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik unter Hilfe etwas anderes versteht, als Konzerne und den Militärapparat zu unterstützen.

In einem Land, in dem täglich 10 Menschen dem politischen Terror zum Opfer fallen, in dem Zehntausende politische Gefangene in den Kerkern sitzen und gefoltert werden, in dem die streikenden Arbeiter durch Panzer in Schach gehalten werden und keinen Pfennig Streikunterstützung erhalten, in dem es der außerparlamentarischen linken Opposition unmöglich ist, das Recht auf Meinungsfreiheit wahrzunehmen, in einem solchen Land muß den Betroffenen direkt geholfen werden.

Die „alternative Türkeihilfe“ kann nur bestimmte Projekte mit Geldmitteln unterstützen.
- Zum Beispiel mit Medikamenten für die Bewohner von Gecekondus (Slums), oder für diejenigen, die bei den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen verwundet werden.
- Finanzielle Unterstützung für Hinterbliebene von ermordeten Oppositionellen.
- Finanzielle Unterstützung für die Versorgung der in den Gefängnissen eingekerkerten Oppositionellen und deren Angehörigen
- Unterstützung streikender Arbeiter.

Wie wird das Geld verteilt?

Die Spenden werden an die türkische Tageszeitung „Demokrat“ weitergeleitet. Dort werden die o.g. Betroffenen ausgewählt und das Geld bzw. die Hilfsmittel an diese verteilt. Die Tageszeitung ‚Demokrat‘ wird den Initiatoren der „alternativen Türkeihilfe“ Rechenschaft über die Verwendung der Gelder abgeben, die diese dann in der Bundesrepublik in den öffentlichen Medien bekannt geben werden. Dadurch soll eine effektive Kontrolle erreicht werden. Die „alternative Türkeihilfe“ soll von Einzelpersonen getragen werden, um eine kontroverse Diskussion einzelner politischer Gruppierungen zu vermeiden.

Alle, die diese alternative Türkeihilfe unterstützen wollen, bitten wir, sich an die unten genannte Kontaktadresse zu wenden.

**Kontaktadresse: Kamil Taylan, Ringelstr. 10,
6000 Frankfurt 60**

V.i.S.d.P.: Jürgen Roth, Hermannstr. 8,
6000 Frankfurt 1

Zimbabwe – Spendenaufruf

Ministerium für Erziehung und Kultur
P.O. Box 8022
Causeway
Zimbabwe

21. August, 1980

Wir möchten hier ein Schulaufbauprojekt für zurückgekehrte Flüchtlingskinder vorstellen. Ich wäre dankbar, wenn man diesem Projekt vollste Unterstützung zukommen ließe.

Schulaufbauprojekt für die Wiederansiedlung von Flüchtlingskindern
Vorstellung des Projekts

Das unabhängige Zimbabwe sieht sich einem massiven Wiederaufbauprogramm in allen Lebensbereichen des Landes ausgesetzt. Das betrifft vor allem den Bereich der Erziehung, in dem die Einrichtungen für die Afrikaner immer stark eingeschränkt waren. Im Augenblick gibt es 2 052 000 Kinder im Schulalter, aber nur für etwa 1 300 000 Kinder ist im bestehenden Schulsystem gesorgt. Es ist daher das Ziel der Regierung, Ausbildungseinrichtungen für alle diese Kinder im Schulalter bereitzustellen.

Die Lage hatte sich durch den langwierigen Krieg verschärft, der Hunderttausende von Zimbabwern in benachbarte Länder zu fliehen zwang. Die Ausbildung der Kinder dieser Flüchtlingslager ist eine der Hauptsorgen der Regierung.

Um für die Ausbildung von Flüchtlingskindern, die kürzlich ins Land zurückgekehrt sind, aufkommen zu können, hat man vorgeschlagen, acht Schulen zu bauen, von denen jede 2 000 Schüler von Schulbeginn bis zur Mittleren Reife aufnimmt. Je eine Schule wird in jeder Provinz Zimbabwes errichtet. Der gegenwärtige Vorschlag sieht so aus, daß unsere deutschen Freunde **ein** solches Projekt finanzieren.

Diese neuen Schulen werden sich von den herkömmlichen Schulen insofern unterscheiden, in dem sie mehr Schwergewicht auf die landwirtschaftliche und betriebliche Ausbildung legen, und hohes theoretisches Ausbildungsniveau mit produktiver Arbeit verbinden. Aus diesem Grund ist geplant, daß diese Schulen auf dem Lande und mit Feldern aufgebaut werden.

Wir erwarten von diesen Schulen, daß sie die benachbarten unterentwickelten und ländlichen Gebiete durch die Einführung fortschrittlicherer Kenntnisse und Technologie entwickeln helfen können. Jede Landschule sollte nicht nur anderen Schulen im jeweils vorgesehenen Gebiet, sondern auch für die benachbarten Bauern als Beispiel dienen. Moderne Anbaumethoden sollen auf diesen Landschulen angewandt werden. Dabei soll das Prinzip der Eigenständigkeit von allerhöchster Wichtigkeit sein: die Kinder müssen am Bau und der Instandhaltung ihrer Schule teilnehmen und müssen allmählich genügend Nahrungsmittel herstellen, um sich selbst zu ernähren. Wir erwarten, daß die Schulen innerhalb eines Jahres mehr oder weniger auf eigenen Füßen stehen, was Nahrungsmittel anbetrifft. Allmählich sollten dann diese Schulen genügend Überschuß produzieren, um Schulmaterialien und andere notwendige Anschaffungen kaufen zu können. Aber dieses Stadium werden sie voraussichtlich nicht vor drei bis vier Jahren erreichen können.

Haushaltsplan	**in DM**
Gebäude	480.000
50 Klassenzimmer	390.000
1 Saal	129.000
3 naturwissenschafl. Laboratorien	258.000
6 Werkstätten	60.000
1 hauswirtschaftl. Gebäude	30.000
1 Geographieraum	15.000
1 Bibliothek	30.000
6 Toilettengebäude	162.000
80 Wohn- und Schlafgebäude	1.320.000
4 Küchen	60.000
4 Eßsäle	540.000
23 Dreizimmer-Wohnhäuser f. Lehrer	217.000
44 Wohnungen f. alleinsteh. Lehrer	148.000
Summe	3.839 850
Strom und Wasser	
Installationskosten für Strom u. Wasser	288.000
Möbel und Ausrüstung	
Tisch, Schreibtische und Betten	261.000
Küchenausrüstung	150.000
Bücherregale u. Bibliothekmobiliar	24.000
Bücher für die Bibliothek	60.000
Summe	495.000
Totalsumme	4.622.850
+ 15% für dringende Sonderausgaben	693.429
DM	5 316 279

D. Mutumbuka
Minister für Erziehung und Kultur

Spenden bitte überweisen an:

Postscheckkonto Dortmund
55 9 54 – 462 (Ralph Syring, Spendenkonto Afrika Bochum, Kennwort: ZANU-ERZIEHUNG)

LESERBRIEFE

Zum Beitrag „Reise- und Tourismusverzicht als Perspektive eines anti-imperialistischen Kampfes", in Nr. 86

Liebe iz3w-ler,
die Autoren der „Bemerkungen zu den Resultaten des AK Tourismus" haben wohl von ihrer hohen Warte des „reinen Anti-Imperialismus" das außer Acht gelassen, was sie am Ende selbst beschwören: die Erfahrung.
Eigentlich sollte man sie verarbeiten.

Wer nämlich weiß, „daß die Reisen in die 3. Welt zu den Erscheinungsformen des Imperialismus zählen", und trotzdem in den ungebrochenen Genuß positiver Informationsgewinnung kommt, dem kann ich nur – ich werde jetzt ganz moralisch – für skrupellos halten.

Man kann sich doch nicht mit Hinweis auf die „Borniertheit der Massen" für die eigene Borniertheit entschuldigen. Meine Erfahrung sagt mir jedenfalls, daß, um in einem Land der 3. Welt nicht ständig als Fremdkörper zu erscheinen, wohl 10-20 Jahre Sozialisation nötig sind. Und alle, die den Hauch der Fremdheit spüren wollen, seien wirklich, in Anlehnung an jenen Chamisso, an den nächsten Hauptbahnhof verwiesen.

Reisen in die 3. Welt, das ist – natürlich mit Ausnahmen – Emanzipation auf Kosten anderer, und das ist hochpolitisch (mal Kursbuch 60 : Moral lesen!). Indifferenz steht deshalbgerade den „blättern" schlecht an; die Frage nach den „Perspektiven des antiimperialistischen Kampfes" beginnt am ganz anderen Ende.

Soweit nur ein paar grobe Keile, eben nach der Lektüre.

Herzliche Grüße Kurt Köster

Da die Wesen nicht wissen, wie nahe ihnen die Wahrheit ist, suchen sie sie in weiter Ferne – wie schade! Haklin

P.S. das ist zwar Zen, aber hier sogar wörtlich passend.

Botschaft der Islamischen Republik Iran Bonn

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großem Erstaunen fanden wir in der Ausgabe Nr. 87 vom August 1980 Ihres Magazins „blätter des iz3w" ein sogenanntes „Kommunique der Beamten der Nationalbank IRAN" nebst Kommentar, mit dem versucht wird, das alte Gerücht, die geistigen und geistlichen Führer der Islamischen Revolution Iran hätten Gelder auf ausländische Konten verbracht, wiederzubeleben.

Es hat uns sehr befremdet, diese Meldung gerade in Ihrem Magazin zu finden. Man geht davon aus, daß es seit Jahren als fortschrittliche Zeitung bekannt ist und sich stets gegen Unterdrückung und Imperialismus eingesetzt hat. Bei der oben genannten Meldung jedoch haben Sie offensichtlich der Überprüfung auf Zuverlässigkeit nicht die sonst bei Ihnen übliche Aufmerksamkeit gewidmet, denn anders können wir uns diese Angelegenheit nicht erklären. Sollte es Sie etwa nicht argwöhnisch machen, wenn Sie feststellen, daß eine zu Ihnen gelangte Meldung vorher in Medien verbreitet wurde, die nicht gerade für ihre wahrheitsgetreue Berichterstattung bekannt sind? Wir denken hier an den zionistischen Rundfunk, der derartiges in seinen Sendungen in persischer Sprache verbreitete – die dahinter stehende Absicht dürfte klar sein – ebenso wie an die Zeitschrift „Neue Solidarität" und nicht zuletzt die Springer-Presse, vertreten durch Bild und Hamburger Abendblatt. Die Überprüfung ihrer Quellen führte stets auf eine Stelle zurück: auf die vom CIA unterstützte Gruppe um Bakhtiar. Nochmals: Sollte allein dies nicht bereits Ihren Argwohn erregen?

Obgleich die hinter dieser Meldung steckende Absicht klar war, obgleich es eindeutig feststand, daß diese Meldungen jeder realen Grundlage entbehrten, sind sie von mehreren Stellen mit aller Schärfe kathegorisch dementiert worden: von den betroffenen Personen selbst, vom Generaldirektor der Zentralbank Iran, vom Außenministerium, von der Botschaft der Islamischen Republik Iran in Bonn (Veröffentlichung des Dementis im Iran-Echo Nr. 8), um nur einige zu nennen. Das Islamische Zentrum Hamburg, das ja auch in der von Ihnen veröffentlichten Liste auftaucht, hat sogar angeboten, seine Kontoführung offenzulegen, falls dennoch jemand daran zweifeln sollte, daß derartige Transaktionen und Verschiebungen nie stattgefunden haben. Wäre es nicht besser, zunächst dieses Angebot, da ja noch besteht, anzunehmen, anstatt eine Meldung ungeprüft weiterzuverbreiten?

Mit diesem Hintergrund liest sich die von Ihnen veröffentlichte Meldung dann doch etwas anders: Die Behauptung, besonders geistliche Führer der Islamischen Revolution Iran hätten Gelder auf ausländische Konten zu ihren Gunsten überwiesen, mußte uneingeschränkt zurückgenommen werden. Um aber die attraktive Diffamierung weiterspinnen zu können, versuchen die Urheber nun, anerkannte islamische Organisationen in ihr Diffamierungsnetz einzuknüpfen, in der Hoffnung, kritische Beobachter durch immer neue Erfindungen von angeblichen Verbindungen und Beziehungen zu verwirren. Nicht anders ist dieses „zwar ist es nicht so, aber es könnte doch so sein" zu verstehen.

Wir hoffen nun, daß wir Ihnen hiermit einige Informationen und Anhaltspunkte gegeben haben, aus denen Sie ersehen, daß bezüglich dieser Meldung wohl einiges Ihrer Aufmerksamkeit entgangen ist. Und wir möchten ausdrücklich betonen: Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, denn wir können uns nicht vorstellen, daß Ihr Magazin plötzlich, sozusagen über Nacht, seine Prinzipien verleugnet. Daher erwarten wir auch, daß Sie in einer der nächsten Ausgaben Ihrer Zeitschrift an gleicher Stelle diese Meldung und ihre Hintergründe kritisch durchleuchten.

Bis dahin verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Mehdi Navab
Geschäftsträger a.i.

Bundestagswahlen – das geht uns doch nichts an?

Der folgende Beitrag zur Bundestagswahl, der sich kritisch mit der passiven Haltung der bundesrepublikanischen Linken gegenüber der bürgerlichen Politik auseinandersetzt, ist in der Redaktion kontrovers diskutiert worden. Er stellt lediglich die Meinung der Autorin dar und nicht der Gesamtredaktion.

Red.

In diesen Tagen fragt sich manch einer, wie er sich am 5. Oktober, am Tag der Bundestagswahlen, verhalten soll. Die Stammwähler kennen ihre Entscheidung, die Wechselwähler wählen die nächstbeste Partei, aber was tun die Linken, Spontis, Alternativler, Ökologisten, Feministinnen und sonstige politisch bewußte und engagierte Leute? Sich der Stimme enthalten? Das „kleinere Übel" SPD oder die Grünen wählen?

Die schlimmen Töne aus der konservativen Ecke der bundesrepublikanischen Politlandschaft sind in unserem Bewußtsein schon so verankert, daß wir sie kaum mehr notieren. Aufregen ist überflüssig, denn jeder kennt ja schon Strauß und seine Politik. Viel mehr Angst vor einem Bundeskanzler Strauß haben Menschen in anderen Ländern, in Holland und in Skandinavien, wo Strauß als Kriegsgefahr angesehen wird.
Hier in der Bundesrepublik sind es die Jusos oder die DKP, die Anti-Strauß-Aktionen veranstalten, und die von den übrigen Linken belächelt oder ignoriert werden.

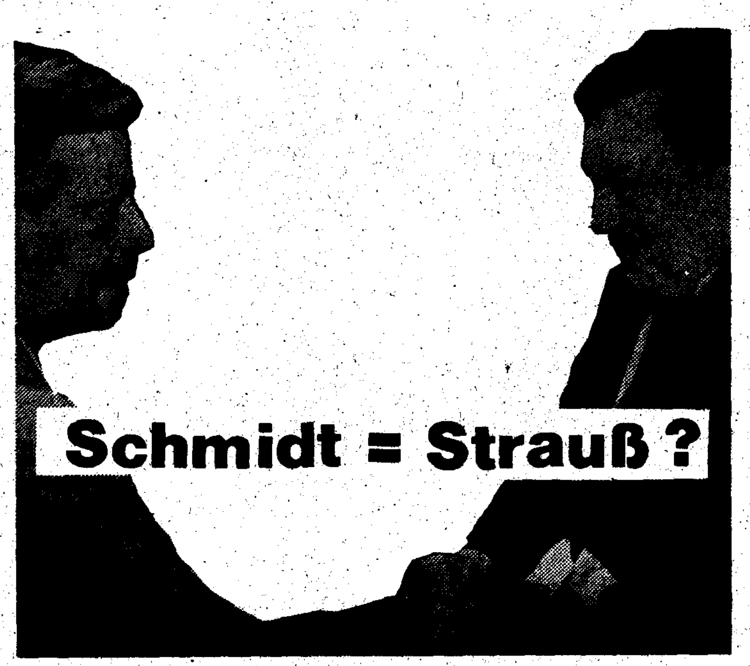
Ich habe den Eindruck, daß viele Linke, oder die sich als solche verstehen, die Wahlproblematik bewußt verdrängen. „Die bürgerliche Politik interessiert uns nicht", „wir wollen diesen Staat nicht". Die Argumente für den Wahlboykott bzw. für die Nicht-Beteiligung sind schon fast standardisiert:

– „Der Parlamentarismus kann nicht die Interessen des Volkes vertreten"
– „Es wird sich sowieso nichts ändern, ob der Bundeskanzler Strauß oder Schmidt heißt".

Gibt es eine Alternative zu diesem Staat?

Wie schon viele vor mir festgestellt haben, fehlt es an einer Analyse der heutigen politischen Realität in der BRD. Es ist auch kein Wunder, daß es sie nicht gibt – abgesehen von einigen Ansätzen – da die Linke sich nicht mit dem politischen Alltag in seinen konkreten Erscheinungsformen beschäftigt. „Bürgerliche Politik ist kein Thema für uns – wir brauchen diesen Staat nicht", so formulierte es neulich ein Bekannter von mir. Diese Art auszusteigen, „drop-out", hat nicht nur positive Effekte. Indem man den Staat rechts liegen läßt, erkennt man nicht, daß dieses Verhalten nur mehr ins Abseits führt. Und daß dieses Abseits-Sein nicht fruchtbar sein kann, erklärt sich aus der simplen Tatsache, daß wir in dem Staat leben müssen, auch wenn wir ihn ignorieren und in unserem Bewußtsein – mangels besserer Alternativen – verdrängen. Diese passive Haltung nützt nur dem Gegner!

Gleichzeitig ist sie aber auch eine Bankrotterklärung des eigenen Politikpotentials. „Erschreckend an der linken Wahldiskussion ist das Kokettieren mit der eigenen Irrelevanz, das Vertrauen auf die eigene Belang- und Verantwortungslosigkeit – unterbrochen nur von gelegentlichen Anfällen des linken Größenwahns – das die politische Ohnmacht der Linken in der Gegenwart zum dauerhaften Programm für die Zukunft macht" (Egbert Jahn, in: Links, März 1980, S. 26). Hiermit soll nicht gesagt werden, daß das Engagement in „alternativen" Bereichen nicht sinnvoll und notwendig wäre, aber dieses Engagement als außerhalb des bestehenden Systems zu betrachten, ist kurzsichtig. Meiner Ansicht nach ist die Alternativbewegung heute noch nichts Revolutionäres. Vielmehr – und viele mögen mir hier widersprechen – ist sie systemerhaltend, modifizierend, sie sprengt also nicht den Rahmen des Bestehenden. (Daß die Alternativbewegung das Potential in sich hat, in gegebenen historischen und gesellschaftlichen Situationen das System zu ändern, soll hier nicht geleugnet werden).



Das Verhalten der Linken ist somit widersprüchlich: einmal der Glaube an die eigene Stärke, im Rahmen dieses Systems mit neuen Methoden etwas ändern zu können, zum anderen die Geringschätzung des eigenen Potentials, was den bürgerlichen Politikbereich betrifft. Da man die eigene Unzulänglichkeit zur politischen Verhaltensformel macht, ist es nur logisch, dem Parlamentarismus und seinen Institutionen gegenüber mißtrauisch und ablehnend zu sein.

Parlamentarismus nein – was denn?

Daß die Grünen sich entschieden haben, sich an den Kommunal- und Bundestagswahlen zu beteiligen, hat viele enttäuscht. Die berechtigte Skepsis gegen die Grünen war vorhanden, da sie die ganze politische Palette von rechts bis links in sich vereinigten, aber für viele waren sie die alternative Hoffnung (und für die Bürgerlichen das Ausbrechen einer neuen Zeitära).

Die Kritik an der Wahlkandidatur der Grünen richtet sich gegen den Glauben, daß bürgerlich-parlamentarische Institutionen die Interessen des Volkes vertreten könnten. Der Parlamentarismus und die Wahlen seien bloße marionettenartige Täuschungsmanöver der wahren politischen Elite und solange es Privateigentum gibt, könne es auch keine demokratische Volksvertretung geben. Solche durchaus berechtigte Parlamentarismus- und Systemkritik hilft uns aber nicht weiter, da zur Zeit und auch in absehbarer Zeit keine Alternativen in Sicht sind.

Unsere Beziehung zu „dem Staat"

Die nächste Frage ist, wie wir unser Verhältnis „zu dem Staat" gestalten, um uns selbst nicht zugrunde gehen zu lassen. Es ist üblich, sich mit diesem Gedanken nicht zu beschäftigen, sondern den Staat zu ignorieren, in der Illusion, dann davon einigermaßen befreit und fern zu sein. Diese Haltung erweist sich aber angesichts der Berufsverbote, Spitzelpraktiken und sonstigen staatlichen Übergriffe als groteske Illusion. Meines Erachtens reicht es nicht, den Kapitalismus oder Staat als Ganzes in Frage zu stellen, sondern ich sehe unsere Aufgabe darin, uns differenzierter und mit den Fragmenten des Gesamtkomplexes auseinanderzusetzen. Das heißt: nicht nur bei den Alternativen bleiben, sondern sich auch mit der Alltagspolitik beschäftigen, auch mit den Fragen von Wahlen und Parlamentarismus. Dies erscheint mir noch dringender in der heutigen Parteienkonstellation vor den Bundestagswahlen.

Auch wenn man darin einig ist, daß die großen Parteien mehr ihre machtpolitischen Ziele verfolgen und nicht die Interessen der Wähler vertreten, so ist es mir doch zu narzistisch, durch seine eigene Untätigkeit Franz Josef Strauß an die Macht kommen zu lassen. An die These, daß unter einer ultrareaktionären Regierung die Widerstandsbewegung stark wird, glaube ich nicht, zumindest wird dies nicht der Fall in der BRD sein. Und überhaupt: braucht man einen Bundeskanzler Strauß, damit die Linke wieder aktiv wird? Ist das nicht ein zu hoher Preis?

Trotz aller Vorbehalte gegen den Parlamentarismus gibt es meiner Ansicht nach durchaus Bereiche, wo auf dem parlamentarischen Weg etwas erreicht werden kann und könnte, unabhängig davon, daß die außerparlamentarischen Bewegungen (Frauen-, Ökologie- usw.) auch Einfluß auf die politischen Entscheidungsträger ausüben können (aber sie bleiben letztendlich doch außerhalb des Entscheidungsbereichs).

Was würde also passieren, wenn der Bundeskanzler tatsächlich Strauß und der Innenminister Dregger hießen? Würde sich wirklich nichts ändern?

Strauß als Bundeskanzler – wird sich nichts ändern?

Jetzt, einen Monat vor den Wahlen, kann man nur über deren Ausgang spekulieren. Zwar deuten die Meinungsforschungsinstitute daraufhin, daß Strauß kaum eine Chance haben wird (und die Meinungsumfragen sind jedenfalls richtungsgebend, wenn nicht sogar meinungsbildend), aber die Wähler sind auch durch äußere Einflüße beeinflußbar. Wäre die Afghanistan-Invasion jetzt im September, gleichzeitig mit den Streiks in Polen, dann wäre das Stimmungsbild für Strauß erheblich positiver. Oder intern brauchte die RAF nur eine Aktion durchführen, und sie würde einen Umschwung bei den Wählern erwirken. Aber auch ohne diese unverhofften Ereignisse sollte man sich die Frage stellen, ob alles beim Alten bleibt, und nicht lapidarisch der Auseinandersetzung aus dem Wege gehen.

Die Etikettierung Strauß' als „Faschist" halte ich für falsch, da der Faschismus-Begriff ganz andere Tatbestände impliziert als die Politik von Strauß, die ich als ultra-konservativ und reaktionär bezeichnen möchte. Diese reaktionäre Politik hat meines Erachtens wichtige Elemente, die sie von der Politik der SPD unterscheiden, und somit eine neue Qualität bedeuten würden. Die Unterschiede betreffen vor allem die Außen- und Sozialpolitik.

Zur politischen Programmatik der CDU/CSU

Die Darstellung der außenpolitischen Ziele und Politiken nimmt im Wahlprogramm und in den Äußerungen der Union den ersten Platz ein. Zwar tritt die Union auch für Frieden und Freiheit ein, aber unter welchen Bedingungen? Die für die BRD wichtige Entspannungspolitik ist für Strauß ein Dorn im Auge, da seiner Ansicht nach hier nicht Äquivalente getauscht werden, sondern die Regierung den „Kommunisten" in die Hände arbeitet. Das Ziel bleibt die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten.

Generell bedeutet die außenpolitische Konzeption der Union einen aggressiven Machtkampf zusammen mit den USA gegen die UdSSR. Dieser Kampf braucht nicht mit kriegerischen Mitteln ausgetragen werden, sondern durch Abschreckung und wirtschaftliche Übermacht, denn schließlich geht es um die Verteidigung „der freien Welt".

Die Feinheiten dieser Strategie bedeuten die Absicherung der Erdöl- und Rohstoffzufuhr in die BRD, was wiederum Zusammenarbeit mit rohstoffreichen Ländern bedeutet. In der Entwicklungspolitik sollen nur Länder unterstützt werden, die „mit dem Westen zusammenarbeiten" – d.h. die Rohstoffe liefern und westlich orientiert sind, also Politik des „gleichen Tausches" offen und ehrlich!

Die Sozialpolitik heißt für die Union vor allem Familienpolitik, denn so wie die äußere Sicherheit der BRD durch die UdSSR bedroht ist, so ist die „nationale Existenz" der BRD durch die Aushöhlung der Familie in Gefahr. Die ideologische Abschwächung der Familie, der „Keimzelle der Gesellschaft", wird nach Ansicht der Unionspolitiker und der katholischen Kirche im Geburtenrückgang, in der Abtreibungspraxis und in der Frauenbewegung deutlich. So werden gerade diese Themen – und nicht ganz gelinde – tagtäglich von den genannten Politikern angesprochen. Wenn man an die Konsequenzen dieser Politik denkt – und hier sind insbesondere die Frauen betroffen – so ist es meiner Meinung nach unsolidarisch zu sagen, unter der Regierung von Strauß würde sich niehts ändern. Vielleicht nicht für Männer, aber doch für Frauen . . .

Ein weiteres Komponent ist die Vergiftung des politischen Klimas, was auch für uns, die politische Arbeit leisten, von Bedeutung ist. Wenn Strauß Demonstrationen gegen seine Person als „Nichtwahrnehmung der Meinungsfreiheit, sondern als bürgerkriegsähnliche Terrorakte" (FR 1. 9. 80) abstempelt, ist das nicht ungeheuerlich? Bis jetzt haben wir in den „blättern" unsere Meinung äußern können, und das ohne Selbstzensur, aber könnte ich nach dem 5. Oktober noch diesen Artikel schreiben? Oder wäre er auch ein „Terrorakt"?

Schon einmal in der deutschen Geschichte haben die Linken die Gefahren verharmlost. Wenn die Linken heute meinen, die Situation sei schlimm genug, so frage ich, soll sie noch schlimmer werden?

Aber die Verfasserin ist eine nicht wahlberechtigte Ausländerin und hat somit nicht die Qual der Wahl. –rs–

Russel-Tribunal: Indianer

Unterdrückung in allen Staaten Amerikas

In Nr. 86 der „blätter ..." veröffentlichten wir einen Aufruf zur Unterstützung des IV Russel-Tribunals über die Rechte der Indianer in Nord-, Mittel- und Südamerika. Im folgenden drucken wir einige Beispiele von Fällen der Unterdrückung ab, die unter Umständen im November in Rotterdam verhandelt werden. Die Unterdrückung der indianischen Urbevölkerung ist wohl eine der wenigen Gemeinsamkeiten aller amerikanischen Staaten. (Red.)

Die Aufgabe des Tribunals wird sein, zu entscheiden, „ob das Beweismaterial, das ihm sowohl von Indianern als auch von sachkundigen Zeugen unterbreitet wird, Verletzungen der jetzt international anerkannten Rechte der eingeborenen Völker durch internationale Regierungen bestätigt." (Gorden Bennett, Rechtsberater von Survival International, 30. Juli 1979)

Der finanzielle Aufwand für solch ein Tribunal ist insofern gerechtfertigt, da zum einen durch das öffentliche Vorbringen von Rechtsverletzungen vor dem Tribunal dem hohen Informationsdefizit über die politische, wirtschaftliche und soziale Situation der indianischen Nationen Rechnung getragen und ihm entgegengewirkt wird. Zum anderen kann das Tribunal, wenn es dies für angebracht hält, „Maßnahmen empfehlen, durch die bestimmte, nachgewiesene Rechtsverletzungen abgestellt werden." (Gorden Bennett, 30. Juli 1979). Dadurch können bessere Lebensbedingungen für die Betroffenen erreicht werden, sodaß sie sich eigenen Vorstellungen und Traditionen entsprechend entwickeln können. Darüber hinaus hofft man, internationale Unterstützung und Solidarität für den Kampf der indianischen Nationen gegen Ausbeutung und Völkermord zu gewinnen. Die durch ein Tribunal erreichte Solidarität kann zur Folge haben, „daß Verletzungen von Menschenrechten und Vertragsrechten wie Land-, Fischerei-, Jagd- und anderen Rechten seltener vorkommen. Ein Tribunal könnte die ... Probleme in den Köpfen von Politikern, Beamten und Bürgern bewußt machen – und das bedeutet für Viele eine Entscheidung über Leben und Tod." (S. Davidson, W. Huisman, B. Vermeer, Amsterdam, 26.6.78).

Einige der Fälle, die bisher vorgeschlagen worden sind, sollen kurz dargestellt werden. Die Entscheidung, welche Fälle konkret behandelt werden, fällt erst kurz vor dem Tribunal.

O Hopi (Arizona, USA)

1934 wird im Rahmen des ‚Indian Reorganization Act' die traditionelle Form des Stammesrates abgeschafft. Die neuen Stammesregierungen (tribal council) wurden nach europäischem Demokratieverständnis gewählt. Die Mitglieder dieser neuen Stammesregierungen werden vom US-Innenministerium bezahlt. Von der US-Regierung abhängig, sind ihre Aktivitäten der Lebensauffassung und den Bedürfnissen der traditionellen Hopis (90% aller Hopis) entgegengesetzt. So verpachteten sie zu einem Spottpreis Land an die Peabody Coal Company zum Abbau von Kohle. Mitabgebaut wird dabei das Gebiet des Black Mesa, heiliger Berg der Hopi.

O Navajo (Arizone, USA)

3500 Navajo-Familien sollen bis 1982 aus dem Big-Mountain-Gebiet zwangsumgesiedelt werden. In diesem Gebiet liegen riesige Uran- und Kohlevorkommen in der Erde.

O Zwangssterilisation (USA)

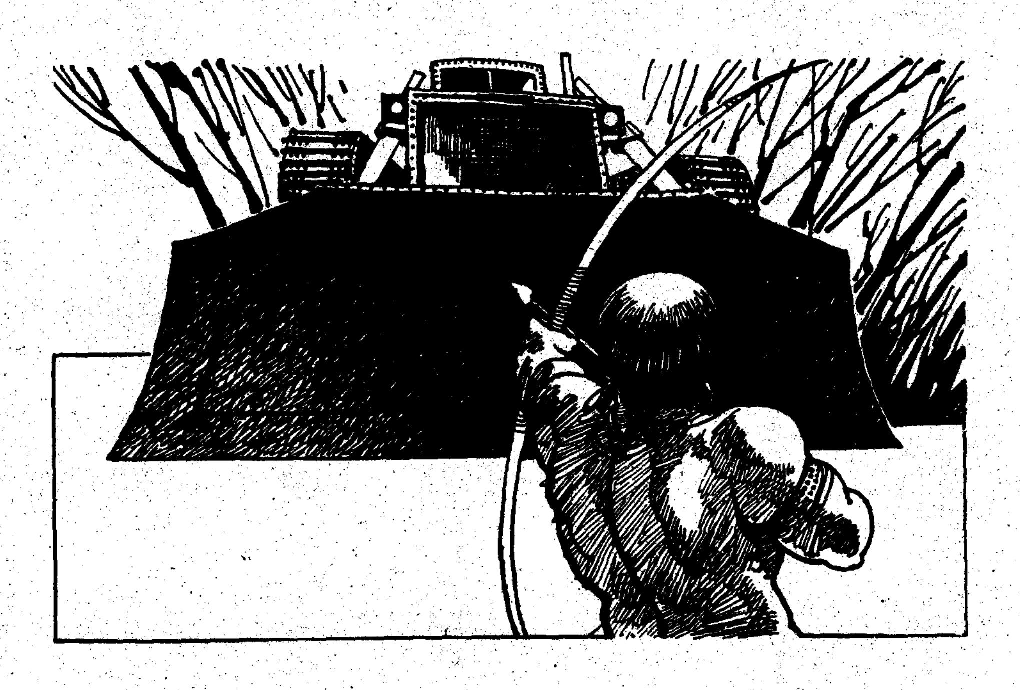
Wie der 1976 vorgelegte Bericht der höchsten US-Aufsichtsbehörde (General Accounting Office) bestätigt, wurden allein zwischen 1973 und '76 über 3000 Indianerinnen im gebärfähigen Alter durch den staatlichen indianischen Gesundheitsdienst (IHS) sterilisiert. Die Betroffenen wurden weder über den Vorgang noch über die Folgen informiert, auch lag die gesetzlich vorgeschriebene Zustimmung in den seltensten Fällen vor. Die Statistik des Berichts basiert jedoch nicht auf Befragung der Betroffenen, sondern nur auf den Akten des Gesundheitsdienstes und hier auch nur auf 4 von 12 Zuständigkeitsbereichen. Schätzungen gehen deshalb davon aus, daß mittlerweile 42% der indianischen Frauen im gebärfähigen Alter sterilisiert worden sind.

O Sioux (Süd-Dakota, USA)

Das Gebiet um die Black Hills (Heiliger Berg der Sioux) soll industrialisiert werden. Über 20 Kohlekraftwerke und 6 Kohlevergasungsanlagen würden gebaut werden. In 30 Jahren wäre das Gebiet total verschmutzt und, bedingt durch die moderne Bergbautechnologie, welche auf viel Wasser angewiesen ist, würden alle Flüße, Wasserquellen und -adern leergepumpt. Nicht nur, daß dies eine weitere Verletzung des Ft.-Laramie-Vertrages von 1868 wäre, das den Sioux das Land westlich des Missouri garantiert – sollten diese Pläne realisiert werden, würde nichts bleiben außer einer ewigen Wüste.

O Irokesen (New York, USA)

Seit über einem Jahr belagert die Polizei des Staates New York ein Camp der Mohawk, eine der 6 Nationen des Irokesen-Bundes. Ausgelöst wurde diese Belagerung durch den Widerstand der Mohawk gegenüber den Arbeitern einer staatlichen Organisation, die auf Mohawk-Gebiet Bäume fällten, um einen Zaun zu errichten. Mohawk-Territorium ist jedoch kein USA-Gebiet, denn im Vertrag von Canandaigua (1784) erkannten sich die USA und der Irokesen-Bund gegenseitig als souveräne Nationen an, d.h. die Belagerung des Mohawk-Camps kommt einer Invasion gleich. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der amerikanische Kongreß 1948 ohne Absprache mit den Irokesen beschloß, die Rechtssprechung des Staates New York auf das Gebiet und die Mitglieder der Mohawk-Nation auszudehnen.



○ **Shuar (Ecuador)**

Die Shuar-Föderation hat Berichte vorgelegt, in denen es um die geplante Erschließung – mit Hilfe der internationalen Entwicklungsbank IDB – eines großen Waldgebietes geht. Diese Erschließung würde für die Shuar-Indianer Lebensbedingungen schaffen, welche ihre traditionelle Lebensweise gefährden würden.

○ **Kolumbien**

Ständigen Angriffen ist der indianische Rat des Caucagebietes (CRIC) ausgesetzt. Dieser Rat führt seit mehreren Jahren gewaltlose Landbesetzungen auf unbebautem Land von Großgrundbesitzern durch. Solch eine Umverteilung ist auch im kolumbianischen Agrarreformgesetz vorgesehen, wurde aber von Regierungsseite nicht konsequent durchgeführt. Mehr als 30 Mitglieder des CRIC sitzen im Gefängnis.
Ein weiteres Problem ist der geplante Uranabbau im Vaupegebiet.

○ **Quiche (Guatemala)**

Viele Großgrundbesitzer eignen sich widerrechtlich Indianerland an. Seit mehr als 5 Jahren sind die indianischen Bauern dabei den Repressionen der Nationalen Armee ausgesetzt. Alle Versuche, an die Öffentlichkeit zu treten, wurden mit Gewalt beantwortet; so auch die Besetzung der spanischen Botschaft: die Polizei stürmte gegen den ausdrücklichen Willen der spanischen Botschaft das Gebäude, setzte es in Brand und tötete die Besetzer und 7 Botschaftsangehörige.

○ **Mapuche (Chile)**

Die Regierung Pinochet hat 1979 ein Gesetz zur Parzellierung / Individualisierung des kommunalen Landes der Mapuche erlassen. Dies würde zur Auflösung der Mapuche-Gemeinschaften in ihrer jetzigen Form führen.

Zur Frage, was denn dieses Tribunal, was denn die Probleme der Indianer mit uns in Europa zu tun haben, läßt sich zunächst sagen, daß Europa die ‚Brutstätte' der Kolonisation und Ausbeutung der amerikanischen Kontinente war. Zu untersuchen wäre, welchen Anteil Europa (und die BRD) an Misständen bei indianischen Völkern haben, wie diese stabilisiert und ausgedehnt werden. Denn an der Ausbeutung indianischen Landes und seiner Resourcen sind wir – die BRD – bis heute indirekt beteiligt.

Das Uran, das in bundesdeutschen Atommeilern in Energie umgewandelt wird, kommt zu 31% aus Kanada. Über ihre kanadische Tochter ‚Uranerz Exploration and Mining Ltd.' sind z.B. die Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerke an der Ausbeutung beteiligt und der Frankfurter Multi Metallgesellschaft AG beutet in den indianischen North-West-Territories (Hauptsiedlungs- und Jagdgebiet der Dane-Indianer) mit Hilfe einer Tochtergesellschaft, die je zu einem Drittel über die deutsche Uran GmbH & Co.KG von der Metallgesellschaft, der Veba und der Steag beherrscht wird, bedeutende Uranfunde bei Baker Lake aus. (Frankfurter Hefte, Dez. 1977, FR vom 10. 4. 79). In den USA ist die Urangesellschaft im Wyoming-Becken am Betrieb von Uranminen und -mühlen beteiligt. (Akwesasne Notes, Vol. II, Nr. 5 '80). Radioaktive Halden, verseuchtes Wasser und ein erhöhtes Gesundheitsrisiko (Krebs, Leukämie) sind die Folgen des Uranabbaus.

Spenden für das Tribunal, die dringend für Vorbereitungsarbeiten, Transport- und Aufenthaltskosten für die Teilnehmer, Dolmetscher, die Miete für Konferenzräume etc. benötigt werden, können an: Gesellschaft für bedrohte Völker, Sonderkonto 7400, PSchA Hamburg, Stichwort ‚Indianertribunal', überwiesen werden.

Weitere Informationen bei:

Andreas Kämper,
Südfeld 6,
4800 Bielefeld 15,

Gesellschaft für bedrohte Völker,
Postfach 153,
3400 Göttingen

Renate Domnick
Hansaplatz 5
2000 Hamburg 1

Andreas Kämper

Offener Brief:

An den Botschafter von Guatemala in der BRD

Sehr geehrter Herr Botschafter !

Am Sonntag, den 24. August 1980 wurden in ihrem Land erneut 17 Gewerkschaftsführer von Kräften der Policia Nacional ohne jede rechtliche Grundlage verhaftet und verschleppt. Die Entführten waren Teilnehmer eines Gewerkschaftstreffens und befanden sich in dem Landhaus „Emaus Medio Monte", Bezirk Palin in Escuintla. „Emaus Medio Monte" ist Eigentum der Diözese Escuintla. An diesem Ort überfiel die guatemaltekische Geheimpolizei die Gewerkschafter. Das Kommando wurde angeführt von Alfonso Ortiz, 2. Chef der Geheimdienstabteilung bei der Policia Nacional. Die Gefangenen wurden in bereitstehende Autos der Staatssicherheitskräfte verfrachtet. Unter anderen handelt es sich um Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen P - 78165 und P - 78077. Von den Entführten konnten bislang folgende identifiziert werden:

- Gustavo Adolfo Bejarano
- Juan Guerra
- Guillermo Turcios
- Augusto Yach Ciriaco
- Jordan Gilberto Salazar Urizar
- Jeronimo Alberto Moreno Palencia
- Rafael Giron Merida
- Edgar de la Cruz
- Iliana de la Cruz
- Rosario (der Nachnahme ist noch nicht bekannt)
- der Verwalter des Landgutes

Die 17 Personen wurden in das Gebäude der Geheimpolizei – Guatemala-Stadt, 15. Avenida und 16. Calle de la zona 6 – gebracht. Dort befinden sich auch die Kasernen der Militärbereitschaftspolizei und der Guardia de Hacienda. Nach Berichten aus zuverlässigen Quellen aus Guatemala sind die dort gefangen gehaltenen Gewerkschafter grausamen Folterungen durch die staatlichen Sicherheitskräfte ausgeliefert. Den Befehl führt hier der Chef der Sicherheitsabteilung der Policia Nacional, Pedro Arredondo.

Obwohl der Bischof von Escuintla, Monsenor Mario Enrique Rios Mont und zahlreiche gewerkschaftliche Gruppen öffentlich gegen dieses menschenverachtende Vorgehen protestiert haben, die Regierung verantwortlich erklären und die sofortige Freilassung der Gewerkschafter fordern, streitet Ihre Regierung jede Verantwortung ab und „weiß von nichts".

Somit sind diese Personen jeder Willkür der Staatssicherheitsorgane ausgesetzt, ohne daß von außen mit Rechtsmitteln interveniert werden könnte.

Wir fordern Sie, Herr Botschafter, auf, sich von dieser unrechtmäßigen und zutiefst inhumanen Form der Ausschaltung oppositioneller Kräfte hier in der BRD öffentlich zu distanzieren und sich darüber hinaus bei Ihrem Präsidenten, dem General Romeo Lucas Garcia für sofortige Freilassung der Gefangenen bei körperlicher Unversehrtheit zu verwenden.

Hochachtungsvoll
Informationszentrum Dritte Welt



UNTERSTÜTZT AGAPE

AGAPE ist ein internationales Tagungszentrum in Italien, das Treffen zu verschiedenen Themen anbietet. Es liegt auf 1500 Meter Höhe, mitten in den Bergen, im GermanascaTal (Provinz Turin) und ist ein ökumenisches Zentrum (Waldenser, norditalienische Protestanten), das sowohl für Gläubige als auch für Nichtgläubige, für Einzelne und für Gruppen, die auf verschiedenen Gebieten tätig sind und an einer Auseinandersetzung mit politischen, sozialen und/oder ökumenischen Problemen interessiert sind, offen steht. In besonders starkem Maße hat das Zentrum in Agape den Kontakt zwischen den Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika und europäischen Solidaritätsgruppen gefördert (z.B. Europa-Afrika-Treffen; siehe auch unter Veranstaltungshinweise in unsern Blättern von Juni 80). Bei internationalen Treffen stehen die erforderlichen Einrichtungen mit Simultanübersetzung in vier Sprachen zur Verfügung.

AGAPE, das schon seit 30 Jahren besteht, hat finanzielle Schwierigkeiten. Das Zentrum entwickelt, unabhängig von Kirchen und Parteien, seine eigene Politik, bekommt daher von deren Seite auch keine Gelder und ist also weitgehend zur Selbstfinanzierung gezwungen.

Deshalb ergreift die Möglichkeiten, die das Tagungszentrum bietet durch:

– Teilnahme an einem der Treffen oder Lager, die den ganzen Sommer hindurch stattfinden (der jetzt leider vorbei ist), aber auch:
– Beteiligung an den Workcamps (Renovierung, Garten, Küche, Bar etc., Dauer minimum ein Monat)
– als Gruppe mit eigenem Programm hinfahren, eigene Tätigkeit reflektieren, andere Gruppen treffen
– selber Themen zu internationalen Treffen vorschlagen und mitorganisieren
– oder einfach als Urlaub und Erholung; im Sommer zum Wandern geeignet (kein Touristenrummel), im Winter für Skiurlaub (für Leute, die mehr Wert auf Natur als auf mondäne Skistationen legen).

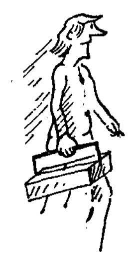
Um allen die Teilnahme an Tagungen respektive Lagern zu ermöglichen, werden die Kosten nach dem Einkommen jedes einzelnen berechnet.

Alle weiteren Informationen (Agape-Infodienst, Jahresprogramm, Tagungsprogramme, Vorbereitungsdokumente und Berichte etc.) sind direkt bei: Segretaria di AGAPE – I-10060 Prali (Torino) Italien Tel. 0035/1218514 erhältlich.

Folgende Veröffentlichungen sind in der Redaktion der „blätter" eingetroffen:

Medizin in Entwicklungsländern, Handbuch zum praxisorientierten Vorbereitungskurs für Ärzte, hrsg. von H. J. Diesfeld, H. H. Schumacher, W. Höfler, 2. Auflage, Heidelberg 1980

J. Blaschke/ K. Greussing (Hrsg.), „Dritte Welt" in Europa. Probleme der Arbeitsimmigration, Syndikat Verlag Frankfurt 1980



Handbuch der westeuropäischen Regionalbewegungen, hrsg. von Jochen Blaschke, Syndikat Verlag Frankfurt 1980, 28,– DM

J. E. Adoum, Die Sonne unter den Pferdehufen, aus dem Spanischen von J. A. F. Zapata (Theaterstücke zur Kolonisierung Südamerikas), Lamuv Verlag Bornheim-Merten 1979, 12,80 DM.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg